

# Amtliche Bekanntmachungen

## der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

---

### INHALT

### SEITE

Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024	3
Neubekanntmachung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 11.10.2022 in der Fassung der Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 21/2024)	5
Auslaufordnung für Prüfungsordnungen in den Masterstudiengängen Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Economics der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024	25
Vierte Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Feststellung der besonderen Eignung gemäß § 49 Absatz 7 HG für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre mit dem Abschluss „Master of Science“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024	28
Neubekanntmachung der Ordnung für die Feststellung der besonderen Eignung gemäß § 49 Absatz 7 HG für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre mit dem Abschluss „Master of Science“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 27.05.2013 in der Fassung der Vierten Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Feststellung der besonderen Eignung gemäß § 49 Absatz 7 HG für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre mit dem Abschluss „Master of Science“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 21/2024)	29
Dritte Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024	33

---

#### Herausgeber

Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf  
Universitätsstraße 1 · 40225 Düsseldorf · [www.hhu.de](http://www.hhu.de)

#### Redaktion

Stabsstelle Justitiariat · Gebäude 16.11  
Telefon 0211 81-11383 · [justitiariat@hhu.de](mailto:justitiariat@hhu.de)

Neubekanntmachung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 26.05.2020 in der Fassung der Dritten Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 21/2024)	37
Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024	57
Neubekanntmachung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 11.10.2022 in der Fassung der Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 21/2024)	59
Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024	80
Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Economics an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 17.05.2024	99
Verfahrenshinweis	117

# ORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG FÜR DEN BACHELORSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF

VOM 17.05.2024

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

## Artikel I

Die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 11.10.2022 wird wie folgt geändert:

1) §6 Absatz 4 Sätze 1-3 werden wie folgt neu gefasst:

„Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Es sollen höchstens drei Kandidatinnen/Kandidaten zur gleichen Zeit geprüft werden. Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und den Prüfungsakten beizulegen ist.“

2) § 13 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Nicht bestandene Modulabschlussprüfungen dürfen zweimal wiederholt werden.“

3) In § 15 wird folgender neuer Absatz 1 aufgenommen:

„(1) Die Lehre ist als Präsenzstudium organisiert. Im Studium müssen die Studierenden nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung Veranstaltungen aus den Bereichen Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule sowie Schlüsselqualifikationen belegen. Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilen vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Generell gilt dies für Exkursionen, Lehrforschungsprojekte, Praktika, Sprachkurse und Übungen. Bei Vorlesungen kann keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Die Anwesenheitspflicht ist erfüllt, wenn ein/e Studierende/r 80% der Veranstaltungszeit beigewohnt hat. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Wird der Wert von 80% der Veranstaltungszeit hinsichtlich der Anwesenheit nicht erfüllt, so ist die Voraussetzung zur Prüfungszulassung nicht gegeben.“

Die bisherigen Absätze 1 bis 4 werden zu den Absätzen 2 – 5.

4) §16 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Studienumfang sowie Anzahl und Art der Module sind in § 15 geregelt.“

5) §19 Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Wer die Bachelorarbeit inklusive Wiederholungsmöglichkeit oder eine Modulabschlussprüfung inklusive Wiederholungsmöglichkeiten nicht bestanden hat, hat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden.“

6) In § 21 Absatz 4 wird nach Satz 1 folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Der Antrag ist spätestens vier Wochen nach Anmeldung der Abschlussarbeit zu stellen.“

Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden zu den Sätzen 3 und 4.

7) Anhang 2 „Liste der Wahlpflichtmodule im Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre“ wird wie folgt geändert:

- a) Modul BW43 wird umbenannt in „Sustainability Management“
- b) Modul BW22 Medienökonomik wird gestrichen
- c) Modul BW36 Quantitative Finance wird gestrichen
- d) Modul BW09 wird umbenannt in „Applied Data Science“
- e) Modul BW55 „Strategic Supply Chain Management“ wird neu aufgenommen

## **Artikel II**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden, die das Bachelorstudium im Studiengang Betriebswirtschaftslehre ab dem 01.10.2022 aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 31.05.2023 sowie des Eilentscheids des Dekans vom 05.12.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

**NEUBEKANNTMACHUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG  
FÜR DEN BACHELORSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 11.10.2022  
IN DER FASSUNG DER ORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG  
FÜR DEN BACHELORSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024  
(AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN NR. 21/2024)**

**Artikel I**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

**Inhaltsübersicht**

- I. Allgemeines
  - § 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung
  - § 2 Abschlussgrad
  - § 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen
  - § 4 Regelstudienzeit und Studienumfang
  - § 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine
  - § 6 Prüfungsformen
  - § 7 Projektarbeit, Heine-Business-Projekt
  - § 8 Prüfungsausschuss
  - § 9 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer
  - § 10 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
  - § 11 Regelungen zum Nachteilsausgleich
  - § 12 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote
  - § 13 Wiederholung von Prüfungen
  - § 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß
- II. Studium und Bachelorprüfung
  - § 15 Anforderungen des Studiums
  - § 16 Art und Umfang der Bachelorprüfung
  - § 17 Zulassung zu den Modulprüfungen
  - § 18 Bachelorarbeit
  - § 19 Bestehen der Bachelorprüfung
  - § 20 Freiwillige Zusatzmodule
  - § 21 Bachelorzeugnis und Bachelorurkunde
- III. Abschlussbestimmungen
  - § 22 Ungültigkeit der Bachelorprüfung und Aberkennung des Bachelorgrades
  - § 23 Einsicht in die Prüfungsakten
  - § 24 Inkrafttreten und Veröffentlichung
- IV. Anhang
  - 1. Studienverlaufsplan des Bachelorstudiengangs Betriebswirtschaftslehre
  - 2. Liste der Wahlpflichtmodule im Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre

## **I. Allgemeines**

### **§ 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung**

(1) Durch das Bachelorstudium soll gewährleistet werden, dass die Kandidatin/der Kandidat die für einen Übergang in die Berufspraxis oder in einen Masterstudiengang notwendigen wirtschaftswissenschaftlichen und methodischen Fachkenntnisse und Schlüsselqualifikationen erwirbt und die wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhänge überblickt.

(2) Der Nachweis der geforderten Qualifikationen ist in der Bachelorprüfung als erstem berufsqualifizierendem Abschluss eines Studiums der Betriebswirtschaftslehre zu erbringen.

### **§ 2 Abschlussgrad**

Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung verleiht die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den akademischen Grad „Bachelor of Science“ (abgekürzt: „B.Sc.“) in Betriebswirtschaftslehre.

### **§ 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen**

(1) Das Bachelorstudium kann nur zum Wintersemester aufgenommen werden.

(2) Zulassungsvoraussetzung für das Bachelorstudium ist die allgemeine oder die einschlägig fachgebundene Hochschulreife. Das Nähere regelt die Einschreibungsordnung.

(3) Hat eine Bewerberin/ein Bewerber ein vergleichbares ökonomisches Bachelor- oder Diplomstudium an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, dann ist die Zulassung zum Bachelorstudium Betriebswirtschaftslehre zu versagen.

(4) In der beruflichen Bildung qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber ohne Hochschulreife können zum Bachelorstudium zugelassen werden, soweit sie die Zugangsvoraussetzungen der Berufsbildungshochschulzugangsverordnung erfüllen. Abhängig von den persönlichen Zulassungsvoraussetzungen ist dazu eine Zugangsprüfung erforderlich.

(5) Die Zugangsprüfung besteht aus einer mündlichen Prüfung von 30 Minuten Dauer und aus einer schriftlichen Prüfung von 90 Minuten Dauer, in der die Kandidatin/der Kandidat ihre bzw. seine fachlichen und methodischen Voraussetzungen für ein Bachelorstudium Betriebswirtschaftslehre nachweist. Die Note der mündlichen Prüfung setzt die Prüferin oder der Prüfer nach Anhörung der Beisitzerin oder des Beisitzers gemäß § 12 Absatz 2 dieser Prüfungsordnung fest. Die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Protokoll ist von der Prüferin/dem Prüfer sowie der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und verbleibt bei den Prüfungsakten. Die Note der schriftlichen Prüfung setzt die Prüferin/der Prüfer gemäß § 12 Absatz 2 dieser Prüfungsordnung fest. Der Antrag auf Zulassung zur Zugangsprüfung ist über die Studierenden- und Prüfungsverwaltung zu stellen. Im Übrigen gilt die Ordnung zur Weitergeltung von Vorschriften über den Hochschulzugang in den Studiengängen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in der jeweils aktuellen Fassung.

#### **§ 4 Regelstudienzeit und Studienumfang**

(1) Die Regelstudienzeit beträgt für das Bachelorstudium einschließlich der Abschlussarbeit (Bachelorarbeit) im Vollzeitstudium sechs Semester (drei Studienjahre).

(2) Der Studienumfang im Pflicht- und Wahlpflichtbereich sowie im Bereich der Schlüsselqualifikationen beträgt insgesamt 98 Semesterwochenstunden (SWS). Die im Studium erbrachten Leistungen werden in einem akkumulierenden Leistungspunktesystem mit Leistungspunkten (LP) bewertet. Dabei gibt ein Leistungspunkt einen mittleren Arbeitsaufwand von 30 Stunden wieder und entspricht einem „Credit Point“ nach dem „European Credit Transfer System“ (ECTS). Das Studium umfasst einschließlich der Präsenzzeiten, Vor- und Nachbereitungen sowie der Abschlussarbeit insgesamt 180 LP; davon entfallen auf den Pflichtbereich 87 LP und auf den Wahlpflichtbereich 72 LP. Für die Schlüsselqualifikationen sind 6 LP, für Intradisziplinäre Studien 3 LP und für die Bachelorarbeit 12 LP vorgesehen.

#### **§ 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine**

(1) Die Prüfungen erfolgen studienbegleitend jeweils zum Abschluss der in dieser Ordnung vorgesehenen Module sowie in der Schlussphase des Studiums durch eine Abschlussarbeit (Bachelorarbeit). Die Modulprüfungen bestehen jeweils aus einer benoteten Modulabschlussprüfung.

(2) Die Prüfungen können abgelegt werden, sofern die Erfüllung der in dieser Ordnung für die Zulassung erforderlichen Bedingungen nachgewiesen ist. Dabei ist zu beachten, dass ein erfolgreicher Abschluss eines bestimmten Moduls zur Teilnahmevoraussetzung für den Besuch eines weiterführenden Moduls gemacht werden kann; nähere Einzelheiten sind den Modulbeschreibungen im Modulhandbuch zu entnehmen. Umfang und Anforderungen der Prüfungselemente müssen unbeschadet eines Vorschlagsrechts der Kandidatinnen und Kandidaten dem Grundsatz folgen, dass nur geprüft wird, was zuvor gelehrt wurde.

(3) Zu jeder einzelnen Modulabschlussprüfung ist grundsätzlich (Ausnahmen hierzu in § 13) eine gesonderte Anmeldung erforderlich. Die Anmeldetermine sind Ausschlussfristen. Die bei der Prüfung erlaubten Hilfsmittel werden vom Prüfungsausschuss durch Aushang bekannt gegeben. Die Frist für die Rücknahme von Anmeldungen ohne Angabe von Gründen endet bei Klausurarbeiten und mündlichen Prüfungen eine Woche vor dem Prüfungstermin. Die Anmeldung gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende/den Studierenden bis zum Rücktrittstermin zurückgezogen wurde.

(4) Die Prüfungen werden in der Regel in deutscher Sprache abgenommen, nach Absprache der Kandidatin/des Kandidaten mit den Prüferinnen und Prüfern auch in einer anderen Sprache.

(5) Die Bewertung von Modulabschlussprüfungen soll den Studierenden durch die Studierenden- und Prüfungsverwaltung im Fall von Wahlpflichtmodulen jeweils nach spätestens sechs Wochen und im Fall von Pflichtmodulen in der Regel spätestens nach acht Wochen bekannt gegeben werden.

(6) Die Orte und Zeiten der Modulabschlussprüfungen werden von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung durch Aushang bekannt gegeben. Termine für Hausarbeiten und Referate werden unabhängig von den Prüfungszeiträumen von der jeweiligen Prüferin/dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(7) Modulabschlussprüfungen zu Wahlpflichtmodulen werden zum Ende des Moduls, das sich über ein oder zwei Semester erstreckt, angeboten. Die erste Wiederholungsprüfung soll im Regelfall spätestens vor Beginn der auf die erste Prüfung folgenden Vorlesungszeit stattfinden. Modulabschlussprüfungen zu Pflichtmodulen werden jedes Semester im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Für Module, die von anderen Fakultäten angeboten werden, gelten die Regelungen der jeweils verantwortlichen Fakultät.

## § 6 Prüfungsformen

(1) Jedes Modul wird durch eine Modulabschlussprüfung abgeschlossen, die studienbegleitend stattfindet. Die inhaltlichen Prüfungsanforderungen einer Modulabschlussprüfung ergeben sich aus den Lehrinhalten der der Prüfung zugeordneten Lehrveranstaltungen unter Berücksichtigung angemessener, benannter Pflichtliteratur. Hierbei sollen die Prüfungsanforderungen in einem angemessenen Verhältnis zu den der Prüfung zugrundeliegenden Lehrinhalten stehen.

(2) Die Modulabschlussprüfung kann aus einer Klausurarbeit, einer mündlichen Prüfung, einer sonstigen Prüfungsleistung (z.B. Hausarbeit, Projektarbeit, Fallstudie) bestehen. Klausurarbeiten können auch in elektronischer Form oder elektronischer Kommunikation abgelegt werden. Die jeweils zutreffende Prüfungsform einer Modulabschlussprüfung wird von der Prüferin/dem Prüfer gemäß § 9 festgelegt. Nähere Einzelheiten sind den jeweiligen Modulbeschreibungen zu entnehmen.

(3) Die Dauer von Modulabschlussprüfungen hängt vom Umfang des Moduls ab, gemessen an der Zahl der Semesterwochenstunden, und beträgt z.B. bei Klausurarbeiten in einem Modul mit 6 SWS 90-120 Minuten, in einem Modul mit 4 SWS 60-90 Minuten und in einem Modul mit 2 SWS 60 Minuten. Der entsprechende Umfang einer mündlichen Modulabschlussprüfung beträgt in Modulen mit 6 oder 8 SWS 30-45 Minuten und in Modulen mit 4 SWS 20-30 Minuten. Nähere Einzelheiten sind in den jeweiligen Modulbeschreibungen geregelt. Die Dauer einer mündlichen Prüfung soll die vorgesehene Prüfungszeit in der Regel nicht um mehr als fünf Minuten übersteigen. Die Note für die mündliche Prüfung setzt die Prüferin/der Prüfer nach Anhörung der Beisitzerin/des Beisitzers gemäß § 12 fest.

(4) Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Es sollen höchstens drei Kandidatinnen/Kandidaten zur gleichen Zeit geprüft werden. Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und den Prüfungsakten beizulegen ist. Das Ergebnis ist der Kandidatin/dem Kandidaten unmittelbar im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben. Nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse ist die Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen zuzulassen, sofern die Kandidatin/der Kandidat dem nicht bei der Anmeldung zur Prüfung schriftlich widerspricht. Die Zulassung der Öffentlichkeit erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Kandidatinnen/Kandidaten. Bei erheblichen Störungen des Prüfungsablaufs durch die Zuhörerinnen/Zuhörer kann die Prüferin/der Prüfer die Öffentlichkeit ausschließen.

## § 7 Projektarbeit, Heine-Business-Projekt

(1) Die im Rahmen der Schlüsselqualifikationen zu erbringende Projektarbeit mit Kolloquium wird fachlich mit je einem Wahlpflichtmodul verknüpft.

(2) Die Anforderungen für Hausarbeiten und/oder Referate sowie die Anmelde- und Abgabemodalitäten legt die Themenstellerin oder der Themensteller fest. Die Anmeldung zu der Projektarbeit sowie die Abgabe der Projektarbeit erfolgt bei der Themenstellerin oder dem Themensteller.

(3) Schriftliche Arbeiten wie beispielsweise Hausarbeiten, müssen auch in elektronischer Form in einem gängigen Dateiformat eingereicht werden, um eine Überprüfung mittels einer Plagiatssoftware zu ermöglichen.

(4) Die Ergebnisse der Projektarbeiten mit Kolloquium werden von der Themenstellerin oder dem Themensteller über den Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an die Studierenden- und Prüfungsverwaltung übermittelt. Die Ergebnisse des Moduls „Heine-Business-Projekt“ werden ebenfalls über den Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an die Studierenden- und Prüfungsverwaltung übermittelt.



## § 8 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät einen Prüfungsausschuss für die Bachelor- und Masterstudiengänge (im Folgenden als Prüfungsausschuss bezeichnet). Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts.

(2) Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren oder dessen Stellvertretung und fünf weiteren Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende und deren oder dessen Stellvertretung und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren, ein Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden vom Fakultätsrat gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung Vertreter gewählt. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt in der Regel ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden, legt die Einzelheiten des Prüfungsverfahrens fest, sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen und entscheidet in Zweifelsfällen über die Auslegung der Prüfungsordnung. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Alle Regelfälle entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche. Mindestens einmal jährlich gibt der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat einen Bericht über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und die Verteilung der Fachnoten und unterbreitet im Bedarfsfall Vorschläge zur Reform der Bachelorprüfungsordnung.

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder ihrer oder seiner Stellvertretung und zwei weiteren Professorinnen oder Professoren mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Entscheidungen können nicht gegen die Mehrheit der Professorinnen und Professoren getroffen werden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Beurteilung, Anerkennung und Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.

(6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertretung unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Der Prüfungsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

(8) Dem Prüfungsausschuss steht für die organisatorische Abwicklung von Modulabschluss- und Bachelorprüfungen die Studierenden- und Prüfungsverwaltung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zur Verfügung.

(9) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Verhinderungsfall die oder der stellvertretende Vorsitzende, vertritt den Prüfungsausschuss gerichtlich und außergerichtlich. Sie oder er beruft die Sitzungen des Ausschusses ein, leitet diese und führt die dort gefassten Beschlüsse durch. Sie oder er erledigt die ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss übertragenen Aufgaben sowie alle Regelfälle, die eine Beschlussfassung des Prüfungsausschusses nicht erfordern. Sie oder er entscheidet in

dringenden Fällen, in denen der Prüfungsausschuss nicht rechtzeitig einberufen werden kann, und berichtet auf der nächsten Sitzung des Ausschusses. Der Bericht an die Fakultät wird nach Beratung im Prüfungsausschuss erstattet. Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder der oder des Vorsitzenden bleiben dem Prüfungsausschuss vorbehalten.

(10) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt Anordnungen, Festsetzungen von Terminen und Fristen sowie andere Mitteilungen des Prüfungsausschusses, die nicht nur einzelne Personen betreffen, mit rechtsverbindlicher Wirkung durch Aushang am „Schwarzen Brett“ des Prüfungsausschusses bekannt. Darüber hinaus werden die Mitteilungen des Prüfungsausschusses auch in elektronischer Form auf den Internetseiten des Prüfungsausschusses der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bekannt gegeben.

## **§ 9 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer**

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer und die Beisitzerinnen und Beisitzer nach Maßgabe ihrer Dienstaufgaben auf Dauer oder befristet und gibt diese Bestellung bekannt. Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen. Die Bestellung der Beisitzerin oder des Beisitzers erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses auf Vorschlag der Prüferin oder des Prüfers.

(2) Die Prüferbestellung erfolgt aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie aus dem Kreis der Personen gemäß § 65 Absatz 1 HG. Ausgeschiedene Professorinnen und Professoren können für die Dauer von zwei Jahren nach Ablauf des Semesters, in dem sie aus der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ausgeschieden sind, zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden.

(3) Für die Bachelorarbeit können die Kandidatinnen und Kandidaten eine Prüferin oder einen Prüfer vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Erstprüferin bzw. der Erstprüfer muss aus dem Kreis der in Absatz 2 genannten Personen stammen. Die Zweitprüferin bzw. der Zweitprüfer muss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät angehören und die Voraussetzungen nach § 65 Absatz 1 HG erfüllen.

(4) Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens eine entsprechende Bachelor-, Master- oder Diplomprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat und in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tätig ist.

(5) Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig von Weisungen. Sie legen die Prüfungsform fest und teilen dies der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mit.

(6) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass den Kandidatinnen und Kandidaten die Namen der Prüferinnen/Prüfer und die Prüfungsform rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(7) Die Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Prüferinnen und Prüfer haben das Recht, über die Prüfungsunterlagen vor Beginn der Prüfung informiert zu werden. Soweit die Prüfungsunterlagen Auskunft über die bisherigen Prüfungsergebnisse geben sollen, ist das Einverständnis der Kandidatinnen/Kandidaten einzuholen.

## § 10 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an anderen wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet. Hat eine Kandidatin / ein Kandidat die Abschlussprüfung zu einem bestimmten Modul an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, ist eine neuerliche Zulassung zur Abschlussprüfung für dieses Modul zu versagen. Sämtliche Fehlversuche werden angerechnet, wenn es sich im Wesentlichen um denselben oder einen vergleichbaren wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang und dieselbe Prüfungsleistung handelt.

(2) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder an anderen als wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet, sofern keine wesentlichen Unterschiede festgestellt werden (d.h. Gleichwertigkeit besteht).

(3) Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Bachelorstudiums an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung auf der Grundlage von Einzelbewertungen aller zur Anrechnung beantragten Prüfungsleistungen vorzunehmen.

(4) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet, sofern die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Soweit die Gleichwertigkeit nicht aufgrund der bescheinigten Leistungspunkte nach dem ECTS-System festgestellt werden kann, sind für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Sofern der Nachweis der Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen nicht in einer Frist von einem Jahr erbracht werden kann, ist die Anerkennung der entsprechenden Prüfungsleistung zu versagen. Bei Studien- und Prüfungsleistungen, die in Staaten erbracht wurden, die dem Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der Europäischen Region vom 11.04.1997 – sog. Lissabonner Anrechnungskonvention – beigetreten sind, erfolgt eine Anrechnung nur dann nicht, wenn wesentliche Unterschiede in den zu vergleichenden Leistungen festgestellt werden. Der Nachweis wird durch die Universität erbracht.

(5) Für die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(6) Werden Studienleistungen und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Im Anrechnungsfall müssen mindestens 45 LP im Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf erworben werden, um die Bachelorprüfung zu bestehen. Darüber hinaus muss die Bachelorarbeit im Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf angefertigt werden.

(7) Die Anerkennung von Teilen der Bachelorprüfung kann versagt werden, wenn sich die anzurechnende Leistung hinsichtlich der Anforderungen, der Thematik oder des Inhalts von diesem Bachelorstudiengang wesentlich unterscheidet.

(8) Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form vorzulegen. Zuständig für Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 6 ist die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit können zuständige Fachvertreter gehört werden. Der Antrag auf Anerkennung muss in dem Semester erfolgen, in dem das Studium in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aufgenommen wird. Sollte bereits eine Prüfung in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in einem zur Anrechnung beantragten Modul abgelegt worden sein, ist ein Antrag auf Anerkennung abweichend von Satz 4 ausgeschlossen.

(9) Können gleichwertige, außerhalb des Hochschulbereiches erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten nachgewiesen werden, so können diese bis zu maximal der Hälfte der vorgesehenen Leistungspunkte für den Bachelorstudiengang angerechnet werden. Der Prüfungsausschuss entscheidet in diesem Fall über die Gleichwertigkeitsprüfung.

## **§ 11 Regelungen zum Nachteilsausgleich**

(1) Macht die Studentin oder der Student durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder Krankheit oder ständiger seelischer oder körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen oder Studienleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form oder Zeit zu erbringen, ist ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss im Sinne des Nachteilsausgleichs zu ermöglichen, gleichwertige Prüfungsleistungen oder Studienleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Vor Entscheidungen des Prüfungsausschusses soll die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung auf Antrag der Studentin oder des Studenten um ein Votum gebeten werden. Vergleichbare Regelungen sind zu treffen, wenn die Studentin oder der Student nachweisen kann, dass sie oder er durch die dauernde Pflege eines nahen Angehörigen in Anspruch genommen ist.

(2) Auf Antrag der Studentin oder des Studenten hat der Prüfungsausschuss darüber zu entscheiden, ob einzelne Prüfungsleistungen nach Ablauf vorgesehener Fristen innerhalb einer festzusetzenden Nachfrist abgelegt werden können. In dem Antrag sind die Gründe darzulegen und glaubhaft zu machen.

(3) Bei der Gestaltung der Prüfungsverfahren, insbesondere der Festlegung der Prüfungstermine und der Festlegung von Prüfungsfristen für die Wiederholung von Prüfungen, sind die Elternzeitregelungen sowie die Bestimmungen zum Mutterschutz zu beachten.

(4) Anträge auf Nachteilsausgleich sind durch die Prüfungskandidatin oder den Prüfungskandidaten unter Führung geeigneter Nachweise umfassend zu begründen. Anträge sind in einem angemessenen Zeitraum, i.d.R. bis spätestens zum Ablauf der Anmeldefrist für die Prüfung, vor der Erbringung der Leistung, bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

## **§ 12 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote**

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. Falls mehrere Prüferinnen und Prüfer dieselbe Prüfung beurteilen, wird diese mit dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten bewertet.

(2) Für die Bewertung der studienbegleitenden Prüfungen und der Bachelorarbeit sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	d.h. eine hervorragende Leistung;
2 = gut	d.h. eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	d.h. eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	d.h. eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = mangelhaft	d.h. eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungen können durch Herabsetzen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 Zwischenwerte gebildet werden; dabei sind die Noten 0,7 und 4,3 und 4,7 und 5,3 ausgeschlossen.

(3) Für die Notenbildung der Bachelorarbeit gilt: Sind die Noten beider Gutachten mindestens „ausreichend“ (4,0) und sind diese nicht mehr als zwei Noten (d.h. eine Notendifferenz von 2,0) auseinander, errechnet sich die Endnote als das arithmetische Mittel der beiden Noten. Wenn beide Noten „nicht ausreichend“ (5,0) sind, ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Wenn eine der beiden Noten „nicht ausreichend“ (5,0) und die andere mindestens „ausreichend“ (4,0) ist oder wenn die Noten der beiden Gutachten mehr als 2,0 Notenwerte auseinanderliegen, bestellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter. Die Endnote errechnet sich dann als das arithmetische Mittel der beiden besseren Noten, falls diese mindestens „ausreichend“ (4,0) lauten. Sind zwei der drei Noten „nicht ausreichend“ (5,0), ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Ab einer Notenabweichung von 1,0 Notenwerten zwischen den beiden Gutachten kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten bestellen. Der Antrag muss innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Noten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gestellt werden. Die Endnote errechnet sich dann als das arithmetische Mittel aus den drei Noten.

(4) Eine Modulabschlussprüfung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.

(5) Die Gesamtnote der Bachelorprüfung errechnet sich aus den mit den Leistungspunkten gewichteten Noten der Modulabschlussprüfungen. Das Ergebnis der Module „Heine-Business-Projekt“ und „Intradisziplinäre Studien“ geht nicht in die Berechnung der Gesamtnote ein. Die Bachelorarbeit fließt mit der doppelten Anzahl der Leistungspunkte in die Berechnung der Gesamtnote ein. Bei der Gesamtnote werden alle Dezimalstellen außer der ersten ohne Rundung gestrichen. Die Endnote lautet bei einem Mittelwert von:

1,0 bis einschließlich 1,5:	sehr gut
über 1,5 bis einschließlich 2,5:	gut
über 2,5 bis einschließlich 3,5:	befriedigend
über 3,5 bis einschließlich 4,0:	ausreichend
über 4,0 bis einschließlich 5,0:	mangelhaft (nicht bestanden)

Zusätzlich zur Gesamtnote der Bachelorprüfung wird eine ECTS-Einstufungstabelle entsprechend der KMK-Strukturvorgaben in Form eines prozentualen Notenspiegels den Abschlussdokumenten beigelegt. Bezugsgröße sind die Absolventendaten der letzten Prüfungsleistung vorangehenden vier Semester.

### **§ 13 Wiederholung von Prüfungen**

(1) Nicht bestandene Modulabschlussprüfungen dürfen zweimal wiederholt werden. Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen des Studiengangs werden jedes Semester einmalig im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Die Prüfungstermine für die Wiederholungsprüfungen sind mit den Terminen für die Erstversuche im entsprechenden Modul identisch. Für die Teilnahme an Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen ist immer eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Bei Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten werden, soll die erste Wiederholungsprüfung in der Regel vor Beginn der darauffolgenden Vorlesungszeit angeboten werden. Im Falle des Nichtbestehens der Abschlussprüfung in einem Wahlpflichtmodul erfolgt die Anmeldung zum Wiederholungstermin vor Beginn der auf den Prüfungstermin folgenden Vorlesungszeit automatisch, soweit die gemäß dieser Prüfungsordnung mögliche Anzahl der Prüfungsversuche nicht überschritten ist. Die Regelungen bezüglich eines Rücktritts gemäß § 14 bleiben davon unberührt. Eine Möglichkeit zur zweiten Wiederholungsprüfung in einem Wahlpflichtmodul soll innerhalb von einem Jahr angeboten werden; in diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Prüfungsart bleibt bei der Wiederholungsprüfung unverändert. Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die durch sonstige Prüfungsleistungen gemäß § 6 Absatz 1 Satz 4 abgelegt werden, können erst wiederholt werden, wenn das Modul erneut angeboten wird. In diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Regelungen gemäß Absatz 3 Satz 2 und 3 finden in diesem Fall keine Anwendung.

(2) Für Wiederholungsprüfungen von Modulen, die von anderen Fakultäten angeboten werden, gelten die Regelungen der jeweils verantwortlichen Fakultät.

(3) Die Termine zur ersten und zweiten Wiederholungsprüfung werden der Kandidatin/dem Kandidaten von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung bekannt gegeben. Die zweite Wiederholungsprüfung einer nicht bestandenen Prüfung muss innerhalb von 15 Monaten nach der ersten Wiederholungsprüfung abgelegt werden. Anderenfalls gilt die Prüfung als nicht bestanden. Eine Wiederholung bestandener Modulabschlussprüfungen ist ausgeschlossen. Fehlversuche in einem vergleichbaren ökonomischen Bachelor- oder Diplomstudiengang, die an einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erfolgt sind, werden angerechnet.

(4) Ist die Bachelorarbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden oder gilt sie gemäß § 18 Absatz 7 Satz 4 als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, kann sie einmal wiederholt werden. Nach Erhalt des Bescheides über das Nicht-Bestehen gemäß § 18 Absatz 9 muss die Kandidatin/der Kandidat innerhalb von 12 Monaten einen erneuten Antrag auf Zulassung zur Wiederholung der Bachelorarbeit stellen, andernfalls gilt die Bachelorprüfung als nicht bestanden. Eine zweite Wiederholung der Bachelorarbeit ist nicht zulässig.

### **§ 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß**

(1) Von einer Modulabschlussprüfung kann sich die Kandidatin/der Kandidat bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Prüfungstermin ohne Angabe von Gründen abmelden. Wenn sie bzw. er nach dieser Frist von der Prüfung zurücktritt, nicht zum Prüfungstermin erscheint, nach Beginn der Prüfung zurücktritt oder eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbringt, müssen triftige Gründe geltend gemacht werden. Sonst gilt die Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(2) Die im Fall von Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit muss – sofern der Prüfungsausschuss nicht umständehalber darauf verzichtet – ein ärztliches Attest vorgelegt werden. Die oder der Vorsitzende

des Prüfungsausschusses kann im Einzelfall die Vorlage eines Attests einer vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensärztin oder eines vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensarztes verlangen. Wenn die Gründe anerkannt wurden, wird dies schriftlich mitgeteilt.

(3) Bei Krankheit im Sinne von Absatz 2 kann die Kandidatin/der Kandidat bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung einen schriftlichen Antrag stellen, am Termin der ersten Wiederholungsprüfung zu der/den durch Krankheit versäumten Modulabschlussprüfung(en) zugelassen zu werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses befindet über den Antrag. Ein Recht auf eine gesonderte zeitnahe Wiederholungsprüfung im Falle eines Nichtbestehens dieser Modulabschlussprüfung(en) am Termin der ersten Wiederholungsprüfung besteht jedoch nicht.

(4) Versuchen Kandidatinnen/Kandidaten, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, Täuschungshandlungen oder das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Wer als Kandidatin/Kandidat den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von den jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden nach vorheriger Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wer von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen wurde, kann verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei der Feststellung einer Täuschung im Sinne von Satz 1. In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann der Prüfungsausschuss darüber hinaus die Bachelorprüfung insgesamt für nicht bestanden erklären.

(5) Die Kandidatin/der Kandidat kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe einer Entscheidung nach Absatz 4 verlangen, dass die Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin/dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Vor der Entscheidung ist der Kandidatin/dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

## **II. Studium und Bachelorprüfung**

### **§ 15 Anforderungen des Studiums**

(1) Die Lehre ist als Präsenzstudium organisiert. Im Studium müssen die Studierenden nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung Veranstaltungen aus den Bereichen Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule sowie Schlüsselqualifikationen belegen. Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilern vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Generell gilt dies für Exkursionen, Lehrforschungsprojekte, Praktika, Sprachkurse und Übungen. Bei Vorlesungen kann keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Die Anwesenheitspflicht ist erfüllt, wenn ein/e Studierende/r 80% der Veranstaltungszeit beigewohnt hat. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Wird der Wert von 80% der Veranstaltungszeit hinsichtlich der Anwesenheit nicht erfüllt, so ist die Voraussetzung zur Prüfungszulassung nicht gegeben.

(2) Das Bachelorstudium besteht aus den ersten drei Semestern, in denen die Grundlagen vermittelt werden, sowie dem vierten bis sechsten Semester, die der Vertiefung und Spezialisierung dienen. Auf diese insgesamt sechs Semester verteilen sich 23 Module, die jeweils Lehrveranstaltungen im Umfang von 1 bis 6 Semesterwochenstunden umfassen. Der Studienleistung von einer Semesterwochenstunde entsprechen in den Pflichtmodulen in der Regel 1,5 Leistungspunkte (LP) und in den Wahlpflichtmodulen 2 LP.

(3) Im Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre sind fünfzehn Pflichtmodule, sechs Wahlpflichtmodule, ein Modul der Schlüsselqualifikation und ein Modul Intradisziplinäre Studien zu absolvieren.

**Pflichtmodule:**

BB05	Einführung in die BWL, Absatz und Beschaffung	9 LP
BB06	Heine-Business Projekt	6 LP
BB07	Externes Rechnungswesen	6 LP
BB08	Internes Rechnungswesen	6 LP
BB09	Betriebliche Finanzwirtschaft	6 LP
BB10	Produktion und Logistik	3 LP
BB11	Unternehmensführung	6 LP
BV07	Grundlagen der Volkswirtschaftslehre I	9 LP
BV02	Grundlagen der Volkswirtschaftslehre II	6 LP
BS01	Statistische Methoden I	6 LP
BS02	Statistische Methoden II	6 LP
BM00	Mathematik I	3 LP
BR00	Bürgerliches Recht für Wirtschaftswissenschaftler	3 LP
BR02	Wirtschaftsprivatrecht und Öffentliches Recht	6 LP
BD01	Data Science	6 LP

**Wahlpflichtmodule:**

Sechs Module im Umfang von jeweils 12 LP aus dem Angebot der Wahlpflichtmodule

(Es sind mindestens drei betriebswirtschaftliche Module und mindestens ein volkswirtschaftliches Modul auszuwählen.)

Über die angebotenen Wahlpflichtmodule im folgenden Studienjahr entscheidet der Fakultätsrat spätestens bis zum Ende der Vorlesungszeit. Die Liste der angebotenen Wahlpflichtmodule einschließlich ihrer inhaltlichen Zuordnung und möglicher Kombinationsbeschränkungen wird in geeigneter Form gemäß § 8 Absatz 10 durch den Prüfungsausschuss unmittelbar nach der Festlegung durch den Fakultätsrat veröffentlicht.





Fachgebiet innerhalb einer vorgegebenen Frist selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. Das Thema der Bachelorarbeit muss einem der in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vertretenen Fächer entnommen sein. Es kann von jeder fachlich zuständigen Prüferin oder jedem fachlich zuständigen Prüfer gestellt werden.

(2) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestellt die Themenstellerin oder den Themensteller für die Bachelorarbeit. Die Kandidatin/der Kandidat kann Vorschläge für das Thema der Bachelorarbeit machen. Das Thema der Bachelorarbeit wird der Kandidatin/dem Kandidaten von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitgeteilt. Der Tag der Ausgabe des Themas ist aktenkundig zu machen. Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass eine Kandidatin/ein Kandidat rechtzeitig ein Thema zur Bearbeitung als Bachelorarbeit erhält.

(3) Das Thema der Bachelorarbeit kann bis zwei Wochen nach Ausgabe des Themas ohne Angabe von Gründen prüfungsunschädlich zurückgegeben werden. Von dieser Möglichkeit darf nur einmal Gebrauch gemacht werden. Die Bachelorarbeit gilt bei Rückgabe des Themas als nicht begonnen. Im Falle einer längeren Krankheit kann die Kandidatin/der Kandidat das Thema auch nach Ablauf der ersten zwei Wochen zurückgeben, soweit § 14 Absatz 2 entsprechend zutrifft.

(4) Die Bachelorarbeit wird in der Regel in deutscher Sprache abgefasst und der textliche Umfang der Bachelorarbeit soll 25 Seiten nicht unter- und 40 Seiten nicht überschreiten.

(5) Die Bachelorarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit angefertigt werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatinnen/Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(6) Der Bachelorarbeit ist eine Versicherung der Kandidatin/des Kandidaten beizufügen, dass sie bzw. er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit – selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt, alle Zitate kenntlich gemacht und dass diese Arbeit in identischer oder ähnlicher Form noch nicht als Prüfungsarbeit einem wissenschaftlichen Prüfungsamt vorgelegen hat.

(7) Die Bachelorarbeit ist in elektronischer Form (PDF-Dokument) fristgemäß einzureichen. Die Einreichung erfolgt durch das Hochladen des Dokuments im Studierendenportal. Das Datum der Abgabe wird von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung aktenkundig gemacht. Wird die Bachelorarbeit nicht fristgemäß abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Auf Verlangen der/des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses reicht die/der Kandidatin/Kandidat fristgemäß zusätzlich zwei gebundene Exemplare bei der Erstprüferin/dem Erstprüfer ein.

(8) Die Bachelorarbeit ist in der Regel von zwei Prüferinnen/Prüfern zu bewerten. Hiervon kann nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden; diese Gründe sind aktenkundig zu machen. Die erste Prüferin/der erste Prüfer soll die Betreuerin/der Betreuer sein; die zweite Prüferin/den zweiten Prüfer bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Bachelorarbeit ist von den Prüferinnen/den Prüfern gemäß § 12 Absatz 2 und Absatz 3 zu begutachten und zu bewerten.

(9) Wird die Bachelorarbeit endgültig mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet oder gilt sie nach Absatz 7 Satz 4 als nicht bestanden, so erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin/dem Kandidaten einen entsprechenden schriftlichen Bescheid.

## **§ 19 Bestehen der Bachelorprüfung**

(1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

1. Alle Modulabschlussprüfungen in dem in dieser Prüfungsordnung beschriebenen Umfang wurden mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bzw. „bestanden“ bewertet.

2. Die Bachelorarbeit wurde mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet.
  3. Die Bedingungen des Absatzes 2 sind nicht verletzt.
- (2) Wer die Bachelorarbeit inklusive Wiederholungsmöglichkeit oder eine Modulabschlussprüfung inklusive Wiederholungsmöglichkeiten nicht bestanden hat, hat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden.
- (3) Hat die Kandidatin/der Kandidat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuss der Studentin/dem Studenten einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.
- (4) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, so wird ihr bzw. ihm auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten enthält und erkennen lässt, dass die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden ist.

## **§ 20 Freiwillige Zusatzmodule**

- (1) Eine Kandidatin/ein Kandidat kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Wahlpflichtmodulen einer Prüfung unterziehen. Diese Prüfung erfolgt unter den für Wahlpflichtfächer geltenden Regelungen. Als freiwillige Zusatzmodule können alle angebotenen Wahlpflichtmodule gewählt werden. Die Kandidatin/der Kandidat legt bei der Anmeldung zur Prüfung verbindlich fest, ob ein Wahlpflichtmodul als obligatorisches Modul gemäß § 15 Absatz 2 oder als freiwilliges Zusatzmodul gewählt wird.
- (2) Auf Wunsch der Kandidatin/des Kandidaten werden das freiwillige Zusatzmodul oder die freiwilligen Zusatzmodule im Bachelorzeugnis und im „Transcript of Records“ mit Angabe der Note(n) der betreffenden Modulabschlussprüfung(en) aufgeführt. Bei der Festsetzung der Gesamtnote der Bachelorprüfung gemäß § 12 Absatz 5 wird die Note eines freiwilligen Zusatzmoduls nicht berücksichtigt.
- (3) Ergibt sich bei einem freiwilligen Zusatzmodul die Modulabschlussnote „nicht ausreichend“, kann diese Prüfung zweimal wiederholt werden. Eine dritte Wiederholungsprüfung in einem freiwilligen Zusatzmodul ist ausgeschlossen.

## **§ 21 Bachelorzeugnis und Bachelorurkunde**

- (1) Hat die Kandidatin/der Kandidat die Bachelorprüfung bestanden, so wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält Angaben über die erreichten Noten für alle belegten Module (Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule und Schlüsselqualifikationen). Weiterhin enthält das Zeugnis das Thema und die Note der Bachelorarbeit sowie die Gesamtnote der Bachelorprüfung. Das Zeugnis ist mit dem Siegel der Universität zu versehen und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterschreiben. Das Zeugnis trägt das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde, und das Ausstellungsdatum.
- (2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin/dem Kandidaten die Bachelorurkunde mit dem Ausstellungsdatum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Bachelorgrades „Bachelor of Science“, abgekürzt „B.Sc.“, beurkundet. Die Urkunden werden von der Dekanin oder dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben und mit dem Universitätsiegel versehen.
- (3) Der Bachelorurkunde wird ein „Diploma Supplement“ beigelegt, das eine allgemeine Beschreibung des Studiengangs enthält, sowie ein „Transcript of Records“, in dem alle Module aufgeführt sind, in denen die Kandidatin/der Kandidat Leistungspunkte erworben hat.

(4) Absolviert eine Kandidatin/ein Kandidat i.d.R. erfolgreich drei Wahlpflichtmodule (einschließlich freiwilliger Zusatzmodule) aus einem Schwerpunktbereich und bearbeitet erfolgreich die Bachelorarbeit aus dem entsprechenden Schwerpunktbereich, so kann auf schriftlichen Antrag der Kandidatin/des Kandidaten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eine separate Schwerpunktbildung ausgewiesen werden. Der Antrag ist spätestens vier Wochen nach Anmeldung der Abschlussarbeit zu stellen. Sofern durch die Auswahl der Wahlpflichtmodule mehrere Schwerpunktbildungen möglich sind, muss sich die Kandidatin/der Kandidat bei der Antragstellung auf den Ausweis eines Schwerpunkts festlegen. Die Schwerpunkte sowie die korrespondierenden Module werden vom Fakultätsrat beschlossen und von der Fakultät gesondert bekanntgemacht.

### **III. Abschlussbestimmungen**

#### **§ 22 Ungültigkeit der Bachelorprüfung und Aberkennung des Bachelorgrades**

(1) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin/der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin/der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Der Kandidatin/dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls durch ein neues zu ersetzen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Bachelorurkunde, das „Diploma Supplement“ und das „Transcript of Records“ einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wird.

#### **§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten**

Der Kandidatin/dem Kandidaten wird auf schriftlichen Antrag innerhalb von einem Monat nach Aushändigung des Bachelorzeugnisses Einsichtnahme in ihre bzw. seine Prüfungsakten gewährt. Der Termin und der Ort für die Einsichtnahme werden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung festgesetzt.

## § 24 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden, die das Bachelorstudium der Betriebswirtschaftslehre ab dem 01.10.2022 aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates 31.05.2023 sowie des Eilentscheids des Dekans vom 05.12.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

#### IV. Anhang

##### 1. Studienverlaufsplan des Bachelorstudiengangs Betriebswirtschaftslehre

SWS = Semesterwochenstunden

LP = Leistungspunkte gemäß ECTS

WL = "Workload" in Stunden

Semester:	1.	2.	3.	4.	5.	6.
<b>Pflichtmodule BWL (28, 42, 1260)</b>						
BB05	(6, 9, 270)					
BB06	(2, 3, 90)	(2, 3, 90)				
BB07		(4, 6, 180)				
BB08		(4, 6, 180)				
BB09			(4, 6, 180)			
BB10			(2, 3, 90)			
BB11			(4, 6, 180)			
<b>Pflichtmodule VWL (10, 15, 450)</b>						
BV07	(6, 9, 270)					
BV02		(4, 6, 180)				
<b>Pflichtmodule Recht (6, 9, 270)</b>						
BR00		(2, 3, 90)				
BR02			(4, 6, 180)			
<b>Pflichtmodule Statistik (8, 12, 360)</b>						
BS01	(4, 6, 180)					
BS02		(4, 6, 180)				
<b>Pflichtmodul Mathematik (2, 3, 90)</b>						
BM00	(2, 3, 90)					
<b>Pflichtmodul Data Science (4, 6, 180)</b>						
BD01					(4, 6, 180)	
1. Summe	(20, 30, 900)	(20, 30, 900)	(14, 21, 630)		(4, 6, 180)	
<b>Wahlpflichtmodule (darunter mindestens 3 BWL-Module und mindestens 1 VWL-Modul) (36, 72, 2160)</b>						
BWL	(3, 6, 180)			+ (3, 6, 180)		
BWL				(6, 12, 360)		
BWL					(6,12, 360)	
VWL				(6, 12, 360)		
freie Wahl					(3, 6, 180)	+ (3, 6, 180)
freie Wahl						(6, 12, 360)
<b>Intradisziplinäre Studien (2, 3, 90)</b>						
BI00			(2, 3, 90)			
<b>Schlüsselqualifikationen (4, 6, 180)</b>						
BQ09					(4, 6, 180)	
2. Summe			(5, 9, 270)	(15, 30, 900)	(13, 24, 720)	(9, 18, 540)
<b>Bachelorarbeit (-, 12, 360)</b>						
BT00						(-, 12, 360)
Gesamtsumme:	(20, 30, 900)	(20, 30, 900)	(19, 30, 900)	(15, 30, 900)	(15, 30, 900)	(9, 30, 900)

## 2. Liste der Wahlpflichtmodule im Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre

### Betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule

Modul BW01	Organisation und Personal
Modul BW02	Bank- und Versicherungsmanagement
Modul BW06	Grundlagen der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre I
Modul BW07	Marketing
Modul BW16	Betriebswirtschaftliche Steuerlehre II
Modul BW17	Management
Modul BW19	Entrepreneurship und Finanzierung
Modul BW43	Sustainability Management
Modul BW44	Praxisseminar Entrepreneurship
Modul BW45	Corporate Finance
Modul BW46	Controlling 1: Controlling als Führungsfunktion
Modul BW47	Controlling 2: Fallstudienseminar Controlling und Wettbewerbserfolg
Modul BW48	Praxisseminar Rechnungslegung, Prüfung und Jahresabschlussanalyse
Modul BW49	International Accounting
Modul BW50	Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre I
Modul BW51	Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre II
Modul BW55	Strategic Supply Chain Management

### Volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule

Modul BW10	Markt und Staat
Modul BW11	Geld und Währung
Modul BW13	European Competition Policy
Modul BW14	Wettbewerbstheorie und –politik
Modul BW20	Experimentelle Wirtschaftsforschung
Modul BW21	Institutionenökonomik
Modul BW23	Empirical Economics
Modul BW24	Verbraucherpolitik
Modul BW25	Arbeitsmarktökonomik
Modul BW26	Gesundheitsökonomik

Modul BW27	Digitale Ökonomie
Modul BW28	Außenhandel
Modul BW31	Innovationsökonomik
Modul BW32	Empirical Public Economics
Modul BW33	Finanz- und Versicherungsökonomik
Modul BW34	Ausgewählte Probleme der Wirtschaftspolitik
Modul BW35	Ausgewählte Probleme der Wettbewerbsökonomik
Modul BW37	Volkswirtschaftliches Seminar
Modul BW52	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre I
Modul BW53	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre II
Modul BW54	Environmental Economics

#### Sonstige Wahlpflichtmodule

Modul BW08	Steuerrecht
Modul BW09	Applied Data Science
Modul BW18	Wirtschaftsgeschichte
Modul BW30	Modernes Japan

Mögliche Kombinationsbeschränkungen von Wahlpflichtmodulen werden gemäß § 15 Absatz 2 beschlossen und veröffentlicht.



**AUSLAUFORDNUNG FÜR PRÜFUNGSORDNUNGEN  
IN DEN MASTERSTUDIENGÄNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE, VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE  
UND ECONOMICS DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT  
DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

**§ 1**

Die in der Anlage aufgeführten Prüfungsordnungen für die Masterstudiengänge Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Economics an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf werden mit Ablauf der im Anhang genannten Termine eingestellt.

**§ 2**

(1) Das Prüfungsangebot gemäß diesen Prüfungsordnungen wird bis zu den jeweils angegebenen Fristen sichergestellt.

(2) Nach Ablauf der in § 1 festgelegten Termine ist eine Prüfung nach diesen Prüfungsordnungen nicht mehr gewährleistet.

(3) Auf Antrag ist ein Wechsel in folgende Prüfungsordnungen möglich:

- Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre vom 26.05.2020 in der Fassung vom 17.05.2024

- Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre vom 17.05.2024

- Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Economics vom 17.05.2024

- Der Antrag ist spätestens bis zum 30.09.2024 beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät über die Studierenden- und Prüfungsverwaltung zu stellen. Bislang erbrachte Studienleistungen sowie Prüfungsversuche werden angerechnet sofern Gleichwertigkeit besteht.

(4) Nach Ablauf der letzten Prüfungsmöglichkeit gemäß der Tabelle im Anhang werden Studierende, die das Studium bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen haben, automatisch in die dann aktuell geltende Prüfungsordnung umgeschrieben.

**§ 3**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 30.08.2023 sowie des Eilentscheids des Dekans vom 05.12.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

## Anhang

**Zeitplan für das Auslaufen der Prüfungsordnungen in den Masterstudiengängen  
Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Economics  
der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf**

<b>Ordnung</b>	<b>Version der Prüfungsordnung</b>	<b>Letzte Prüfungsmöglichkeit</b>
Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre	2016	Wintersemester 2024/2025
Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre	2016	Wintersemester 2024/2025
Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre	2020	Sommersemester 2027
Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Economics	2020	Sommersemester 2027

**VIERTE ORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER ORDNUNG  
FÜR DIE FESTSTELLUNG DER BESONDEREN EIGNUNG GEMÄß § 49 ABSATZ 7 HG  
FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE  
MIT DEM ABSCHLUSS „MASTER OF SCIENCE“  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

**Artikel I**

Die Ordnung für die Feststellung der besonderen Eignung gemäß § 49 Absatz 7 HG für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre mit dem Abschluss „Master of Science“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 27.05.2013, zuletzt geändert am 16.02.2022, wird wie folgt geändert:

§ 3 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Auswahlkommission besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren oder dessen Stellvertretung und einem weiteren Mitglied. Die oder der Vorsitzende und deren oder dessen Stellvertretung werden aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer oder aus der Gruppe der Lehrkräfte für besondere Aufgaben im Sinne des § 42 Absatz 1 HG NRW, das weitere Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestellt. Für alle Mitglieder wird eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter bestellt. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt ein Jahr. Eine wiederholte Bestellung ist zulässig.“

**Artikel II**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 19.04.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

**NEUBEKANNTMACHUNG DER ORDNUNG  
FÜR DIE FESTSTELLUNG DER BESONDEREN EIGNUNG GEMÄß § 49 ABSATZ 7 HG  
FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE  
MIT DEM ABSCHLUSS „MASTER OF SCIENCE“  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 27.05.2013  
IN DER FASSUNG DER VIERTEN ORDNUNG  
ZUR ÄNDERUNG DER ORDNUNG FÜR DIE FESTSTELLUNG DER BESONDEREN EIGNUNG  
GEMÄß § 49 ABSATZ 7 HG  
FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE  
MIT DEM ABSCHLUSS „MASTER OF SCIENCE“  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024  
(AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN NR. 21/2024)**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

**Inhaltsübersicht**

- § 1 Zulassung zum Masterstudium
- § 2 Gegenstand der Feststellung
- § 3 Auswahlkommission
- § 4 Termine und Fristen
- § 5 Zulassung zum Verfahren
- § 6 Nachweis der besonderen Eignung
- § 7 Abschluss des Verfahrens
- § 8 Täuschung
- § 9 Wiederholung
- § 10 Einsicht in die Verfahrensakten
- § 11 Inkrafttreten und Veröffentlichung

**§ 1 Zulassung zum Masterstudium**

(1) Zulassungsvoraussetzung zum Masterstudium ist ein durch ein Bachelorexamen mindestens mit der Note „2,4“ abgeschlossenes Studium in einem akkreditierten wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang. Die im abgeschlossenen Studium erreichte Summe an ECTS-Punkten muss mindestens 180 betragen. Zum Ende des absolvierten Studiums muss eine Abschlussarbeit mit einem Bearbeitungsaufwand, der zur Anrechnung in Höhe von mindestens 6 ECTS-Punkten geführt hat, angefertigt worden sein.

(2) Sofern das bisherige Bachelorstudium noch nicht vollständig abgeschlossen wurde, ist eine Bewerbung möglich, wenn mindestens 75 Prozent der zu erwerbenden Leistungspunkte bzw. der als gleichwertig anerkannten Leistungen erfolgreich erbracht wurden und die in § 2 geforderten Kenntnisse bereits vollständig vorliegen. In diesem Fall tritt an die Stelle des Ergebnisses des Bachelorexamens die vom zuständigen Prüfungsamt berechnete und bescheinigte Durchschnittsnote der bereits erbrachten Prüfungsleistungen. Eine Mitteilung über die vorläufige Feststellung der Eignung für das Masterstudium aufgrund der Feststellungsprüfung erfolgt dann nur unter dem Vorbehalt, dass spätestens bis zur Einschreibung das Abschlusszeugnis vorgelegt wird; für die Meldung zur ersten Modulprüfung ist die erfolgte Einschreibung zum Masterstudium erforderlich. Wird das Bachelorexamen nicht mindestens

mit der Note „2,4“ abgeschlossen, ist die unter Vorbehalt erfolgte vorläufige Feststellung der Eignung zum Masterstudium aufzuheben.

(3) Hat eine Bewerberin oder ein Bewerber ein vergleichbares ökonomisches Bachelor-, Master- oder Diplomstudium an dieser oder einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden, ist die Zulassung zum Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre zu versagen.

## **§ 2 Gegenstand der Feststellung**

Gegenstand der Feststellung und damit notwendige Voraussetzungen für die Aufnahme eines Masterstudiums an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf sind neben dem Nachweis einschlägiger Kenntnisse in Betriebswirtschaftslehre [i.d.R. mindestens 60 ECTS-Punkte] einerseits vertiefte Kenntnisse der Volkswirtschaftstheorie und Volkswirtschaftspolitik [i.d.R. mindestens 18 ECTS-Punkte] sowie andererseits Grundkenntnisse der Statistischen Methodenlehre [i.d.R. mindestens 10 ECTS-Punkte].

## **§ 3 Auswahlkommission**

(1) Für die Feststellung der Eignung gemäß § 49 Absatz 7 HG wird vom Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eine Auswahlkommission aus den hauptamtlich Lehrenden der Fakultät gebildet.

(2) Die Auswahlkommission legt die Einzelheiten des Verfahrens zur Feststellung der erforderlichen Eignung fest, sorgt für seine ordnungsgemäße Durchführung und trifft die erforderlichen Einzelfeststellungen für die Zulassung zum Verfahren gemäß § 5 und über die besondere Eignung.

(3) Die Auswahlkommission besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren oder dessen Stellvertretung und einem weiteren Mitglied. Die oder der Vorsitzende und deren oder dessen Stellvertretung werden aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer oder aus der Gruppe der Lehrkräfte für besondere Aufgaben im Sinne des § 42 Absatz 1 HG NRW, das weitere Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestellt. Für alle Mitglieder wird eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter bestellt. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt ein Jahr. Eine wiederholte Bestellung ist zulässig.

(4) Die Auswahlkommission ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Sie beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden oder bei ihrer oder seiner Abwesenheit die Stimme deren oder dessen Stellvertretung.

(5) Die Sitzungen der Auswahlkommission sind nichtöffentlich. Die Mitglieder der Auswahlkommission unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

## **§ 4 Termine und Fristen**

(1) Die Termine für das Verfahren zur Feststellung der besonderen Eignung werden von der Auswahlkommission festgelegt.

(2) Der Antrag auf Teilnahme an dem Verfahren ist bis zur für die Bewerbung festgelegten Frist zusammen mit den weiteren Bewerbungsunterlagen an die oder den Vorsitzenden der Auswahlkommission zu richten.

## **§ 5 Zulassung zum Verfahren**

(1) Die Studienbewerberin oder der Studienbewerber muss sich im Rahmen eines Online-Verfahrens zur Eignungsfeststellungsprüfung anmelden. Informationen zum Online-Verfahren werden auf den Internetseiten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eingestellt.

(2) Die Studienbewerberin oder der Studienbewerber muss zudem folgende Bewerbungsunterlagen fristgerecht einreichen:

- ein ausgefülltes Bewerbungsformular,
- Nachweis (amtlich beglaubigte Kopien) über das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß § 1 und § 2.

(3) Die Zulassung ist abzulehnen, wenn die Studienbewerberin oder der Studienbewerber die Unterlagen gemäß Absatz 1 und 2 nicht oder gemäß § 4 nicht rechtzeitig einreicht.

## **§ 6 Nachweis der besonderen Eignung**

(1) Die Prüfung der Bewerbungsunterlagen wird von der Auswahlkommission durchgeführt.

(2) Die besondere Eignung ist nachgewiesen, wenn die Auswahlkommission mit Mehrheit feststellt, dass die Bewerberin oder der Bewerber die Anforderungen gemäß § 1 und § 2 erfüllt.

## **§ 7 Abschluss des Verfahrens**

(1) Wird der Studienbewerberin oder dem Studienbewerber die besondere Eignung zuerkannt, so erhält sie oder er unverzüglich nach Beendigung des Verfahrens eine Bescheinigung der Auswahlkommission.

(2) Konnte die besondere Eignung einer Studienbewerberin oder eines Studienbewerbers nicht festgestellt werden oder gilt sie als nicht festgestellt, erteilt die Auswahlkommission hierüber einen schriftlichen Bescheid.

(3) Eine Einschreibung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf kann nur erfolgen, wenn der Bescheid über die besondere Eignung der Studierenden- und Prüfungsverwaltung gemeinsam mit dem Bachelor-Zeugnis und dem Antrag auf Einschreibung fristgemäß vorgelegt wird. Im Falle einer Zulassungsbeschränkung ist zusätzlich das Vergabeverfahren nach VergabeVO NRW zu durchlaufen. Im Übrigen findet die Einschreibungsordnung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

(4) Abweichend von Absatz 3 kann die Einschreibung für einen Masterstudiengang auch dann erfolgen, wenn das Bachelor-Zeugnis noch fehlt, dieses Fehlen nicht von der oder dem Studierenden zu vertreten ist und die Durchschnittsnote der bislang vorliegenden Prüfungsleistungen der in § 1 (1) festgelegten BA-Note entspricht. In der Regel ist das Fehlen der Zugangsvoraussetzungen dann nicht von der oder dem Studierenden zu vertreten, wenn sämtliche Prüfungsleistungen vor Beginn des Semesters der Einschreibung abgelegt sind.

(5) Die Einschreibung nach Absatz 4 erlischt, wenn der Nachweis über die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen nicht innerhalb von sechs Monaten, gerechnet ab dem ersten Tage des Semesters der Einschreibung, eingereicht wird.

## **§ 8 Täuschung**

(1) Hat eine Studienbewerberin oder ein Studienbewerber im Verfahren zur Feststellung der besonderen Eignung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung der Bescheinigung nach § 7 bekannt, widerruft die Auswahlkommission die Feststellung der besonderen Eignung und informiert hierüber die Studierenden- und Prüfungsverwaltung.

(2) Belastende Entscheidungen der Auswahlkommission sind der Studienbewerberin oder dem Studienbewerber unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Vor der Entscheidung ist der Studienbewerberin oder dem Studienbewerber Gelegenheit zu geben, gehört zu werden.

## **§ 9 Wiederholung**

Eine einmalige Wiederholung des in dieser Ordnung beschriebenen Verfahrens zur Feststellung der besonderen Eignung ist nur dann möglich, wenn sich der zugrundeliegende Sachverhalt (Gegenstand der Feststellung gemäß § 2) nachträglich wesentlich geändert hat.

## **§ 10 Einsicht in die Verfahrensakte**

(1) Nach Abschluss des Verfahrens wird der Bewerberin oder dem Bewerber auf Antrag Einsicht in die Verfahrensakte gewährt.

(2) Der Antrag ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Bescheids gemäß § 7 zu stellen. Die oder der Vorsitzende der Auswahlkommission bestimmt Zeit und Ort der Einsichtnahme.

## **§ 11 Inkrafttreten und Veröffentlichung**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 19.04.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)



**DRITTE ORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG  
FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

**Artikel I**

Die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 26.05.2020, zuletzt geändert am 30.09.2021, wird wie folgt geändert:

1) §6 Absatz 3 Sätze 1-3 werden wie folgt neu gefasst:

„Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Es sollen höchstens drei Kandidatinnen/Kandidaten zur gleichen Zeit geprüft werden. Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und den Prüfungsakten beizulegen ist.“

2) § 13 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Nicht bestandene Modulabschlussprüfungen dürfen zweimal wiederholt werden.“

3) In § 15 wird folgender neuer Absatz 1 aufgenommen:

„(1) Die Lehre ist als Präsenzstudium organisiert. Im Studium müssen die Studierenden nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung Veranstaltungen aus den Bereichen Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule sowie Schlüsselqualifikationen belegen. Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilen vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Generell gilt dies für Exkursionen, Lehrforschungsprojekte, Praktika, Sprachkurse und Übungen. Bei Vorlesungen kann keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Die Anwesenheitspflicht ist erfüllt, wenn ein/e Studierende/r 80% der Veranstaltungszeit beigewohnt hat. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Wird der Wert von 80% der Veranstaltungszeit hinsichtlich der Anwesenheit nicht erfüllt, so ist die Voraussetzung zur Prüfungszulassung nicht gegeben.“

Die bisherigen Absätze 1 bis 4 werden zu den Absätzen 2 – 5.

4) §16 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Studienumfang sowie Anzahl und Art der Module sind in § 15 geregelt.“

5) §19 Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Wer die Bachelorarbeit inklusive Wiederholungsmöglichkeit oder eine Modulabschlussprüfung inklusive Wiederholungsmöglichkeiten nicht bestanden hat, hat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.“

6) Anhang 2 „Liste der Wahlpflichtmodule im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre wird wie folgt neu gefasst:

Betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule [16 ECTS-Punkte]

Modul MW16                      Personalmanagement

Betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule [8 ECTS-Punkte]

Modul MW18                      Organizational Behavior  
Modul MW19                      Personalwirtschaftliches Praxisseminar  
Modul MW36                      Marketing Management und Digitale Transformation  
Modul MW37                      Advanced Marketing Research und Management  
Modul MW38                      Opportunity Recognition  
Modul MW39                      Corporate Entrepreneurship  
Modul MW42                      Entrepreneurial Finance  
Modul MW44                      Bankbilanzierung  
Modul MW46                      Finanzintermediation  
Modul MW47                      Bank Management and Financial Services  
Modul MW48                      Fallstudienwettbewerb „MBA-ICC Montréal“  
Modul MW50                      Ausgewählte Probleme der Unternehmensbesteuerung  
Modul MW51                      Praxisseminar Unternehmensgründung  
Modul MW52                      Accounting Advisory  
Modul MW54                      Empirische Controllingforschung  
Modul MW56                      Asset Management  
Modul MW57                      Sustainability Management Research  
Modul MW59                      Sustainability Management Practice  
Modul MW90                      Digital Financial Reporting  
Modul MW91                      Data Science in FACT  
Modul MW93                      Praxis des Personalmanagements  
Modul MW94                      People Analytics  
Modul MW95                      Internationales Personalmanagement  
Modul MW96                      Qualitative Managementforschung  
Modul MW97                      Praxisseminar Gründungsfinanzierung  
Modul MW98                      Research Seminar in Entrepreneurial Finance  
Modul MW99                      Organisationstheorien  
Modul MW100                      Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre I  
Modul MW101                      Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre II  
Modul MW102                      Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre III  
Modul MW106                      Empirical Accounting and Auditing  
Modul MW107                      Corporate Governance  
Modul MW108                      Advanced Corporate Finance  
Modul MW109                      Strategies of Digital Top Players  
Modul MW110                      Advanced Controlling 1: Strategisches Controlling  
Modul MW111                      Advanced Controlling 2: Management Control Systems

Modul MW112	Unternehmensbewertung und –prüfung
Modul MW113	FACT Foundations
Modul MW114	Konzernsteuerrecht und International Unternehmensbesteuerung
Modul MW115	Aktuelle Forschungsfragen der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre
Modul MW116	Forschungskolloquium Empirische Managementforschung
Modul MW121	Ausgewählte Herausforderungen der Betriebswirtschaftslehre
Modul MW123	Purchasing and Supply Management

#### Volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule [16 ECTS-Punkte]

Modul MW08	Internationale Finanzmärkte
Modul MW14	Monetary Economics

#### Volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule [8 ECTS-Punkte]

Modul MW28a	International Trade I
Modul MW28b	International Trade II
Modul MW60	Network Economics
Modul MW61	Regulierungsökonomik
Modul MW62	Advanced Labour Economics
Modul MW64	Advanced Econometrics
Modul MW66	Empirical Industrial Economics
Modul MW67	Commodity Markets
Modul MW68	Game Theory
Modul MW69	Industrial Economics
Modul MW70	Competition Law and Policy
Modul MW71	Competition Economics: Advanced Topics
Modul MW73	Empirische Wettbewerbsökonomik
Modul MW75	Wirtschaftspolitische Beratung: Theorie und Praxis
Modul MW76	Experimental Economics
Modul MW77	Behavioral Economics
Modul MW78	Behavioral Industrial Economics
Modul MW79	Public Economics
Modul MW81	Wissenschaftskommunikation in der Öffentlichkeit
Modul MW82	Time Series Analysis
Modul MW84	Aktuelle Fragestellungen der Wirtschaftspolitik
Modul MW85	Ausgewählte Probleme der Wettbewerbstheorie und –politik
Modul MW86	Volkswirtschaftliches Seminar
Modul MW87	Makroökonomische Theorie
Modul MW103	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre I
Modul MW104	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre II
Modul MW105	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre III
Modul MW122	Topics in Econometrics and Data Science

#### Sonstige Wahlpflichtmodule [16 ECTS-Punkte]

Modul MW11	Wirtschaftspsychologie
Modul MW12	Kunst- und Kulturmanagement
Modul MW13	Steuerrecht
Modul MW55	Digital Science Technology

Sonstige Wahlpflichtmodule [8 ECTS-Punkte]

Modul MW92	Marktpsychology
Modul MW117	Statistische Datengewinnung
Modul MW118	Applied Machine Learning
Modul MW119	Causal Machine Learning
Modul MW120	User Experience (UX) Design & Management

Mögliche Kombinationsbeschränkungen von Wahlpflichtmodulen werden gemäß § 15 Absatz 2 beschlossen und veröffentlicht.

## Artikel II

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden, die das Masterstudium im Studiengang Betriebswirtschaftslehre ab dem 01.10.2020 aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 31.05.2023 sowie des Eilentscheids des Dekans vom 05.12.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

**NEUBEKANNTMACHUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG  
FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 26.05.2020  
IN DER FASSUNG DER DRITTEN ORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG  
FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024  
(AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN NR. 21/2024)**

**Artikel I**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

**Inhaltsübersicht**

I. Allgemeines

- § 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung
- § 2 Abschlussgrad
- § 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen
- § 4 Regelstudienzeit und Studienumfang
- § 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine
- § 6 Prüfungsformen
- § 7 Projektarbeit
- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer
- § 10 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 11 Regelungen zum Nachteilsausgleich
- § 12 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote
- § 13 Wiederholung von Prüfungen
- § 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

II. Studium und Masterprüfung

- § 15 Anforderungen des Studiums
- § 16 Art und Umfang der Masterprüfung
- § 17 Zulassung zu den Modulprüfungen
- § 18 Masterarbeit
- § 19 Bestehen der Masterprüfung
- § 20 Freiwillige Zusatzmodule
- § 21 Masterzeugnis und Masterurkunde

III. Abschlussbestimmungen

- § 22 Ungültigkeit der Masterprüfung und Aberkennung des Mastergrades
- § 23 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 24 Inkrafttreten und Veröffentlichung

#### IV. Anhang

1. Studienverlaufsplan des Masterstudiengangs Betriebswirtschaftslehre
2. Liste der Wahlpflichtmodule im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre

### I. Allgemeines

#### § 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung

(1) Durch das Masterstudium soll gewährleistet werden, dass die Kandidatin/der Kandidat wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden in selbständiger wissenschaftlicher Arbeit anwenden kann und zu verantwortlichem ökonomischem Handeln befähigt ist.

(2) Der Nachweis der geforderten Qualifikationen ist in der Masterprüfung zu erbringen. Die Masterprüfung stellt sowohl einen zweiten berufsqualifizierenden Abschluss eines Studiums der Betriebswirtschaftslehre als auch die Eingangsvoraussetzung für weiterführendes wissenschaftliches Arbeiten (Promotionsstudium) dar.

#### § 2 Abschlussgrad

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung verleiht die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den akademischen Grad „Master of Science“ (abgekürzt: „M.Sc.“) in Betriebswirtschaftslehre.

#### § 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen

(1) Das Masterstudium kann nur zum Wintersemester aufgenommen werden

(2) Zulassungsvoraussetzung für das Masterstudium ist die Feststellung der besonderen Eignung für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre. Das Nähere regelt eine gesonderte Ordnung zur Feststellung der besonderen Eignung für den Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

(3) Hat eine Bewerberin oder ein Bewerber ein vergleichbares ökonomisches Master- oder Diplomstudium an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, dann ist die Zulassung zum Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre zu versagen.

#### § 4 Regelstudienzeit und Studienumfang

(1) Die Regelstudienzeit beträgt für das Masterstudium einschließlich der Abschlussarbeit (Masterarbeit) im Vollzeitstudium vier Semester (zwei Studienjahre).

(2) Der Studienumfang im Pflicht- und Wahlpflichtbereich sowie im Bereich der Schlüsselqualifikationen beträgt insgesamt 52 Semesterwochenstunden (SWS). Die im Studium erbrachten Leistungen werden in einem akkumulierenden Leistungspunktesystem mit Leistungspunkten (LP) bewertet. Dabei gibt ein Leistungspunkt einen mittleren Arbeitsaufwand von 30 Stunden wieder und entspricht einem „Credit Point“ nach dem „European Credit Transfer System“ (ECTS). Das Studium umfasst einschließlich der Präsenzzeiten, Vor- und Nachbereitungen sowie der Abschlussarbeit insgesamt 120 LP; davon entfallen auf den Pflichtbereich 6 LP und auf den

Wahlpflichtbereich 80 LP. Für die Schlüsselqualifikationen sind 6 LP und für die Masterarbeit 28 LP vorgesehen.

## § 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine

- (1) Die Prüfungen erfolgen studienbegleitend jeweils zum Abschluss der in dieser Ordnung vorgesehenen Module sowie in der Schlussphase des Studiums durch eine Abschlussarbeit (Masterarbeit). Die Modulprüfungen bestehen jeweils aus einer benoteten Modulabschlussprüfung.
- (2) Die Prüfungen können abgelegt werden, sofern die Erfüllung der in dieser Ordnung für die Zulassung erforderlichen Bedingungen nachgewiesen ist. Dabei ist zu beachten, dass ein erfolgreicher Abschluss eines bestimmten Moduls zur Teilnahmevoraussetzung für den Besuch eines weiterführenden Moduls gemacht werden kann; nähere Einzelheiten sind den Modulbeschreibungen im Modulhandbuch zu entnehmen. Umfang und Anforderungen der Prüfungselemente müssen dem Grundsatz folgen, dass nur geprüft wird, was zuvor gelehrt wurde.
- (3) Zu jeder einzelnen Modulabschlussprüfung ist grundsätzlich (Ausnahmen hierzu in § 13) eine gesonderte Anmeldung erforderlich. Die Anmeldetermine sind Ausschlussfristen. Die bei der Prüfung erlaubten Hilfsmittel werden vom Prüfungsausschuss durch Aushang bekannt gegeben. Die Frist für die Rücknahme von Anmeldungen ohne Angabe von Gründen endet bei Klausurarbeiten und mündlichen Prüfungen eine Woche vor dem Prüfungstermin. Die Anmeldung gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende oder den Studierenden bis zum Rücktrittstermin zurückgezogen wurde.
- (4) Die Prüfungen werden in der Regel in deutscher Sprache abgenommen, nach Absprache der Kandidatin/des Kandidaten mit den Prüferinnen und Prüfern auch in einer anderen Sprache.
- (5) Die Bewertung von Modulabschlussprüfungen soll den Studierenden durch die Studierenden- und Prüfungsverwaltung im Fall von Wahlpflichtmodulen jeweils nach spätestens sechs Wochen und im Fall von Pflichtmodulen in der Regel spätestens nach acht Wochen bekannt gegeben werden.
- (6) Die Orte und Zeiten der Modulabschlussprüfungen werden vom Prüfungsausschuss durch Aushang bekannt gegeben. Termine für Hausarbeiten und Referate werden unabhängig von den Prüfungszeiträumen von der jeweiligen Prüferin/dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.
- (7) Modulabschlussprüfungen zu Wahlpflichtmodulen werden zum Ende des Moduls, das sich über ein oder zwei Semester erstreckt, angeboten. Die erste Wiederholungsprüfung soll im Regelfall spätestens zu Beginn der auf die erste Prüfung folgenden Vorlesungszeit stattfinden. Modulabschlussprüfungen zu Pflichtmodulen werden jedes Semester im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Für Module, die von anderen Fakultäten angeboten werden, gelten die Regelungen der jeweils verantwortlichen Fakultät.
- (8) Abweichend von den Regelungen in Absatz 7 können Termine für Modulabschlussprüfungen, die gemäß § 13b Wirtschaftsprüferordnung (WPO) auf das Wirtschaftsprüferexamen anrechenbar sind, gesondert festgelegt werden.

## § 6 Prüfungsformen

- (1) Jedes Modul wird durch eine Modulabschlussprüfung abgeschlossen, die studienbegleitend stattfindet. Die inhaltlichen Prüfungsanforderungen einer Modulabschlussprüfung ergeben sich aus den Lehrinhalten der der Prüfung zugeordneten Lehrveranstaltungen unter Berücksichtigung angemessener, benannter Pflichtliteratur. Hierbei sollen die Prüfungsanforderungen in einem angemessenen Verhältnis zu den der Prüfung zugrundeliegenden Lehrinhalten stehen. Die Modulabschlussprüfung kann aus einer Klausurarbeit, einer mündlichen Prüfung oder einer sonstigen Prüfungsleistung (z.B. Hausarbeit,

Projektarbeit, Fallstudie) bestehen. Klausurarbeiten können auch in elektronischer Form erfolgen. Die jeweils zutreffende Prüfungsform einer Modulabschlussprüfung wird von der Prüferin/dem Prüfer gemäß § 9 festgelegt. Nähere Einzelheiten sind den jeweiligen Modulbeschreibungen zu entnehmen.

(2) Die Dauer von Modulabschlussprüfungen hängt vom Umfang des Moduls ab, gemessen an der Zahl der Semesterwochenstunden (SWS), und beträgt bei Klausurarbeiten in einem Modul mit 8 SWS 120-180 Minuten, in einem Modul mit 6 SWS 90-120 Minuten und in einem Modul mit 4 SWS 60-90 Minuten. Die Einzelheiten sind in den jeweiligen Modulbeschreibungen geregelt. Der Umfang mündlicher Prüfungen beträgt in der Regel jeweils 15-25 Minuten. Die Dauer einer mündlichen Prüfung soll die vorgesehene Prüfungszeit in der Regel nicht um mehr als fünf Minuten übersteigen. Die Note für die mündliche Prüfung setzt die Prüferin/der Prüfer nach Anhörung der Beisitzerin/des Beisitzers gemäß § 12 fest. Für Modulabschlussprüfungen, die auf das Wirtschaftsprüferexamen gemäß § 13b WPO anrechenbar sind, gelten abweichend die formalen Anforderungen der WPO.

(3) Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Es sollen höchstens drei Kandidatinnen/Kandidaten zur gleichen Zeit geprüft werden. Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und den Prüfungsakten beizulegen ist. Das Ergebnis ist der Kandidatin/dem Kandidaten unmittelbar im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben. Nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse ist die Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen zuzulassen, sofern die Kandidatin/der Kandidat dem nicht bei der Anmeldung zur Prüfung schriftlich widerspricht. Die Zulassung der Öffentlichkeit erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Kandidatinnen/Kandidaten. Bei erheblichen Störungen des Prüfungsablaufs durch die Zuhörerinnen/Zuhörer kann die Prüferin/der Prüfer die Öffentlichkeit ausschließen.

## **§ 7 Projektarbeit**

(1) Die im Rahmen der Schlüsselqualifikation zu erbringende Projektarbeit (z.B. in Form einer Hausarbeit oder eines Referates) muss im Zusammenhang mit einem Wahlpflichtmodul erbracht werden.

(2) Die Anforderungen für die Hausarbeiten und/oder Referate sowie die Anmelde- und Abgabemodalitäten legt die Themenstellerin oder der Themensteller fest. Die Anmeldung zu der Projektarbeit sowie die Abgabe der Projektarbeit erfolgt bei der Themenstellerin oder dem Themensteller.

(3) Schriftliche Arbeiten wie beispielsweise Hausarbeiten, müssen auch in elektronischer Form in einem gängigen Dateiformat eingereicht werden, um eine Überprüfung mittels einer Plagiatsoftware zu ermöglichen. Sofern die Themenstellerin oder der Themensteller die Form der Bereitstellung nicht vorgibt, erfolgt die Einreichung in Form einer CD oder DVD.

(4) Die abgeschlossene Projektarbeit wird schriftlich durch die Themenstellerin oder den Themensteller mithilfe eines Leistungsnachweises dokumentiert. Der Leistungsnachweis muss bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung eingereicht werden.

## **§ 8 Prüfungsausschuss**

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät einen Prüfungsausschuss für die Bachelor- und Masterstudiengänge (im Folgenden als Prüfungsausschuss bezeichnet). Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts.



(2) Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren oder dessen Stellvertretung und fünf weiteren Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende und deren oder dessen Stellvertretung und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren, ein Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden vom Fakultätsrat gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung Vertreter gewählt. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt in der Regel ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden, legt die Einzelheiten des Prüfungsverfahrens fest, sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen und entscheidet in Zweifelsfällen über die Auslegung der Prüfungsordnung. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Alle Regelfälle entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche. Mindestens einmal jährlich gibt der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat einen Bericht über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und die Verteilung der Fachnoten und unterbreitet im Bedarfsfall Vorschläge zur Reform der Masterprüfungsordnung.

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder ihrer oder seiner Stellvertretung und zwei weiteren Professorinnen oder Professoren mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Entscheidungen können nicht gegen die Mehrheit der Professorinnen und Professoren getroffen werden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Beurteilung, Anerkennung und Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.

(6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertretung unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Der Prüfungsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

(8) Dem Prüfungsausschuss steht für die organisatorische Abwicklung von Modulabschluss- und Masterprüfungen die Studierenden- und Prüfungsverwaltung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zur Verfügung.

(9) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Verhinderungsfall die oder der stellvertretende Vorsitzende, vertritt den Prüfungsausschuss gerichtlich und außergerichtlich. Sie oder er beruft die Sitzungen des Ausschusses ein, leitet diese und führt die dort gefassten Beschlüsse durch. Sie oder er erledigt die ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss übertragenen Aufgaben sowie alle Regelfälle, die eine Beschlussfassung des Prüfungsausschusses nicht erfordern. Sie oder er entscheidet in dringenden Fällen, in denen der Prüfungsausschuss nicht rechtzeitig einberufen werden kann, und berichtet auf der nächsten Sitzung des Ausschusses. Der Bericht an die Fakultät wird nach Beratung im Prüfungsausschuss erstattet. Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder der oder des Vorsitzenden bleiben dem Prüfungsausschuss vorbehalten. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt Anordnungen, Festsetzungen von Terminen und Fristen sowie andere Mitteilungen des Prüfungsausschusses, die nicht nur einzelne Personen betreffen,

mit rechtsverbindlicher Wirkung durch Aushang am „Schwarzen Brett“ des Prüfungsausschusses bekannt. Darüber hinaus werden die Mitteilungen des Prüfungsausschusses auch in elektronischer Form auf den Internetseiten des Prüfungsausschusses der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bekannt gegeben.

## **§ 9 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer**

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer und die Beisitzerinnen und Beisitzer nach Maßgabe ihrer Dienstaufgaben auf Dauer oder befristet und gibt diese Bestellung bekannt. Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen. Die Bestellung der Beisitzerin oder des Beisitzers erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses auf Vorschlag der Prüferin oder des Prüfers.

(2) Die Prüferbestellung erfolgt aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie aus dem Kreis der Personen gemäß § 65 Absatz 1 HG. Ausgeschiedene Professorinnen und Professoren können für die Dauer von zwei Jahren nach Ablauf des Semesters, in dem sie aus der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ausgeschieden sind, zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden.

(3) Für die Masterarbeit können die Kandidatinnen und Kandidaten eine Prüferin oder einen Prüfer vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Erstprüferin bzw. der Erstprüfer muss aus dem Kreis der in Absatz 2 genannten Personen stammen. Die Zweitprüferin bzw. der Zweitprüfer muss Angehöriger der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sein und die Voraussetzungen nach § 65 Absatz 1 HG erfüllen.

(4) Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens eine entsprechende Master- oder Diplomprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat und in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tätig ist.

(5) Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig von Weisungen. Sie legen die Prüfungsform (Klausurarbeit, mündliche Prüfung oder sonstige Prüfungsleistung) fest und teilen dies der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mit.

(6) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass den Kandidatinnen und Kandidaten die Namen der Prüferinnen/Prüfer und die Prüfungsform rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(7) Die Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Prüferinnen und Prüfer haben das Recht, über die Prüfungsunterlagen vor Beginn der Prüfung informiert zu werden. Soweit die Prüfungsunterlagen Auskunft über die bisherigen Prüfungsergebnisse geben sollen, ist das Einverständnis der Kandidatinnen/Kandidaten einzuholen.

## **§ 10 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen**

(1) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an anderen wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet. Hat eine Kandidatin / ein Kandidat die Abschlussprüfung zu einem bestimmten Modul an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, ist eine neuerliche Zulassung zur Abschlussprüfung für dieses Modul zu versagen. Sämtliche Fehlversuche werden angerechnet, wenn es sich im Wesentlichen um denselben oder einen vergleichbaren wirtschaftswissenschaftlichen

Studiengang und dieselbe Prüfungsleistung handelt.

(2) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder an anderen als wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet, sofern keine wesentlichen Unterschiede festgestellt werden (d.h. Gleichwertigkeit besteht).

(3) Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Masterstudiums an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung auf der Grundlage von Einzelbewertungen aller zur Anrechnung beantragten Prüfungsleistungen vorzunehmen.

(4) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet, sofern die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Soweit die Gleichwertigkeit nicht aufgrund der bescheinigten Leistungspunkte nach dem ECTS-System festgestellt werden kann, sind für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Sofern der Nachweis der Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen nicht in einer Frist von einem Jahr erbracht werden kann, ist die Anerkennung der entsprechenden Prüfungsleistung zu versagen. Bei Studien- und Prüfungsleistungen, die in Staaten erbracht wurden, die dem Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der Europäischen Region vom 11.04.1997 – sog. Lissabonner Anrechnungskonvention – beigetreten sind, erfolgt eine Anrechnung nur dann nicht, wenn wesentliche Unterschiede in den zu vergleichenden Leistungen festgestellt werden. Der Nachweis wird durch die Universität erbracht.

(5) Für die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(6) Werden Studienleistungen und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Im Anrechnungsfall müssen mindestens 30 LP im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität erworben werden, um die Masterprüfung zu bestehen. Darüber hinaus muss die Masterarbeit im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf angefertigt werden.

(7) Die Anerkennung von Teilen der Masterprüfung kann versagt werden, wenn sich die anzurechnende Leistung hinsichtlich der Anforderungen, der Thematik oder des Inhalts von diesem Masterstudiengang wesentlich unterscheidet.

(8) Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form vorzulegen. Zuständig für Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 5 ist die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit können zuständige Fachvertreter gehört werden. Der Antrag auf Anerkennung muss in dem Semester erfolgen, in dem das Studium in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aufgenommen wird. Sollte bereits eine Prüfung in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität

Düsseldorf in einem zur Anrechnung beantragten Modul abgelegt worden sein, ist ein Antrag auf Anerkennung abweichend von Satz 4 ausgeschlossen.

(9) Können gleichwertige, außerhalb des Hochschulbereiches erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten nachgewiesen werden, so können diese bis zu maximal der Hälfte der vorgesehenen Leistungspunkte für den Masterstudiengang angerechnet werden. Der Prüfungsausschuss entscheidet in diesem Fall über die Gleichwertigkeitsprüfung.

## § 11 Regelungen zum Nachteilsausgleich

(1) Macht die Studentin oder der Student durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder Krankheit oder ständiger seelischer oder körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen oder Studienleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form oder Zeit zu erbringen, ist ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss im Sinne des Nachteilsausgleichs zu ermöglichen, gleichwertige Prüfungsleistungen oder Studienleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Vor Entscheidungen des Prüfungsausschusses soll die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung auf Antrag der Studentin oder des Studenten um ein Votum gebeten werden. Vergleichbare Regelungen sind zu treffen, wenn die Studentin oder der Student nachweisen kann, dass sie oder er durch die dauernde Pflege eines nahen Angehörigen in Anspruch genommen ist.

(2) Auf Antrag der Studentin oder des Studenten hat der Prüfungsausschuss darüber zu entscheiden, ob einzelne Prüfungsleistungen nach Ablauf vorgesehener Fristen innerhalb einer festzusetzenden Nachfrist abgelegt werden können. In dem Antrag sind die Gründe darzulegen und glaubhaft zu machen.

(3) Bei der Gestaltung der Prüfungsverfahren, insbesondere der Festlegung der Prüfungstermine und der Festlegung von Prüfungsfristen für die Wiederholung von Prüfungen, sind die Elternzeitregelungen sowie die Bestimmungen zum Mutterschutz zu beachten.

(4) Anträge auf Nachteilsausgleich sind durch die Prüfungskandidatin oder den Prüfungskandidaten unter Führung geeigneter Nachweise umfassend zu begründen. Anträge sind in einem angemessenen Zeitraum, i.d.R. bis spätestens zum Ablauf der Anmeldefrist für die Prüfung, vor der Erbringung der Leistung, bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

## § 12 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. Falls mehrere Prüferinnen und Prüfer dieselbe Prüfung beurteilen, wird diese mit dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten bewertet.

(2) Für die Bewertung der studienbegleitenden Prüfungen und der Masterarbeit sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	d.h. eine hervorragende Leistung;
2 = gut	d.h. eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	d.h. eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	d.h. eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = mangelhaft	d.h. eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungen können durch Herabsetzen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 Zwischenwerte gebildet werden; dabei sind die Noten 0,7 und 4,3 und 4,7 und 5,3 ausgeschlossen.

(3) Für die Notenbildung der Masterarbeit gilt: Sind die Noten beider Gutachten mindestens „ausreichend“ (4,0) und sind diese nicht mehr als zwei Noten (d.h. eine Notendifferenz von 2,0) auseinander, errechnet sich die Endnote als das arithmetische Mittel der beiden Noten. Wenn beide Noten „nicht ausreichend“ (5,0) sind, ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Wenn eine der beiden Noten „nicht ausreichend“ (5,0) und die andere mindestens „ausreichend“ (4,0) ist oder wenn die Noten der beiden Gutachten mehr als 2,0 Notenwerte auseinanderliegen, bestellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter. Die Endnote errechnet sich dann als das arithmetische Mittel der beiden besseren Noten, falls diese mindestens „ausreichend“ (4,0) lauten. Sind zwei der drei Noten „nicht ausreichend“ (5,0), ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Ab einer Notenabweichung von 1,0 Notenwerten zwischen den beiden Gutachten kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten bestellen. Der Antrag muss innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Noten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gestellt werden. Die Endnote errechnet sich dann als das arithmetische Mittel aus den drei Noten.

(4) Eine Modulabschlussprüfung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.

(5) Die Gesamtnote der Masterprüfung errechnet sich aus den mit den Leistungspunkten gewichteten Noten der Modulabschlussprüfungen und der Masterarbeit. Bei der Gesamtnote werden alle Dezimalstellen außer der ersten ohne Rundung gestrichen. Die Endnote lautet bei einem Mittelwert von:

1,0 bis einschließlich 1,5:	sehr gut
über 1,5 bis einschließlich 2,5:	gut
über 2,5 bis einschließlich 3,5:	befriedigend
über 3,5 bis einschließlich 4,0:	ausreichend
über 4,0 bis einschließlich 5,0:	mangelhaft (nicht bestanden)

Zusätzlich zur Gesamtnote der Masterprüfung wird eine ECTS-Einstufungstabelle entsprechend der KMK-Strukturvorgaben in Form eines prozentualen Notenspiegels den Abschlussdokumenten beigelegt. Bezugsgröße sind die Absolventendaten der letzten Prüfungsleistung vorangehenden vier Semester.

### § 13 Wiederholung von Prüfungen

(1) Nicht bestandene Modulabschlussprüfungen dürfen zweimal wiederholt werden. Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen des Studiengangs werden jedes Semester einmalig im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Die Prüfungstermine für die Wiederholungsprüfungen sind mit den Terminen für die Erstversuche im entsprechenden Modul identisch. Für die Teilnahme an Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen ist immer eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Bei Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten werden, soll die erste Wiederholungsprüfung in der Regel vor Beginn der darauffolgenden Vorlesungszeit angeboten werden. Im Falle des Nichtbestehens der Abschlussprüfung in einem Wahlpflichtmodul erfolgt die Anmeldung zum Wiederholungstermin vor Beginn der auf den Prüfungstermin folgenden Vorlesungszeit automatisch, soweit die gemäß dieser Prüfungsordnung mögliche Anzahl der Prüfungsversuche nicht

überschritten ist. Die Regelungen bezüglich eines Rücktritts gemäß § 14 bleiben davon unberührt. Eine Möglichkeit zur zweiten Wiederholungsprüfung in einem Wahlpflichtmodul soll innerhalb von einem Jahr angeboten werden; in diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Prüfungsart bleibt bei der Wiederholungsprüfung unverändert. Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die durch sonstige Prüfungsleistungen gemäß § 6 Absatz 1 abgelegt werden, können erst wiederholt werden, wenn das Modul erneut angeboten wird. In diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Regelungen gemäß Absatz 3 Satz 2 und 3 finden in diesem Fall keine Anwendung.

(2) Für Wiederholungsprüfungen von Modulen, die von anderen Fakultäten angeboten werden, gelten die Regelungen der jeweils verantwortlichen Fakultät.

(3) Die Termine zur ersten und zweiten Wiederholungsprüfung werden der Kandidatin/dem Kandidaten jeweils von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung bekannt gegeben. Die zweite Wiederholungsprüfung einer nicht bestanden Prüfung muss innerhalb von 15 Monaten nach der ersten Wiederholungsprüfung abgelegt werden. Anderenfalls gilt die Prüfung als nicht bestanden. Auf die Regelungen gemäß § 64 Absatz 3a HG wird verwiesen. Eine Wiederholung bestandener Modulabschlussprüfungen ist ausgeschlossen. Fehlversuche in einem vergleichbaren ökonomischen Master- oder Diplomstudiengang, die an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erfolgt sind, werden angerechnet.

(4) Ist die Masterarbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden oder gilt sie gemäß § 18 Absatz 7 Satz 4 als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, kann sie einmal wiederholt werden. Nach Erhalt des Bescheides über das Nicht-Bestehen gemäß § 18 Absatz 9 muss die Kandidatin/der Kandidat innerhalb von zwölf Monaten einen erneuten Antrag auf Zulassung zur Masterarbeit stellen, anderenfalls gilt die Masterprüfung als nicht bestanden. Eine zweite Wiederholung ist nicht zulässig.

#### **§ 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß**

(1) Von einer Modulabschlussprüfung kann sich die Kandidatin/der Kandidat bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Prüfungstermin ohne Angabe von Gründen abmelden. Wenn sie bzw. er nach dieser Frist von der Prüfung zurücktritt, nicht zum Prüfungstermin erscheint, nach Beginn der Prüfung zurücktritt oder eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbringt, müssen triftige Gründe geltend gemacht werden. Sonst gilt die Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(2) Die im Fall von Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit muss – sofern der Prüfungsausschuss nicht umständehalber darauf verzichtet – ein ärztliches Attest vorgelegt werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann im Einzelfall die Vorlage eines Attests einer vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensärztin oder eines vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensarztes verlangen. Wenn die Gründe anerkannt wurden, wird dies schriftlich mitgeteilt.

(3) Bei Krankheit im Sinne von Absatz 2 kann die Kandidatin/der Kandidat bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung einen schriftlichen Antrag stellen, am Termin der ersten Wiederholungsprüfung zu der/den durch Krankheit versäumten Modulabschlussprüfung(en) zugelassen zu werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses befindet über den Antrag. Ein Recht auf eine gesonderte zeitnahe Wiederholungsprüfung im Falle eines Nichtbestehens dieser Modulabschlussprüfung(en) am Termin der ersten Wiederholungsprüfung besteht jedoch nicht.

(4) Versuchen Kandidatinnen/Kandidaten, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, Täuschungshandlungen oder das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die

betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Wer als Kandidatin/Kandidat den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von den jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden nach vorheriger Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wer von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen wurde, kann verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei der Feststellung einer Täuschung im Sinne von Satz 1. In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann der Prüfungsausschuss darüber hinaus die Masterprüfung insgesamt für nicht bestanden erklären.

(5) Die Kandidatin/der Kandidat kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe einer Entscheidung nach Absatz 4 verlangen, dass die Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin/dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Vor der Entscheidung ist der Kandidatin/dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

## II. Studium und Masterprüfung

### § 15 Anforderungen des Studiums

(1) Die Lehre ist als Präsenzstudium organisiert. Im Studium müssen die Studierenden nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung Veranstaltungen aus den Bereichen Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule sowie Schlüsselqualifikationen belegen. Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilen vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Generell gilt dies für Exkursionen, Lehrforschungsprojekte, Praktika, Sprachkurse und Übungen. Bei Vorlesungen kann keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Die Anwesenheitspflicht ist erfüllt, wenn ein/e Studierende/r 80% der Veranstaltungszeit beigewohnt hat. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Wird der Wert von 80% der Veranstaltungszeit hinsichtlich der Anwesenheit nicht erfüllt, so ist die Voraussetzung zur Prüfungszulassung nicht gegeben.

(1) Das Masterstudium besteht aus vier Semestern, auf die sich 8 bis 12 Module verteilen, die jeweils Lehrveranstaltungen im Umfang von 4 oder 8 Semesterwochenstunden umfassen. Der Studienleistung von einer Semesterwochenstunde entsprechen in Pflichtmodulen 1,5 Leistungspunkte (LP) und in den Wahlpflichtmodulen 2 LP. Die Module werden innerhalb von einem oder zwei aufeinander folgenden Semestern abgeschlossen. Am Ende steht jeweils eine Modulabschlussprüfung. Die Zuordnung und Inhalte der Kurse sowie die Art der Modulabschlussprüfung sind im Modulhandbuch detailliert beschrieben.

(2) Es sind ein Pflichtmodul, Wahlpflichtmodule im Umfang von 80 LP (darunter betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule im Umfang von mindestens 48 LP) und ein Modul zu Schlüsselqualifikationen zu absolvieren:

Pflichtmodul:

MS00	Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung	6 LP
------	---	------

Wahlpflichtmodule:

Über die angebotenen Wahlpflichtmodule im folgenden Studienjahr entscheidet der Fakultätsrat spätestens bis zum Ende der Vorlesungszeit. Die Liste der angebotenen Wahlpflichtmodule einschließlich

ihrer inhaltlichen Zuordnung und möglicher Kombinationsbeschränkungen wird in geeigneter Form gemäß § 8 Absatz 9 durch den Prüfungsausschuss der Fakultät unmittelbar nach der Festlegung durch den Fakultätsrat veröffentlicht. Bei Änderung von Wahlpflichtmodulen regelt Näheres die Auslaufordnung zu Wahlpflichtmodulen.

Schlüsselqualifikation

MQ07

Projektarbeit mit Kolloquium

6 LP

(3) Die verbindliche und endgültige Wahl eines Wahlpflichtmoduls erfolgt mit der ersten Anmeldung zur Modulabschlussprüfung; bei Wahlpflichtmodulen, zu denen der Zugang begrenzt ist, bereits bei der erstmaligen Belegung des Wahlpflichtmoduls. Die Anmeldung zu einem Wahlpflichtmodul gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende oder den Studierenden bis zum Rücktrittstermin gemäß § 5 Absatz 3 zurückgezogen wurde.

(4) Über die Möglichkeit, aufgrund eines Auslandsstudiums einer Studentin/eines Studenten ein anderes Modul als die in der Masterordnung genannten Wahlpflichtmodule als Wahlpflichtmodul anzuerkennen, entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der Studentin/des Studenten. Erbrachte Leistungen im Ausland können ferner bei ausreichendem Umfang und entsprechenden fachlichen Inhalten auf Antrag der Studentin/des Studenten beim Prüfungsausschuss als Schlüsselqualifikation angerechnet werden.

## § 16 Art und Umfang der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. Sie besteht aus den Modulabschlussprüfungen und der Masterarbeit.

(2) Der Studienumfang sowie Anzahl und Art der zu belegenden Module sind in § 15 geregelt. Eine mehrfache Anrechnung des gleichen Moduls ist ausgeschlossen. Den Studierenden werden die dem Modul zugeordneten Leistungspunkte erst bei erfolgreich abgelegter Modulabschlussprüfung gutgeschrieben.

## § 17 Zulassung zu den Modulprüfungen

Die Studierenden melden sich zu jeder Modulabschlussprüfung grundsätzlich schriftlich in der Studierenden- und Prüfungsverwaltung an (Ausnahmen hierzu in § 13 Absatz 1). Die Anmeldung gilt gleichzeitig als Antrag auf Zulassung zur jeweiligen Prüfung. Diese Zulassung bedingt, dass die in der Beschreibung des zugehörigen Moduls aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sind.

## § 18 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit. Die Anfertigung der Masterarbeit erfolgt studienbegleitend in der Regel im zweiten Studienjahr. Die Bearbeitungszeit beträgt 18 Wochen und entspricht in Art und Umfang einem Arbeitsaufwand von 840 Stunden (28 LP). Bei einer empirischen oder mathematischen Arbeit kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der Betreuerin oder dem Betreuer die Bearbeitungszeit auf bis zu 22 Wochen festlegen. Auf begründeten Antrag der Kandidatin/des Kandidaten kann die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses in Abstimmung mit der Themenstellerin oder dem Themensteller ausnahmsweise eine Verlängerungsfrist von bis zu zwei Wochen gewähren. Die Masterarbeit soll zeigen, dass die Kandidatin/der Kandidat in der Lage ist, ein abgegrenztes Problem in ihrem bzw. seinem Fachgebiet innerhalb einer vorgegebenen Frist selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. Das Thema der Masterarbeit muss einem der in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vertretenen Fächer entnommen sein. Es kann von jeder fachlich zuständigen Prüferin oder jedem fachlich



zuständigen Prüfer gestellt werden.

(2) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestellt die Themenstellerin oder den Themensteller für die Masterarbeit. Die Kandidatin/der Kandidat kann Vorschläge für das Thema der Masterarbeit machen. Das Thema der Masterarbeit wird der Kandidatin/dem Kandidaten von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitgeteilt. Der Tag der Ausgabe des Themas ist aktenkundig zu machen. Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass eine Kandidatin/ein Kandidat rechtzeitig ein Thema zur Bearbeitung als Masterarbeit erhält.

(3) Das Thema der Masterarbeit kann bis zwei Wochen nach Ausgabe des Themas ohne Angabe von Gründen prüfungsunschädlich zurückgegeben werden. Von dieser Möglichkeit darf nur einmal Gebrauch gemacht werden. Die Masterarbeit gilt bei Rückgabe des Themas als nicht begonnen. Im Falle einer längeren Krankheit kann die Kandidatin/der Kandidat das Thema auch nach Ablauf der ersten zwei Wochen zurückgeben, soweit § 14 Absatz 2 entsprechend zutrifft.

(4) Die Masterarbeit wird in der Regel in deutscher Sprache abgefasst und der textliche Umfang der Masterarbeit soll 40 Seiten nicht unter- und 70 Seiten nicht überschreiten.

(5) Die Masterarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatinnen/Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(6) Der Masterarbeit ist eine Versicherung der Kandidatin/des Kandidaten beizufügen, dass sie bzw. er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit – selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt, alle Zitate kenntlich gemacht und dass diese Arbeit in identischer oder ähnlicher Form noch nicht als Prüfungsarbeit einem wissenschaftlichen Prüfungsamt vorgelegen hat.

(7) Die Masterarbeit ist in elektronischer Form (PDF-Dokument) fristgemäß einzureichen. Die Einreichung erfolgt durch das Hochladen des Dokuments im Studierendenportal. Das Datum der Abgabe wird von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung aktenkundig gemacht. Wird die Masterarbeit nicht fristgemäß abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Auf Verlangen der/des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses reicht die/der Kandidatin/Kandidat fristgemäß zusätzlich zwei gebundene Exemplare bei der Erstprüferin/dem Erstprüfer ein.

(8) Die Masterarbeit ist in der Regel von zwei Prüferinnen/Prüfern zu bewerten. Hiervon kann nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden; diese Gründe sind aktenkundig zu machen. Die erste Prüferin/der erste Prüfer soll die Betreuerin/der Betreuer sein; die zweite Prüferin/den zweiten Prüfer bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Masterarbeit ist von den Prüferinnen/den Prüfern gemäß § 12 Absatz 2 und Absatz 3 zu begutachten und zu bewerten.

(9) Wird die Masterarbeit endgültig mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet oder gilt sie nach Absatz 7 Satz 4 als nicht bestanden, so erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin/dem Kandidaten einen entsprechenden schriftlichen Bescheid.

## **§ 19 Bestehen der Masterprüfung**

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

1. Alle Modulabschlussprüfungen in dem in dieser Prüfungsordnung beschriebenen Umfang wurden mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet.
2. Die Masterarbeit wurde mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet.
3. Die Bedingungen des Absatzes 2 sind nicht verletzt.

(2) Wer die Masterarbeit inklusive Wiederholungsmöglichkeit oder eine Modulabschlussprüfung inklusive Wiederholungsmöglichkeiten nicht bestanden hat, hat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.

(3) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuss der Studentin/dem Studenten einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(4) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Masterprüfung nicht bestanden, so wird ihr bzw. ihm auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten enthält und erkennen lässt, dass die Masterprüfung endgültig nicht bestanden ist.

## **§ 20 Freiwillige Zusatzmodule**

(1) Eine Kandidatin/ein Kandidat kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Wahlpflichtmodulen einer Prüfung unterziehen. Diese Prüfung erfolgt unter den für Wahlpflichtfächer geltenden Regelungen. Als freiwillige Zusatzmodule können alle angebotenen Wahlpflichtmodule gewählt werden. Eine Kandidatin/ein Kandidat legt bei der Anmeldung zur Prüfung verbindlich fest, ob ein Wahlpflichtmodul als obligatorisches Modul gemäß § 15 Absatz 3 oder als freiwilliges Zusatzmodul gewählt wird.

(2) Auf Wunsch der Kandidatin/des Kandidaten werden das Zusatzmodul oder die Zusatzmodule im Masterzeugnis und im „Transcript of Records“ mit Angabe der Note(n) der betreffenden Modulabschlussprüfung(en) aufgeführt. Bei der Festsetzung der Gesamtnote der Masterprüfung gemäß § 12 Absatz 5 wird die Note eines Zusatzmoduls nicht berücksichtigt.

(3) Ergibt sich bei einem Zusatzmodul die Modulabschlussnote „nicht ausreichend“, kann diese Prüfung zweimal wiederholt werden. Eine dritte Wiederholungsprüfung in einem Zusatzmodul ist ausgeschlossen.

## **§ 21 Masterzeugnis und Masterurkunde**

(1) Hat die Kandidatin/der Kandidat die Masterprüfung bestanden, so wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält Angaben über die erreichten Noten für alle belegten Module (Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule und Schlüsselqualifikationen). Weiterhin enthält das Zeugnis das Thema und die Note der Masterarbeit sowie die Gesamtnote der Masterprüfung. Das Zeugnis ist mit dem Siegel der Universität zu versehen und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterschreiben. Das Zeugnis trägt das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde, und das Ausstellungsdatum.

(2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin/dem Kandidaten die Masterurkunde mit dem Ausstellungsdatum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Mastergrades „Master of Science“, abgekürzt „M.Sc.“, beurkundet. Die Urkunden werden von der Dekanin oder dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben und mit dem Universitätssiegel versehen.

(3) Der Masterurkunde wird ein „Diploma Supplement“ beigelegt, das eine allgemeine Beschreibung des Studiengangs enthält, sowie ein „Transcript of Records“, in dem alle Module aufgeführt sind, in denen die Kandidatin/der Kandidat Leistungspunkte erworben hat.

(4) Auf schriftlichen Antrag der Kandidatin/des Kandidaten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät können bis zu zwei Schwerpunkte ausgewiesen werden, wenn die Kandidatin/der Kandidat erfolgreich Wahlpflichtmodule (einschließlich freiwilliger Zusatzmodule) im

Umfang von mindestens 32 LP pro Schwerpunkt absolviert hat. Der Antrag ist spätestens vier Wochen nach Anmeldung der Abschlussarbeit zu stellen. Die Kandidatin/der Kandidat muss bei der Antragstellung festlegen, für welchen Schwerpunkt ein Modul genutzt werden soll. Die Bearbeitung der Masterarbeit soll bei Schwerpunktbildung in einem der Schwerpunkte erfolgen. Die Schwerpunkte sowie die korrespondierenden Module werden vom Fakultätsrat beschlossen und von der Fakultät gesondert bekanntgemacht.

### **III. Abschlussbestimmungen**

#### **§ 22 Ungültigkeit der Masterprüfung und Aberkennung des Mastergrades**

(1) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin/der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin/der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Der Kandidatin/dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls durch ein neues zu ersetzen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Masterurkunde, das „Diploma Supplement“ und das „Transcript of Records“ einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wird.

#### **§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten**

Der Kandidatin/dem Kandidaten wird auf schriftlichen Antrag innerhalb von einem Monat nach Aushändigung des Masterzeugnisses Einsichtnahme in ihre bzw. seine Prüfungsakten gewährt. Der Termin und der Ort für die Einsichtnahme werden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung festgesetzt.

## Artikel II

### § 24 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden, die das Masterstudium ab dem 01.10.2020 aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates vom 31.05.2023 sowie des Eilentscheid des Dekans vom 05.12.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

## VI. Anhang

### 1. Studienverlaufsplan des Masterstudiengangs Betriebswirtschaftslehre

SWS = Semesterwochenstunden

LP = Leistungspunkte gemäß ECTS

WL = „Workload“ in Stunden

Semester	1			2			3			4		
	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL
Pflicht Statistik												
MS00	4	6	180									
Wahlpflichtmodule (Umfang 80 LP, davon mindestens 48 LP BWL)												
MW ...	12	24	720	12	24	720	12	24	720	4	8	240
Schlüsselqualifikation												
MQ07				4	6	180						
Masterarbeit							4	6	180	0	22	660
Summe	16	30	900	16	30	900	16	30	900	4	30	900

## 2. Liste der Wahlpflichtmodule im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre

Betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule [16 ECTS-Punkte]

Modul MW16                      Personalmanagement

Betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule [8 ECTS-Punkte]

Modul MW18                      Organizational Behavior  
Modul MW19                      Personalwirtschaftliches Praxisseminar  
Modul MW36                      Marketing Management und Digitale Transformation  
Modul MW37                      Advanced Marketing Research und Management  
Modul MW38                      Opportunity Recognition  
Modul MW39                      Corporate Entrepreneurship  
Modul MW40                      Advanced Theories in Accounting and Control (auslaufend)  
Modul MW41                      Accounting and Control: Research and Practice (auslaufend)  
Modul MW42                      Entrepreneurial Finance  
Modul MW44                      Bankbilanzierung  
Modul MW45                      Praxisseminar Unternehmensbewertung (auslaufend)  
Modul MW46                      Finanzintermediation  
Modul MW47                      Bank Management and Financial Services  
Modul MW48                      Fallstudienwettbewerb „MBA-ICC Montréal“  
Modul MW50                      Ausgewählte Probleme der Unternehmensbesteuerung  
Modul MW51                      Praxisseminar Unternehmensgründung  
Modul MW52                      Accounting Advisory  
Modul MW54                      Empirische Controllingforschung  
Modul MW56                      Asset Management  
Modul MW57                      Sustainability Management Research  
Modul MW59                      Sustainability Management Practice  
Modul MW90                      Digital Financial Reporting  
Modul MW91                      Data Science in FACT  
Modul MW93                      Praxis des Personalmanagements  
Modul MW94                      People Analytics  
Modul MW95                      Internationales Personalmanagement  
Modul MW96                      Qualitative Managementforschung  
Modul MW97                      Praxisseminar Gründungsfinanzierung  
Modul MW98                      Research Seminar in Entrepreneurial Finance  
Modul MW99                      Organisationstheorien  
Modul MW100                      Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre I  
Modul MW101                      Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre II  
Modul MW102                      Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre III  
Modul MW106                      Empirical Accounting and Auditing  
Modul MW107                      Corporate Governance  
Modul MW108                      Advanced Corporate Finance  
Modul MW109                      Strategies of Digital Top Players  
Modul MW110                      Advanced Controlling 1: Strategisches Controlling  
Modul MW111                      Advanced Controlling 2: Management Control Systems  
Modul MW112                      Unternehmensbewertung und –prüfung  
Modul MW113                      FACT Foundations  
Modul MW114                      Konzernsteuerrecht und International Unternehmensbesteuerung

Modul MW115	Aktuelle Forschungsfragen der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre
Modul MW116	Forschungskolloquium Empirische Managementforschung
Modul MW121	Ausgewählte Herausforderungen der Betriebswirtschaftslehre
Modul MW123	Purchasing and Supply Management

#### Volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule [16 ECTS-Punkte]

Modul MW08	Internationale Finanzmärkte
Modul MW14	Monetary Economics

#### Volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule [8 ECTS-Punkte]

Modul MW28a	International Trade I
Modul MW28b	International Trade II
Modul MW60	Network Economics
Modul MW61	Regulierungsökonomik
Modul MW62	Advanced Labour Economics
Modul MW64	Advanced Econometrics
Modul MW66	Empirical Industrial Economics
Modul MW67	Commodity Markets
Modul MW68	Game Theory
Modul MW69	Industrial Economics
Modul MW70	Competition Law and Policy
Modul MW71	Competition Economics: Advanced Topics
Modul MW73	Empirische Wettbewerbsökonomik
Modul MW75	Wirtschaftspolitische Beratung: Theorie und Praxis
Modul MW76	Experimental Economics
Modul MW77	Behavioral Economics
Modul MW78	Behavioral Industrial Economics
Modul MW79	Public Economics
Modul MW81	Wissenschaftskommunikation in der Öffentlichkeit
Modul MW82	Time Series Analysis
Modul MW84	Aktuelle Fragestellungen der Wirtschaftspolitik
Modul MW85	Ausgewählte Probleme der Wettbewerbstheorie und –politik
Modul MW86	Volkswirtschaftliches Seminar
Modul MW87	Makroökonomische Theorie
Modul MW103	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre I
Modul MW104	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre II
Modul MW105	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre III
Modul MW122	Topics in Econometrics and Data Science

#### Sonstige Wahlpflichtmodule [16 ECTS-Punkte]

Modul MW11	Wirtschaftspsychologie
Modul MW12	Kunst- und Kulturmanagement
Modul MW13	Steuerrecht
Modul MW55	Digital Science Technology

Sonstige Wahlpflichtmodule [8 ECTS-Punkte]

Modul MW92:	Marktpsychologie
Modul MW117	Statistische Datenewinnung
Modul MW118:	Applied Machine Learning
Modul MW119:	Causal Machine Learning
Modul MW120:	User Experience (UX) Design & Management

Mögliche Kombinationsbeschränkungen von Wahlpflichtmodulen werden gemäß § 15 Absatz 2 beschlossen und veröffentlicht.



**ORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG  
FÜR DEN BACHELORSTUDIENGANG VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

**Artikel I**

Die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 11.10.2022 wird wie folgt geändert:

1) §6 Absatz 4 Sätze 1-3 werden wie folgt neu gefasst:

„Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Es sollen höchstens drei Kandidatinnen/Kandidaten zur gleichen Zeit geprüft werden. Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und den Prüfungsakten beizulegen ist.“

2) § 13 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Nicht bestandene Modulabschlussprüfungen dürfen zweimal wiederholt werden.“

3) In § 15 wird folgender neuer Absatz 1 aufgenommen:

„(1) Die Lehre ist als Präsenzstudium organisiert. Im Studium müssen die Studierenden nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung Veranstaltungen aus den Bereichen Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule sowie Schlüsselqualifikationen belegen. Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilern vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Generell gilt dies für Exkursionen, Lehrforschungsprojekte, Praktika, Sprachkurse und Übungen. Bei Vorlesungen kann keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Die Anwesenheitspflicht ist erfüllt, wenn ein/e Studierende/r 80% der Veranstaltungszeit beigewohnt hat. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Wird der Wert von 80% der Veranstaltungszeit hinsichtlich der Anwesenheit nicht erfüllt, so ist die Voraussetzung zur Prüfungszulassung nicht gegeben.“

Die bisherigen Absätze 1 bis 4 werden zu den Absätzen 2 – 5.

4) §16 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Studiumumfang sowie Anzahl und Art der Module sind in § 15 geregelt.“

5) §19 Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Wer die Bachelorarbeit inklusive Wiederholungsmöglichkeit oder eine Modulabschlussprüfung inklusive Wiederholungsmöglichkeiten nicht bestanden hat, hat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden.“

6) In § 21 Absatz 4 wird nach Satz 1 folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Der Antrag ist spätestens vier Wochen nach Anmeldung der Abschlussarbeit zu stellen.“

Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden zu den Sätzen 3 und 4.

7) Anhang 2 „Liste der Wahlpflichtmodule im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre“ wird wie folgt geändert:

- a) Modul BW43 wird umbenannt in „Sustainability Management“
- b) Modul BW22 Medienökonomik wird gestrichen
- c) Modul BW36 Quantitative Finance wird gestrichen
- d) Modul BW09 wird umbenannt in „Applied Data Science“
- e) Modul BW55 „Strategic Supply Chain Management“ wird neu aufgenommen

## **Artikel II**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden, die das Bachelorstudium im Studiengang Volkswirtschaftslehre ab dem 01.10.2022 aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 31.05.2023 sowie des Eilentscheids des Dekans vom 05.12.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

**NEUBEKANNTMACHUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG  
FÜR DEN BACHELORSTUDIENGANG VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 11.10.2022  
IN DER FASSUNG DER ORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER PRÜFUNGSORDNUNG  
FÜR DEN BACHELORSTUDIENGANG VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE  
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024  
(AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN NR. 21/2024)**

**Artikel I**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

**Inhaltsübersicht**

**I. Allgemeines**

- § 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung
- § 2 Abschlussgrad
- § 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen
- § 4 Regelstudienzeit und Studienumfang
- § 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine
- § 6 Prüfungsformen
- § 7 Projektarbeit
- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer
- § 10 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 11 Regelungen zum Nachteilsausgleich
- § 12 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote
- § 13 Wiederholung von Prüfungen
- § 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

**II. Studium und Bachelorprüfung**

- § 15 Anforderungen des Studiums
- § 16 Art und Umfang der Bachelorprüfung
- § 17 Zulassung zu den Modulprüfungen
- § 18 Bachelorarbeit
- § 19 Bestehen der Bachelorprüfung
- § 20 Freiwillige Zusatzmodule
- § 21 Bachelorzeugnis und Bachelorurkunde

**III. Abschlussbestimmungen**

- § 22 Ungültigkeit der Bachelorprüfung und Aberkennung des Bachelorgrades
- § 23 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 24 Inkrafttreten und Veröffentlichung

- IV. Anhang
- 1. Studienverlaufsplan des Bachelorstudiengangs Volkswirtschaftslehre
- 2. Liste der Wahlpflichtmodule im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre

## **I. Allgemeines**

### **§ 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung**

(1) Durch das Bachelorstudium soll gewährleistet werden, dass die Kandidatin/der Kandidat die für einen Übergang in die Berufspraxis oder in einen Masterstudiengang notwendigen wirtschaftswissenschaftlichen und methodischen Fachkenntnisse und Schlüsselqualifikationen erwirbt und die wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhänge überblickt.

(2) Der Nachweis der geforderten Qualifikationen ist in der Bachelorprüfung als erstem berufsqualifizierenden Abschluss eines Studiums der Volkswirtschaftslehre zu erbringen.

### **§ 2 Abschlussgrad**

Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung verleiht die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den akademischen Grad „Bachelor of Science“ (abgekürzt: „B.Sc.“) in Volkswirtschaftslehre.

### **§ 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen**

(1) Das Bachelorstudium kann sowohl zum Wintersemester als auch zum Sommersemester aufgenommen werden.

(2) Zulassungsvoraussetzung für das Bachelorstudium ist die allgemeine oder die einschlägig fachgebundene Hochschulreife. Das Nähere regelt die Einschreibungsordnung.

(3) Hat eine Bewerberin/ein Bewerber ein vergleichbares ökonomisches Bachelor- oder Diplomstudium an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, dann ist die Zulassung zum Bachelorstudium Volkswirtschaftslehre zu versagen.

(4) In der beruflichen Bildung qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber ohne Hochschulreife können zum Bachelorstudium zugelassen werden, soweit sie die Zugangsvoraussetzungen der Berufsbildungshochschulzugangsverordnung erfüllen. Abhängig von den persönlichen Zulassungsvoraussetzungen ist dazu eine Zugangsprüfung erforderlich.

(5) Die Zugangsprüfung besteht aus einer mündlichen Prüfung von 30 Minuten Dauer und aus einer schriftlichen Prüfung von 90 Minuten Dauer, in der die Kandidatin/der Kandidat ihre bzw. seine fachlichen und methodischen Voraussetzungen für ein Bachelorstudium Volkswirtschaftslehre nachweist. Die Note der mündlichen Prüfung setzt die Prüferin oder der Prüfer nach Anhörung der Beisitzerin oder des Beisitzers gemäß § 12 Absatz 2 dieser Prüfungsordnung fest. Die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Protokoll ist von der Prüferin/dem Prüfer sowie der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und verbleibt bei den Prüfungsakten. Die Note der schriftlichen Prüfung setzt die Prüferin/der Prüfer gemäß § 12 Absatz 2 dieser Prüfungsordnung fest. Der Antrag auf Zulassung zur Zugangsprüfung ist über die Studierenden- und Prüfungsverwaltung zu stellen. Im Übrigen gilt die Ordnung zur Weitergeltung von Vorschriften über den Hochschulzugang in den Studiengängen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in der jeweils aktuellen Fassung.

#### **§ 4 Regelstudienzeit und Studienumfang**

(1) Die Regelstudienzeit beträgt für das Bachelorstudium einschließlich der Abschlussarbeit (Bachelorarbeit) im Vollzeitstudium sechs Semester (drei Studienjahre).

(2) Der Studienumfang im Pflicht- und Wahlpflichtbereich sowie im Bereich der Schlüsselqualifikationen beträgt insgesamt 86 Semesterwochenstunden (SWS) in der qualitativen Ausrichtung sowie 90 in der quantitativen Ausrichtung des Studiengangs. Die im Studium erbrachten Leistungen werden in einem akkumulierenden Leistungspunktesystem mit Leistungspunkten (LP) bewertet. Dabei gibt ein Leistungspunkt einen mittleren Arbeitsaufwand von 30 Stunden wieder und entspricht einem „Credit Point“ nach dem „European Credit Transfer System“ (ECTS). Das Studium umfasst einschließlich der Präsenzzeiten, Vor- und Nachbereitungen sowie der Abschlussarbeit insgesamt 180 LP; davon entfallen auf den Pflichtbereich 66 LP in der qualitativen sowie 90 LP in der quantitativen Ausrichtung und auf den Wahlpflichtbereich 84 LP in der qualitativen sowie 60 in der quantitativen Ausrichtung des Studiengangs. Für die Schlüsselqualifikationen sind 12 LP, für den interdisziplinären Wahlbereich (Studium Universale) 6 LP und für die Bachelorarbeit 12 LP vorgesehen.

#### **§ 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine**

(1) Die Prüfungen erfolgen studienbegleitend jeweils zum Abschluss der in dieser Ordnung vorgesehenen Module sowie in der Schlussphase des Studiums durch eine Abschlussarbeit (Bachelorarbeit). Die Modulprüfungen bestehen jeweils aus einer benoteten Modulabschlussprüfung.

(2) Die Prüfungen können abgelegt werden, sofern die Erfüllung der in dieser Ordnung für die Zulassung erforderlichen Bedingungen nachgewiesen ist. Dabei ist zu beachten, dass ein erfolgreicher Abschluss eines bestimmten Moduls zur Teilnahmevoraussetzung für den Besuch eines weiterführenden Moduls gemacht werden kann; nähere Einzelheiten sind den Modulbeschreibungen im Modulhandbuch zu entnehmen. Umfang und Anforderungen der Prüfungselemente müssen unbeschadet eines Vorschlagsrechts der Kandidatinnen und Kandidaten dem Grundsatz folgen, dass nur geprüft wird, was zuvor gelehrt wurde.

(3) Zu jeder einzelnen Modulabschlussprüfung ist grundsätzlich (Ausnahmen hierzu in § 13) eine gesonderte Anmeldung erforderlich. Die Anmeldetermine sind Ausschlussfristen. Die bei der Prüfung erlaubten Hilfsmittel werden vom Prüfungsausschuss durch Aushang bekannt gegeben. Die Frist für die Rücknahme von Anmeldungen ohne Angabe von Gründen endet bei Klausurarbeiten und mündlichen Prüfungen eine Woche vor dem Prüfungstermin. Die Anmeldung gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende/den Studierenden bis zum Rücktrittstermin zurückgezogen wurde.

(4) Die Prüfungen werden in der Regel in deutscher Sprache abgenommen, nach Absprache der Kandidatin/des Kandidaten mit den Prüferinnen und Prüfern auch in einer anderen Sprache.

(5) Die Bewertung von Modulabschlussprüfungen soll den Studierenden durch die Studierenden- und Prüfungsverwaltung im Fall von Wahlpflichtmodulen jeweils nach spätestens sechs Wochen und im Fall von Pflichtmodulen in der Regel spätestens nach acht Wochen bekannt gegeben werden.

(6) Die Orte und Zeiten der Modulabschlussprüfungen werden von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung durch Aushang bekannt gegeben. Termine für Hausarbeiten und Referate werden unabhängig von den Prüfungszeiträumen von der jeweiligen Prüferin/dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(7) Modulabschlussprüfungen zu Wahlpflichtmodulen werden zum Ende des Moduls, das sich über ein oder zwei Semester erstreckt, angeboten. Die erste Wiederholungsprüfung soll im Regelfall spätestens vor Beginn der auf die erste Prüfung folgenden Vorlesungszeit stattfinden. Modulabschlussprüfungen zu Pflichtmodulen werden jedes Semester im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Für Module, die von anderen Fakultäten angeboten werden, gelten die Regelungen der jeweils verantwortlichen Fakultät.

## § 6 Prüfungsformen

(1) Jedes Modul wird durch eine Modulabschlussprüfung abgeschlossen, die studienbegleitend stattfindet. Die inhaltlichen Prüfungsanforderungen einer Modulabschlussprüfung ergeben sich aus den Lehrinhalten der der Prüfung zugeordneten Lehrveranstaltungen unter Berücksichtigung angemessener, benannter Pflichtliteratur. Hierbei sollen die Prüfungsanforderungen in einem angemessenen Verhältnis zu den der Prüfung zugrundeliegenden Lehrinhalten stehen.

(2) Die Modulabschlussprüfung kann aus einer Klausurarbeit, einer mündlichen Prüfung, einer sonstigen Prüfungsleistung (z.B. Hausarbeit, Projektarbeit, Fallstudie) bestehen. Klausurarbeiten können auch in elektronischer Form oder elektronischer Kommunikation abgelegt werden. Die jeweils zutreffende Prüfungsform einer Modulabschlussprüfung wird von der Prüferin/dem Prüfer gemäß § 9 festgelegt. Nähere Einzelheiten sind den jeweiligen Modulbeschreibungen zu entnehmen.

(3) Die Dauer von Modulabschlussprüfungen hängt vom Umfang des Moduls ab, gemessen an der Zahl der Semesterwochenstunden, und beträgt z.B. bei Klausurarbeiten in einem Modul mit 6 SWS 90-120 Minuten, in einem Modul mit 4 SWS 60-90 Minuten und in einem Modul mit 2 SWS 60 Minuten. Der entsprechende Umfang einer mündlichen Modulabschlussprüfung beträgt in Modulen mit 6 oder 8 SWS 30-45 Minuten und in Modulen mit 4 SWS 20-30 Minuten. Nähere Einzelheiten sind in den jeweiligen Modulbeschreibungen geregelt. Die Dauer einer mündlichen Prüfung soll die vorgesehene Prüfungszeit in der Regel nicht um mehr als fünf Minuten übersteigen. Die Note für die mündliche Prüfung setzt die Prüferin/der Prüfer nach Anhörung der Beisitzerin/des Beisitzers gemäß § 12 fest.

(4) Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Es sollen höchstens drei Kandidatinnen/Kandidaten zur gleichen Zeit geprüft werden. Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und den Prüfungsakten beizulegen ist. Das Ergebnis ist der Kandidatin/dem Kandidaten unmittelbar im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben. Nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse ist die Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen zuzulassen, sofern die Kandidatin/der Kandidat dem nicht bei der Anmeldung zur Prüfung schriftlich widerspricht. Die Zulassung der Öffentlichkeit erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Kandidatinnen/Kandidaten. Bei erheblichen Störungen des Prüfungsablaufs durch die Zuhörerinnen/Zuhörer kann die Prüferin/der Prüfer die Öffentlichkeit ausschließen.

## § 7 Projektarbeit

(1) Die im Rahmen der Schlüsselqualifikation Volkswirtschaftslehre zu erbringende Projektarbeit mit Kolloquium wird fachlich mit einem volkswirtschaftlichen Wahlpflichtmodul verknüpft.

(2) Die Anforderungen für Hausarbeiten und/oder Referate sowie die Anmelde- und Abgabemodalitäten legt die Themenstellerin oder der Themensteller fest. Die Anmeldung zu der Projektarbeit sowie die Abgabe der Projektarbeit erfolgt bei der Themenstellerin oder dem Themensteller.

(3) Schriftliche Arbeiten wie beispielsweise Hausarbeiten, müssen auch in elektronischer Form in einem gängigen Dateiformat eingereicht werden, um eine Überprüfung mittels einer Plagiatssoftware zu ermöglichen.

(4) Die Ergebnisse der Projektarbeiten mit Kolloquium werden von der Themenstellerin oder dem Themensteller über den Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an die Studierenden- und Prüfungsverwaltung übermittelt.

## § 8 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät einen Prüfungsausschuss für die Bachelor- und Masterstudiengänge (im Folgenden als Prüfungsausschuss bezeichnet). Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts.
- (2) Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren oder dessen Stellvertretung und fünf weiteren Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende und deren oder dessen Stellvertretung und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren, ein Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden vom Fakultätsrat gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung Vertreter gewählt. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt in der Regel ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden, legt die Einzelheiten des Prüfungsverfahrens fest, sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen und entscheidet in Zweifelsfällen über die Auslegung der Prüfungsordnung. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Alle Regelfälle entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche. Mindestens einmal jährlich gibt der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat einen Bericht über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und die Verteilung der Fachnoten und unterbreitet im Bedarfsfall Vorschläge zur Reform der Bachelorprüfungsordnung.
- (4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder ihrer oder seiner Stellvertretung und zwei weiteren Professorinnen oder Professoren mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Entscheidungen können nicht gegen die Mehrheit der Professorinnen und Professoren getroffen werden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Beurteilung, Anerkennung und Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit.
- (5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.
- (6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertretung unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (7) Der Prüfungsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (8) Dem Prüfungsausschuss steht für die organisatorische Abwicklung von Modulabschluss- und Bachelorprüfungen die Studierenden- und Prüfungsverwaltung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zur Verfügung.
- (9) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Verhinderungsfall die oder der stellvertretende Vorsitzende, vertritt den Prüfungsausschuss gerichtlich und außergerichtlich. Sie oder er beruft die Sitzungen des Ausschusses ein, leitet diese und führt die dort gefassten Beschlüsse durch. Sie oder er erledigt die ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss übertragenen Aufgaben sowie alle Regelfälle, die eine Beschlussfassung des Prüfungsausschusses nicht erfordern. Sie oder er entscheidet in

dringenden Fällen, in denen der Prüfungsausschuss nicht rechtzeitig einberufen werden kann, und berichtet auf der nächsten Sitzung des Ausschusses. Der Bericht an die Fakultät wird nach Beratung im Prüfungsausschuss erstattet. Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder der oder des Vorsitzenden bleiben dem Prüfungsausschuss vorbehalten.

(10) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt Anordnungen, Festsetzungen von Terminen und Fristen sowie andere Mitteilungen des Prüfungsausschusses, die nicht nur einzelne Personen betreffen, mit rechtsverbindlicher Wirkung durch Aushang am „Schwarzen Brett“ des Prüfungsausschusses bekannt. Darüber hinaus werden die Mitteilungen des Prüfungsausschusses auch in elektronischer Form auf den Internetseiten des Prüfungsausschusses der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bekannt gegeben.

## **§ 9 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer**

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer und die Beisitzerinnen und Beisitzer nach Maßgabe ihrer Dienstaufgaben auf Dauer oder befristet und gibt diese Bestellung bekannt. Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen. Die Bestellung der Beisitzerin oder des Beisitzers erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses auf Vorschlag der Prüferin oder des Prüfers.

(2) Die Prüferbestellung erfolgt aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie aus dem Kreis der Personen gemäß § 65 Absatz 1 HG. Ausgeschiedene Professorinnen und Professoren können für die Dauer von zwei Jahren nach Ablauf des Semesters, in dem sie aus der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ausgeschieden sind, zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden.

(3) Für die Bachelorarbeit können die Kandidatinnen und Kandidaten eine Prüferin oder einen Prüfer vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Erstprüferin bzw. der Erstprüfer muss aus dem Kreis der in Absatz 2 genannten Personen stammen. Die Zweitprüferin bzw. der Zweitprüfer muss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät angehören und die Voraussetzungen nach § 65 Absatz 1 HG erfüllen.

(4) Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens eine entsprechende Bachelor-, Master- oder Diplomprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat und in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tätig ist.

(5) Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig von Weisungen. Sie legen die Prüfungsform fest und teilen dies der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mit.

(6) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass den Kandidatinnen und Kandidaten die Namen der Prüferinnen/Prüfer und die Prüfungsform rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(7) Die Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Prüferinnen und Prüfer haben das Recht, über die Prüfungsunterlagen vor Beginn der Prüfung informiert zu werden. Soweit die Prüfungsunterlagen Auskunft über die bisherigen Prüfungsergebnisse geben sollen, ist das Einverständnis der Kandidatinnen/Kandidaten einzuholen.



## § 10 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an anderen wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet. Hat eine Kandidatin / ein Kandidat die Abschlussprüfung zu einem bestimmten Modul an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, ist eine neuerliche Zulassung zur Abschlussprüfung für dieses Modul zu versagen. Sämtliche Fehlversuche werden angerechnet, wenn es sich im Wesentlichen um denselben oder einen vergleichbaren wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang und dieselbe Prüfungsleistung handelt.

(2) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder an anderen als wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet, sofern keine wesentlichen Unterschiede festgestellt werden (d.h. Gleichwertigkeit besteht).

(3) Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Bachelorstudiums an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung auf der Grundlage von Einzelbewertungen aller zur Anrechnung beantragten Prüfungsleistungen vorzunehmen.

(4) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet, sofern die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Soweit die Gleichwertigkeit nicht aufgrund der bescheinigten Leistungspunkte nach dem ECTS-System festgestellt werden kann, sind für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Sofern der Nachweis der Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen nicht in einer Frist von einem Jahr erbracht werden kann, ist die Anerkennung der entsprechenden Prüfungsleistung zu versagen. Bei Studien- und Prüfungsleistungen, die in Staaten erbracht wurden, die dem Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der Europäischen Region vom 11.04.1997 – sog. Lissabonner Anrechnungskonvention – beigetreten sind, erfolgt eine Anrechnung nur dann nicht, wenn wesentliche Unterschiede in den zu vergleichenden Leistungen festgestellt werden. Der Nachweis wird durch die Universität erbracht.

(5) Für die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(6) Werden Studienleistungen und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Im Anrechnungsfall müssen mindestens 45 LP im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf erworben werden, um die Bachelorprüfung zu bestehen. Darüber hinaus muss die Bachelorarbeit im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf angefertigt werden.

(7) Die Anerkennung von Teilen der Bachelorprüfung kann versagt werden, wenn sich die anzurechnende Leistung hinsichtlich der Anforderungen, der Thematik oder des Inhalts von diesem Bachelorstudiengang wesentlich unterscheidet.

(8) Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form vorzulegen. Zuständig für Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 6 ist die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit können zuständige Fachvertreter gehört werden. Der Antrag auf Anerkennung muss in dem Semester erfolgen, in dem das Studium in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aufgenommen wird. Sollte bereits eine Prüfung in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in einem zur Anrechnung beantragten Modul abgelegt worden sein, ist ein Antrag auf Anerkennung abweichend von Satz 4 ausgeschlossen.

(9) Können gleichwertige, außerhalb des Hochschulbereiches erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten nachgewiesen werden, so können diese bis zu maximal der Hälfte der vorgesehenen Leistungspunkte für den Bachelorstudiengang angerechnet werden. Der Prüfungsausschuss entscheidet in diesem Fall über die Gleichwertigkeitsprüfung.

## **§ 11 Regelungen zum Nachteilsausgleich**

(1) Macht die Studentin oder der Student durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder Krankheit oder ständiger seelischer oder körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen oder Studienleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form oder Zeit zu erbringen, ist ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss im Sinne des Nachteilsausgleichs zu ermöglichen, gleichwertige Prüfungsleistungen oder Studienleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Vor Entscheidungen des Prüfungsausschusses soll die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung auf Antrag der Studentin oder des Studenten um ein Votum gebeten werden. Vergleichbare Regelungen sind zu treffen, wenn die Studentin oder der Student nachweisen kann, dass sie oder er durch die dauernde Pflege eines nahen Angehörigen in Anspruch genommen ist.

(2) Auf Antrag der Studentin oder des Studenten hat der Prüfungsausschuss darüber zu entscheiden, ob einzelne Prüfungsleistungen nach Ablauf vorgesehener Fristen innerhalb einer festzusetzenden Nachfrist abgelegt werden können. In dem Antrag sind die Gründe darzulegen und glaubhaft zu machen.

(3) Bei der Gestaltung der Prüfungsverfahren, insbesondere der Festlegung der Prüfungstermine und der Festlegung von Prüfungsfristen für die Wiederholung von Prüfungen, sind die Elternzeitregelungen sowie die Bestimmungen zum Mutterschutz zu beachten.

(4) Anträge auf Nachteilsausgleich sind durch die Prüfungskandidatin oder den Prüfungskandidaten unter Führung geeigneter Nachweise umfassend zu begründen. Anträge sind in einem angemessenen Zeitraum, i.d.R. bis spätestens zum Ablauf der Anmeldefrist für die Prüfung, vor der Erbringung der Leistung, bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

## **§ 12 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote**

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. Falls mehrere Prüferinnen und Prüfer dieselbe Prüfung beurteilen, wird diese mit dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten bewertet.

(2) Für die Bewertung der studienbegleitenden Prüfungen und der Bachelorarbeit sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	d.h. eine hervorragende Leistung;
2 = gut	d.h. eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	d.h. eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	d.h. eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = mangelhaft	d.h. eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungen können durch Herabsetzen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 Zwischenwerte gebildet werden; dabei sind die Noten 0,7 und 4,3 und 4,7 und 5,3 ausgeschlossen.

(3) Für die Notenbildung der Bachelorarbeit gilt: Sind die Noten beider Gutachten mindestens „ausreichend“ (4,0) und sind diese nicht mehr als zwei Noten (d.h. eine Notendifferenz von 2,0) auseinander, errechnet sich die Endnote als das arithmetische Mittel der beiden Noten. Wenn beide Noten „nicht ausreichend“ (5,0) sind, ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Wenn eine der beiden Noten „nicht ausreichend“ (5,0) und die andere mindestens „ausreichend“ (4,0) ist oder wenn die Noten der beiden Gutachten mehr als 2,0 Notenwerte auseinanderliegen, bestellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter. Die Endnote errechnet sich dann als das arithmetische Mittel der beiden besseren Noten, falls diese mindestens „ausreichend“ (4,0) lauten. Sind zwei der drei Noten „nicht ausreichend“ (5,0), ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Ab einer Notenabweichung von 1,0 Notenwerten zwischen den beiden Gutachten kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten bestellen. Der Antrag muss innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Noten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gestellt werden. Die Endnote errechnet sich dann als das arithmetische Mittel aus den drei Noten.

(4) Eine Modulabschlussprüfung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.

(5) Die Gesamtnote der Bachelorprüfung errechnet sich aus den mit den Leistungspunkten gewichteten Noten der Modulabschlussprüfungen. Das Ergebnis des Moduls „Studium Universale“ geht nicht in die Berechnung der Gesamtnote ein. Die Bachelorarbeit fließt mit der doppelten Anzahl der Leistungspunkte in die Berechnung der Gesamtnote ein. Bei der Gesamtnote werden alle Dezimalstellen außer der ersten ohne Rundung gestrichen. Die Endnote lautet bei einem Mittelwert von:

1,0 bis einschließlich 1,5:	sehr gut
über 1,5 bis einschließlich 2,5:	gut
über 2,5 bis einschließlich 3,5:	befriedigend
über 3,5 bis einschließlich 4,0:	ausreichend
über 4,0 bis einschließlich 5,0:	mangelhaft (nicht bestanden)

Zusätzlich zur Gesamtnote der Bachelorprüfung wird eine ECTS-Einstufungstabelle entsprechend der KMK-Strukturvorgaben in Form eines prozentualen Notenspiegels den Abschlussdokumenten beigelegt. Bezugsgröße sind die Absolventendaten der letzten Prüfungsleistung vorangehenden vier Semester.

### § 13 Wiederholung von Prüfungen

(1) Nicht bestandene Modulabschlussprüfungen dürfen zweimal wiederholt werden. Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen des Studiengangs werden jedes Semester einmalig im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Die Prüfungstermine für die Wiederholungsprüfungen sind mit den Terminen für die Erstversuche im entsprechenden Modul identisch. Für die Teilnahme an Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen ist immer eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Bei Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten werden, soll die erste Wiederholungsprüfung in der Regel vor Beginn der darauffolgenden Vorlesungszeit angeboten werden. Im Falle des Nichtbestehens der Abschlussprüfung in einem Wahlpflichtmodul erfolgt die Anmeldung zum Wiederholungstermin vor Beginn der auf den Prüfungstermin folgenden Vorlesungszeit automatisch, soweit die gemäß dieser Prüfungsordnung mögliche Anzahl der Prüfungsversuche nicht überschritten ist. Die Regelungen bezüglich eines Rücktritts gemäß § 14 bleiben davon unberührt. Eine Möglichkeit zur zweiten Wiederholungsprüfung in einem Wahlpflichtmodul soll innerhalb von einem Jahr angeboten werden; in diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Prüfungsart bleibt bei der Wiederholungsprüfung unverändert. Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die durch sonstige Prüfungsleistungen gemäß § 6 Absatz 1 Satz 4 abgelegt werden, können erst wiederholt werden, wenn das Modul erneut angeboten wird. In diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Regelungen gemäß Absatz 3 Satz 2 und 3 finden in diesem Fall keine Anwendung.

(2) Für Wiederholungsprüfungen von Modulen, die von anderen Fakultäten angeboten werden, gelten die Regelungen der jeweils verantwortlichen Fakultät.

(3) Die Termine zur ersten und zweiten Wiederholungsprüfung werden der Kandidatin/dem Kandidaten von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung bekannt gegeben. Die zweite Wiederholungsprüfung einer nicht bestandenen Prüfung muss innerhalb von 15 Monaten nach der ersten Wiederholungsprüfung abgelegt werden. Anderenfalls gilt die Prüfung als nicht bestanden. Eine Wiederholung bestandener Modulabschlussprüfungen ist ausgeschlossen. Fehlversuche in einem vergleichbaren ökonomischen Bachelor- oder Diplomstudiengang, die an einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erfolgt sind, werden angerechnet.

(4) Ist die Bachelorarbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden oder gilt sie gemäß § 18 Absatz 7 Satz 4 als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, kann sie einmal wiederholt werden. Nach Erhalt des Bescheides über das Nicht-Bestehen gemäß § 18 Absatz 9 muss die Kandidatin/der Kandidat innerhalb von 12 Monaten einen erneuten Antrag auf Zulassung zur Wiederholung der Bachelorarbeit stellen, andernfalls gilt die Bachelorprüfung als nicht bestanden. Eine zweite Wiederholung der Bachelorarbeit ist nicht zulässig.

### § 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

(1) Von einer Modulabschlussprüfung kann sich die Kandidatin/der Kandidat bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Prüfungstermin ohne Angabe von Gründen abmelden. Wenn sie bzw. er nach dieser Frist von der Prüfung zurücktritt, nicht zum Prüfungstermin erscheint, nach Beginn der Prüfung zurücktritt oder eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbringt, müssen triftige Gründe geltend gemacht werden. Sonst gilt die Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(2) Die im Fall von Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit muss – sofern der Prüfungsausschuss nicht umstände halber darauf verzichtet – ein ärztliches Attest vorgelegt werden. Die oder der Vorsitzende

des Prüfungsausschusses kann im Einzelfall die Vorlage eines Attests einer vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensärztin oder eines vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensarztes verlangen. Wenn die Gründe anerkannt wurden, wird dies schriftlich mitgeteilt.

(3) Bei Krankheit im Sinne von Absatz 2 kann die Kandidatin/der Kandidat bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung einen schriftlichen Antrag stellen, am Termin der ersten Wiederholungsprüfung zu der/den durch Krankheit versäumten Modulabschlussprüfung(en) zugelassen zu werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses befindet über den Antrag. Ein Recht auf eine gesonderte zeitnahe Wiederholungsprüfung im Falle eines Nichtbestehens dieser Modulabschlussprüfung(en) am Termin der ersten Wiederholungsprüfung besteht jedoch nicht.

(4) Versuchen Kandidatinnen/Kandidaten, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, Täuschungshandlungen oder das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Wer als Kandidatin/Kandidat den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von den jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden nach vorheriger Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wer von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen wurde, kann verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei der Feststellung einer Täuschung im Sinne von Satz 1. In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann der Prüfungsausschuss darüber hinaus die Bachelorprüfung insgesamt für nicht bestanden erklären.

(5) Die Kandidatin/der Kandidat kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe einer Entscheidung nach Absatz 4 verlangen, dass die Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin/dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Vor der Entscheidung ist der Kandidatin/dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

## **II. Studium und Bachelorprüfung**

### **§ 15 Anforderungen des Studiums**

(1) Die Lehre ist als Präsenzstudium organisiert. Im Studium müssen die Studierenden nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung Veranstaltungen aus den Bereichen Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule sowie Schlüsselqualifikationen belegen. Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilen vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Generell gilt dies für Exkursionen, Lehrforschungsprojekte, Praktika, Sprachkurse und Übungen. Bei Vorlesungen kann keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Die Anwesenheitspflicht ist erfüllt, wenn ein/e Studierende/r 80% der Veranstaltungszeit beigewohnt hat. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Wird der Wert von 80% der Veranstaltungszeit hinsichtlich der Anwesenheit nicht erfüllt, so ist die Voraussetzung zur Prüfungszulassung nicht gegeben.

(2) Das Bachelorstudium der Volkswirtschaftslehre gliedert sich in zwei Studienrichtungen. In der qualitativen Studienrichtung haben die Studierenden größere Wahlmöglichkeiten im Wahlpflichtbereich, während in der quantitativen Studienrichtung der Pflichtbereich um ein weiteres volkswirtschaftliches Modul sowie vertiefende Module in quantitativen Methoden ergänzt wird.

(3) Das Bachelorstudium besteht aus den ersten drei Semestern, in denen die Grundlagen vermittelt werden, sowie dem vierten bis sechsten Semester, die der Vertiefung und Spezialisierung dienen. Auf diese insgesamt sechs Semester verteilen sich 20 (qualitative Ausrichtung) bzw. 21 (quantitative

Studienrichtung) Module, die jeweils Lehrveranstaltungen im Umfang von 1 bis 6 Semesterwochenstunden umfassen. Der Studienleistung von einer Semesterwochenstunde entsprechen in den Pflichtmodulen in der Regel 1,5 Leistungspunkte (LP) und in den Wahlpflichtmodulen 2 LP.

(4) Im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre sind zehn bis vierzehn Pflichtmodule, fünf bzw. sieben Wahlpflichtmodule, ein Modul der Schlüsselqualifikation und ein Modul des Interdisziplinären Wahlbereichs zu absolvieren.

Pflichtmodule:

Betriebswirtschaftliche Pflichtmodule aus dem Angebot von BB05, BB07, BB08, BB09, BB10 und BB11 im Umfang von insgesamt 21 LP, z.B.:

BB05	Einführung in die BWL, Absatz und Beschaffung	9 LP
------	---	------

(BB05 bei Studienbeginn im Wintersemester. Bei Beginn im Sommersemester freie Wahl aus dem BWL-Pflichtprogramm im Umfang von 9 LP)

BB07	Externes Rechnungswesen	6 LP
------	-------------------------	------

BB08	Internes Rechnungswesen	6 LP
------	-------------------------	------

(BB07 und BB08 bei Studienbeginn im Sommersemester)

BB09	Betriebliche Finanzwirtschaft	6LP
------	-------------------------------	-----

BB11	Unternehmensführung	6LP
------	---------------------	-----

(BB09 und BB11 bei Studienbeginn im Wintersemester)

BV00	Einführung in die Volkswirtschaftslehre/Mathematik I	6 LP
------	--	------

BV09	Grundlagen der Volkswirtschaftslehre I	6 LP
------	--	------

BV05	Grundlagen der Volkswirtschaftslehre II	6 LP
------	---	------

BV10	Grundlagen der Volkswirtschaftslehre III	9 LP
------	--	------

BS01	Statistische Methoden I	6 LP
------	-------------------------	------

BS02	Statistische Methoden II	6 LP
------	--------------------------	------

BR02	Wirtschaftsprivatrecht und Öffentliches Recht	6 LP
------	---	------

Wählen Studierende die quantitative Studienrichtung, ergänzt sich der Pflichtbereich um folgende Module:

BM03	Mathematik II	6 LP
------	---------------	------

BV11	Grundlagen der Volkswirtschaftslehre IV	9 LP
------	---	------

BS03	Ökonometrie	9 LP
------	-------------	------

Wahlpflichtmodule:

In der quantitativen Studienrichtung sind fünf Module (davon mindestens drei volkswirtschaftliche Module) im Umfang von jeweils 12 LP aus dem Angebot der Wahlpflichtmodule zu belegen. Studierende,

die die qualitative Studienrichtung gewählt haben, belegen insgesamt sieben Wahlpflichtmodule (davon mindestens drei volkswirtschaftliche Module) aus dem gesamten Angebot der Wahlpflichtmodule.

Über die angebotenen Wahlpflichtmodule im folgenden Studienjahr entscheidet der Fakultätsrat spätestens bis zum Ende der Vorlesungszeit. Die Liste der angebotenen Wahlpflichtmodule einschließlich ihrer inhaltlichen Zuordnung und möglicher Kombinationsbeschränkungen wird in geeigneter Form gemäß § 8 Absatz 10 durch den Prüfungsausschuss unmittelbar nach der Festlegung durch den Fakultätsrat veröffentlicht.

Interdisziplinärer Wahlbereich:

BI01	Studium Universale	6 LP
------	--------------------	------

Schlüsselqualifikationen:

BQV10	Schlüsselqualifikation Volkswirtschaftslehre	12 LP
-------	--	-------

(5) Die verbindliche und endgültige Wahl eines Wahlpflichtmoduls erfolgt mit der ersten Anmeldung zur Modulabschlussprüfung. Die Anmeldung zu einem Wahlpflichtmodul gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende/den Studierenden bis zum Rücktrittstermin gemäß § 5 Absatz 3 zurückgezogen wurde.

(6) Über die Möglichkeit, aufgrund eines Auslandsstudiums einer Studentin/eines Studenten ein anderes Modul als die in der Bachelorordnung genannten Wahlpflichtmodule als Wahlpflichtmodul anzuerkennen, entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der Studentin/des Studenten. Erbrachte Leistungen im Ausland können ferner bei ausreichendem Umfang und entsprechenden fachlichen Inhalten auf Antrag der Studentin/des Studenten beim Prüfungsausschuss als Schlüsselqualifikation angerechnet werden.

## **§ 16 Art und Umfang der Bachelorprüfung**

(1) Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. Sie besteht aus den Modulabschlussprüfungen und der Bachelorarbeit.

(2) Der Studienumfang sowie Anzahl und Art der zu belegenden Module sind in § 15 geregelt. Eine mehrfache Anrechnung des gleichen Moduls ist ausgeschlossen. Den Studierenden werden die dem Modul zugeordneten Leistungspunkte erst bei erfolgreich abgelegter Modulabschlussprüfung gutgeschrieben.

## **§ 17 Zulassung zu den Modulprüfungen**

Die Studierenden melden sich zu jeder Modulabschlussprüfung grundsätzlich schriftlich (Ausnahmen hierzu in § 7 und § 13) bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung an. Die Anmeldung gilt gleichzeitig als Antrag auf Zulassung zur jeweiligen Prüfung. Diese Zulassung bedingt, dass die in der Beschreibung des zugehörigen Moduls aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sind.

## **§ 18 Bachelorarbeit**

(1) Die Bachelorarbeit ist eine Prüfungsarbeit. Zugelassen zur Bachelorarbeit wird eine Kandidatin/ein Kandidat, wenn sie bzw. er den Nachweis des Erwerbs von mindestens 100 LP erbringt. Dieser Nachweis ist dem Antrag auf Zulassung zur Bachelorarbeit beizufügen. Die Anfertigung der Bachelorarbeit erfolgt

studienbegleitend in der Regel im dritten Studienjahr. Die Bearbeitungszeit beträgt zehn Wochen und entspricht in Art und Umfang einem Arbeitsaufwand von 360 Stunden (12 LP). Bei einem empirischen oder mathematischen Thema der Bachelorarbeit kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der Betreuerin oder dem Betreuer die Bearbeitungszeit auf bis zu zwölf Wochen festlegen. Auf begründeten Antrag der Kandidatin/des Kandidaten kann die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses in Abstimmung mit der Themenstellerin oder dem Themensteller ausnahmsweise eine Verlängerungsfrist von bis zu zwei Wochen gewähren. Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass die Kandidatin/der Kandidat in der Lage ist, ein eng abgegrenztes Problem in ihrem bzw. seinem Fachgebiet innerhalb einer vorgegebenen Frist selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. Das Thema der Bachelorarbeit muss einem der in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vertretenen Fächer entnommen sein. Es kann von jeder fachlich zuständigen Prüferin oder jedem fachlich zuständigen Prüfer gestellt werden.

(2) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestellt die Themenstellerin oder den Themensteller für die Bachelorarbeit. Die Kandidatin/der Kandidat kann Vorschläge für das Thema der Bachelorarbeit machen. Das Thema der Bachelorarbeit wird der Kandidatin/dem Kandidaten von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitgeteilt. Der Tag der Ausgabe des Themas ist aktenkundig zu machen. Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass eine Kandidatin/ein Kandidat rechtzeitig ein Thema zur Bearbeitung als Bachelorarbeit erhält.

(3) Das Thema der Bachelorarbeit kann bis zwei Wochen nach Ausgabe des Themas ohne Angabe von Gründen prüfungsunschädlich zurückgegeben werden. Von dieser Möglichkeit darf nur einmal Gebrauch gemacht werden. Die Bachelorarbeit gilt bei Rückgabe des Themas als nicht begonnen. Im Falle einer längeren Krankheit kann die Kandidatin/der Kandidat das Thema auch nach Ablauf der ersten zwei Wochen zurückgeben, soweit § 14 Absatz 2 entsprechend zutrifft.

(4) Die Bachelorarbeit wird in der Regel in deutscher Sprache abgefasst und der textliche Umfang der Bachelorarbeit soll 25 Seiten nicht unter- und 40 Seiten nicht überschreiten.

(5) Die Bachelorarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit angefertigt werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatinnen/Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(6) Der Bachelorarbeit ist eine Versicherung der Kandidatin/des Kandidaten beizufügen, dass sie bzw. er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit – selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt, alle Zitate kenntlich gemacht und dass diese Arbeit in identischer oder ähnlicher Form noch nicht als Prüfungsarbeit einem wissenschaftlichen Prüfungsamt vorgelegen hat.

(7) Die Bachelorarbeit ist in elektronischer Form (PDF-Dokument) fristgemäß einzureichen. Die Einreichung erfolgt durch das Hochladen des Dokuments im Studierendenportal. Das Datum der Abgabe wird von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung aktenkundig gemacht. Wird die Bachelorarbeit nicht fristgemäß abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Auf Verlangen der/des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses reicht die/der Kandidatin/Kandidat fristgemäß zusätzlich zwei gebundene Exemplare bei der Erstprüferin/dem Erstprüfer ein.

(8) Die Bachelorarbeit ist in der Regel von zwei Prüferinnen/Prüfern zu bewerten. Hiervon kann nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden; diese Gründe sind aktenkundig zu machen. Die erste Prüferin/der erste Prüfer soll die Betreuerin/der Betreuer sein; die zweite Prüferin/den zweiten Prüfer bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Bachelorarbeit ist von den Prüferinnen/den Prüfern gemäß § 12 Absatz 2 und Absatz 3 zu begutachten und zu bewerten.



(9) Wird die Bachelorarbeit endgültig mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet oder gilt sie nach Absatz 7 Satz 4 als nicht bestanden, so erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin/dem Kandidaten einen entsprechenden schriftlichen Bescheid.

## **§ 19 Bestehen der Bachelorprüfung**

(1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

- a. Alle Modulabschlussprüfungen in dem in dieser Prüfungsordnung beschriebenen Umfang wurden mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bzw. „bestanden“ bewertet.
- b. Die Bachelorarbeit wurde mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet.
- c. Die Bedingungen des Absatzes 2 sind nicht verletzt.

(2) Wer die Bachelorarbeit inklusive Wiederholungsmöglichkeit oder eine Modulabschlussprüfung inklusive Wiederholungsmöglichkeiten nicht bestanden hat, hat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden.

(3) Hat die Kandidatin/der Kandidat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuss der Studentin/dem Studenten einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(4) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, so wird ihr bzw. ihm auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten enthält und erkennen lässt, dass die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden ist.

## **§ 20 Freiwillige Zusatzmodule**

(1) Eine Kandidatin/ein Kandidat kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Wahlpflichtmodulen einer Prüfung unterziehen. Diese Prüfung erfolgt unter den für Wahlpflichtfächer geltenden Regelungen. Als freiwillige Zusatzmodule können alle angebotenen Wahlpflichtmodule gewählt werden. Die Kandidatin/der Kandidat legt bei der Anmeldung zur Prüfung verbindlich fest, ob ein Wahlpflichtmodul als obligatorisches Modul gemäß § 15 Absatz 2 oder als freiwilliges Zusatzmodul gewählt wird.

(2) Auf Wunsch der Kandidatin/des Kandidaten werden das freiwillige Zusatzmodul oder die freiwilligen Zusatzmodule im Bachelorzeugnis und im „Transcript of Records“ mit Angabe der Note(n) der betreffenden Modulabschlussprüfung(en) aufgeführt. Bei der Festsetzung der Gesamtnote der Bachelorprüfung gemäß § 12 Absatz 5 wird die Note eines freiwilligen Zusatzmoduls nicht berücksichtigt.

(3) Ergibt sich bei einem freiwilligen Zusatzmodul die Modulabschlussnote „nicht ausreichend“, kann diese Prüfung zweimal wiederholt werden. Eine dritte Wiederholungsprüfung in einem freiwilligen Zusatzmodul ist ausgeschlossen.

## **§ 21 Bachelorzeugnis und Bachelorurkunde**

(1) Hat die Kandidatin/der Kandidat die Bachelorprüfung bestanden, so wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält Angaben über die erreichten Noten für alle belegten Module (Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule und Schlüsselqualifikationen). Weiterhin enthält das Zeugnis das Thema und die Note der Bachelorarbeit sowie die Gesamtnote der Bachelorprüfung. Das Zeugnis ist mit dem Siegel der Universität zu versehen und von der oder dem

Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterschreiben. Das Zeugnis trägt das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde, und das Ausstellungsdatum.

(2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin/dem Kandidaten die Bachelorurkunde mit dem Ausstellungsdatum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Bachelorgrades „Bachelor of Science“, abgekürzt „B.Sc.“, beurkundet. Die Urkunden werden von der Dekanin oder dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben und mit dem Universitätsiegel versehen.

(3) Der Bachelorurkunde wird ein „Diploma Supplement“ beigelegt, das eine allgemeine Beschreibung des Studiengangs enthält, sowie ein „Transcript of Records“, in dem alle Module aufgeführt sind, in denen die Kandidatin/der Kandidat Leistungspunkte erworben hat.

(4) Absolviert eine Kandidatin/ein Kandidat i.d.R. erfolgreich drei Wahlpflichtmodule (einschließlich freiwilliger Zusatzmodule) aus einem Schwerpunktbereich und bearbeitet erfolgreich die Bachelorarbeit aus dem entsprechenden Schwerpunktbereich, so kann auf schriftlichen Antrag der Kandidatin/des Kandidaten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eine separate Schwerpunktbildung ausgewiesen werden. Der Antrag ist spätestens vier Wochen nach Anmeldung der Abschlussarbeit zu stellen. Sofern durch die Auswahl der Wahlpflichtmodule mehrere Schwerpunktbildungen möglich sind, muss sich die Kandidatin/der Kandidat bei der Antragstellung auf den Ausweis eines Schwerpunkts festlegen. Die Schwerpunkte sowie die korrespondierenden Module werden vom Fakultätsrat beschlossen und von der Fakultät gesondert bekanntgemacht.

### **III. Abschlussbestimmungen**

#### **§ 22 Ungültigkeit der Bachelorprüfung und Aberkennung des Bachelorgrades**

(1) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin/der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin/der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Der Kandidatin/dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls durch ein neues zu ersetzen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Bachelorurkunde, das „Diploma Supplement“ und das „Transcript of Records“ einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wird.

#### **§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten**

Der Kandidatin/dem Kandidaten wird auf schriftlichen Antrag innerhalb von einem Monat nach Aushändigung des Bachelorzeugnisses Einsichtnahme in ihre bzw. seine Prüfungsakten gewährt. Der Termin und der Ort für die Einsichtnahme werden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung festgesetzt.

#### **§ 24 Inkrafttreten und Veröffentlichung**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden, die das Bachelorstudium der Volkswirtschaftslehre ab dem 01.10.2022 aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates vom 31.05.2023 sowie des Eilentscheids des Dekans vom 05.12.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

## V. Anhang

### I. Studienverlaufsplan des Bachelorstudiengangs Volkswirtschaftslehre

SWS = Semesterwochenstunden

LP = Leistungspunkte gemäß ECTS

WL = "Workload" in Stunden

Bei Studienbeginn im Wintersemester:

Semester	1	2	3	4	5	6
<b>Pflichtmodule VWL</b>						
BV00	(4, 6, 180)					
BV05		(4, 6, 180)				
BV09		(4, 6, 180)				
BV10			(6, 9, 270)			
<b>Pflichtmodule BWL</b>						
BB05	(6, 9, 270)					
BB09			(4, 6, 180)			
BB11			(4, 6, 180)			
<b>Pflichtmodul Recht</b>						
BR02	(4, 6, 180)					
<b>Pflichtmodule Statistik</b>						
BS01	(4, 6, 180)					
BS02		(4, 6, 180)				
<b>Schlüsselqualifikation</b>						
BQV10	(2, 3, 90)	(4, 6, 180)	(2, 3, 90)			
<b>Wahlpflichtmodule</b>						
VWL 1				(6, 12, 360)		
VWL 2				(6, 12, 360)		
VWL 3					(6, 12, 360)	
Freie Wahl					(6, 12, 360)	
Freie Wahl						(6, 12, 360)
<b>Interdisziplinärer Wahlbereich</b>						
BI01						(4, 6, 180)
<b>Qualitative Studienrichtung</b>						
VWL 4		(3, 6, 180)	(3, 6, 180)			
VWL 5				(3, 6, 180)	(3, 6, 180)	
<b>Quantitative Studienrichtung</b>						
BM03		(4, 6, 180)				
BV11				(2, 3, 90)	(4, 6, 180)	
BS03			(4, 6, 180)	(2, 3, 90)		
<b>Bachelorarbeit</b> BT00						(0, 12, 360)
<b>Gesamtsumme</b>	(20, 30, 900)	(20, 30, 900)	(20, 30, 900)	(16, 30, 900)	(16, 30, 900)	(10, 30, 900)

Bei Studienbeginn im Sommersemester:

Semester	1	2	3	4	5	6
----------	---	---	---	---	---	---

Pflichtmodule VWL						
BV00	(4, 6, 180)					
BV05	(4, 6, 180)					
BV09	(4, 6, 180)					
BV10		(6, 2, 270)				
Pflichtmodule BWL						
BB Freie Wahl aus Angebot BWL		(2, 3, 90)	(4, 6, 180)			
BB07			(4, 6, 180)			
BB08			(4, 6, 180)			
Pflichtmodul Recht						
BR02		(4, 6, 180)				
Pflichtmodule Statistik						
BS01		(4, 6, 180)				
BS02	(4, 6, 180)					

Schlüsselqualifikation						
BQV10	(4, 6, 180)		(4, 6, 180)			

Wahlpflichtmodule						
VWL 1				(6, 12, 360)		
VWL 2				(6, 12, 360)		
VWL 3					(6, 12, 360)	
Freie Wahl					(6, 12, 360)	
Freie Wahl						(6, 12, 360)

Interdisziplinärer Wahlbereich						
BI01						(4, 6, 180)

Qualitative Studienrichtung						
VWL 4		(3, 6, 180)	(3, 6, 180)			
VWL 5				(3, 6, 180)	(3, 6, 180)	
Quantitative Studienrichtung						
BM03			(4, 6, 180)			
BV11		(4, 6, 180)			(2, 3, 90)	
BS03				(4, 6, 180)	(2, 3, 90)	

<b>Bachelorarbeit BT00</b>						(0, 12, 360)
--------------------------------	--	--	--	--	--	--------------

<b>Gesamtsumme</b>	(20, 30, 900)	(20, 30, 900)	(20, 30, 900)	(16, 30, 900)	(16, 30, 900)	(10, 30, 900)
--------------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

## 2. Liste der Wahlpflichtmodule im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre

### Volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule

Modul BW10	Markt und Staat
Modul BW11	Geld und Wahrung
Modul BW13	European Competition Policy
Modul BW14	Wettbewerbstheorie und –politik
Modul BW20	Experimentelle Wirtschaftsforschung
Modul BW21	Institutionenonomik
Modul BW23	Empirical Economics
Modul BW24	Verbraucherpolitik
Modul BW25	Arbeitsmarktonomik
Modul BW26	Gesundheitsonomik
Modul BW27	Digitale onomie
Modul BW28	Außenhandel
Modul BW31	Innovationsonomik
Modul BW32	Empirical Public Economics
Modul BW33	Finanz- und Versicherungsonomik
Modul BW34	Ausgewahlte Probleme der Wirtschaftspolitik
Modul BW35	Ausgewahlte Probleme der Wettbewerbsonomik
Modul BW37	Volkswirtschaftliches Seminar
Modul BW52	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre I
Modul BW53	Auslandsmodul Volkswirtschaftslehre II
Modul BW54	Environmental Economics

### Betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule

Modul BW01	Organisation und Personal
Modul BW02	Bank- und Versicherungsmanagement
Modul BW06	Grundlagen der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre I
Modul BW07	Marketing
Modul BW16	Betriebswirtschaftliche Steuerlehre II
Modul BW17	Management
Modul BW19	Entrepreneurship und Finanzierung
Modul BW43	Sustainability Management
Modul BW44	Praxisseminar Entrepreneurship
Modul BW45	Corporate Finance
Modul BW46	Controlling 1: Controlling als Fuhrungsfunktion
Modul BW47	Controlling 2: Fallstudienseminar Controlling und Wettbewerbserfolg
Modul BW48	Praxisseminar Rechnungslegung, Prufung und Jahresabschlussanalyse
Modul BW49	International Accounting
Modul BW50	Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre I
Modul BW51	Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre II
Modul BW55	Strategic Supply Chain Management

## Sonstige Wahlpflichtmodule

Modul BW08	Steuerrecht
Modul BW09	Applied Data Science
Modul BW18	Wirtschaftsgeschichte
Modul BW30	Modernes Japan

Mögliche Kombinationsbeschränkungen von Wahlpflichtmodulen werden gemäß § 15 Absatz 2 beschlossen und veröffentlicht.

## **PRÜFUNGSORDNUNG FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

### **Inhaltsübersicht**

#### **I. Allgemeines**

- § 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung
- § 2 Abschlussgrad
- § 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen
- § 4 Regelstudienzeit und Studienumfang
- § 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine
- § 6 Prüfungsformen
- § 7 Prüfungsausschuss
- § 8 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer
- § 9 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 10 Regelungen zum Nachteilsausgleich
- § 11 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote
- § 12 Wiederholung von Prüfungen
- § 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

#### **II. Studium und Masterprüfung**

- § 14 Anforderungen des Studiums
- § 15 Art und Umfang der Masterprüfung
- § 16 Zulassung zu den Modulprüfungen
- § 17 Masterarbeit
- § 18 Bestehen der Masterprüfung
- § 19 Freiwillige Zusatzmodule
- § 20 Masterzeugnis und Masterurkunde

#### **III. Abschlussbestimmungen**

- § 21 Ungültigkeit der Masterprüfung und Aberkennung des Mastergrades
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Inkrafttreten und Veröffentlichung

#### **IV. Anhang**

1. Studienverlaufspläne des Masterstudiengangs Volkswirtschaftslehre
2. Liste der Wahlpflichtmodule im Masterstudiengangs Volkswirtschaftslehre



## **I. Allgemeines**

### **§ 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung**

- (1) Durch das Masterstudium soll gewährleistet werden, dass die Kandidatin/der Kandidat wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden in selbständiger wissenschaftlicher Arbeit anwenden kann und zu verantwortlichem ökonomischem Handeln befähigt ist.
- (2) Der Nachweis der geforderten Qualifikationen ist in der Masterprüfung zu erbringen. Die Masterprüfung stellt sowohl einen zweiten berufsqualifizierenden Abschluss eines Studiums der Volkswirtschaftslehre als auch die Eingangsvoraussetzung für weiterführendes wissenschaftliches Arbeiten (Promotionsstudium) dar.

### **§ 2 Abschlussgrad**

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung verleiht die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den akademischen Grad „Master of Science“ (abgekürzt: „M.Sc.“) in Volkswirtschaftslehre.

### **§ 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen**

- (1) Das Masterstudium kann sowohl zum Wintersemester als auch zum Sommersemester aufgenommen werden.
- (2) Zugang und Zulassung zum Studium werden in einer gesonderten Zulassungsordnung für die Masterstudiengänge Economics und Volkswirtschaftslehre geregelt.
- (3) Hat eine Bewerberin oder ein Bewerber ein vergleichbares ökonomisches Master- oder Diplomstudium an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, dann ist die Zulassung zum Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre zu versagen.

### **§ 4 Regelstudienzeit und Studienumfang**

Die Regelstudienzeit beträgt für das Masterstudium einschließlich der Abschlussarbeit (Masterarbeit) im Vollzeitstudium vier Semester (zwei Studienjahre). Der Studienumfang im Pflicht- und Wahlpflichtbereich sowie im Bereich der Schlüsselqualifikationen beträgt insgesamt 55 Semesterwochenstunden (SWS). Die im Studium erbrachten Leistungen werden in einem akkumulierenden Leistungspunktesystem mit Leistungspunkten (LP) bewertet. Dabei gibt ein Leistungspunkt einen mittleren Arbeitsaufwand von 30 Stunden wieder und entspricht einem „Credit Point“ nach dem „European Credit Transfer System“ (ECTS). Das Studium umfasst einschließlich der Präsenzzeiten, Vor- und Nachbereitung sowie der Abschlussarbeit insgesamt 120 LP; davon entfallen auf den Pflichtbereich 28 LP und auf den Wahlpflichtbereich 64 LP. Für die Schlüsselqualifikationen sind 6 LP und für die Masterarbeit 22 LP vorgesehen.

### **§ 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine**

- (1) Die Prüfungen erfolgen studienbegleitend jeweils zum Abschluss der in dieser Ordnung vorgesehenen Module sowie in der Schlussphase des Studiums durch eine Abschlussarbeit (Masterarbeit). Die Modulprüfungen bestehen jeweils aus einer benoteten Modulabschlussprüfung.
- (2) Die Prüfungen können abgelegt werden, sofern die Erfüllung der in dieser Ordnung für die

Zulassung erforderlichen Bedingungen nachgewiesen ist. Dabei ist zu beachten, dass ein erfolgreicher Abschluss eines bestimmten Moduls zur Teilnahmevoraussetzung für den Besuch eines weiterführenden Moduls gemacht werden kann; nähere Einzelheiten sind den Modulbeschreibungen im Modulhandbuch zu entnehmen. Umfang und Anforderungen der Prüfungselemente müssen dem Grundsatz folgen, dass nur geprüft wird, was zuvor gelehrt wurde.

(3) Zu jeder einzelnen Modulabschlussprüfung ist grundsätzlich (Ausnahmen hierzu in § 12) eine gesonderte Anmeldung erforderlich. Die Anmeldetermine sind Ausschlussfristen. Die bei der Prüfung erlaubten Hilfsmittel werden vom Prüfungsausschuss durch Aushang bekannt gegeben. Die Frist für die Rücknahme von Anmeldungen ohne Angabe von Gründen endet bei Klausurarbeiten und mündlichen Prüfungen eine Woche vor dem Prüfungstermin. Die Anmeldung gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende oder den Studierenden bis zum Rücktrittstermin zurückgezogen wurde.

(4) Die Prüfungen werden in der Regel in deutscher Sprache abgenommen, nach Absprache der Kandidatin/des Kandidaten mit den Prüferinnen und Prüfern auch in einer anderen Sprache.

(5) Die Bewertung von Modulabschlussprüfungen soll den Studierenden durch die Studierenden- und Prüfungsverwaltung im Fall von Wahlpflichtmodulen jeweils nach spätestens sechs Wochen und im Fall von Pflichtmodulen in der Regel spätestens nach acht Wochen bekannt gegeben werden.

(6) Die Orte und Zeiten der Modulabschlussprüfungen werden vom Prüfungsausschuss bekannt gegeben. Termine für Hausarbeiten und Referate werden unabhängig von den Prüfungszeiträumen von der jeweiligen Prüferin/dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(7) Modulabschlussprüfungen zu Wahlpflichtmodulen werden zum Ende des Moduls, das sich über ein oder zwei Semester erstreckt, angeboten. Die erste Wiederholungsprüfung soll im Regelfall spätestens vor Beginn der auf die erste Prüfung folgenden Vorlesungszeit stattfinden. Modulabschlussprüfungen zu Pflichtmodulen werden jedes Semester im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Für Module, die von anderen Fakultäten angeboten werden, gelten die Regelungen der jeweils verantwortlichen Fakultät.

## **§ 6 Prüfungsformen**

(1) Jedes Modul wird durch eine Modulabschlussprüfung abgeschlossen, die studienbegleitend stattfindet. Die inhaltlichen Prüfungsanforderungen einer Modulabschlussprüfung ergeben sich aus den Lehrinhalten der der Prüfung zugeordneten Lehrveranstaltungen (Kurse) unter Berücksichtigung angemessener, benannter Pflichtliteratur. Hierbei sollen die Prüfungsanforderungen in einem angemessenen Verhältnis zu den der Prüfung zugrundeliegenden Lehrinhalten stehen. Die Modulabschlussprüfung kann aus einer Klausurarbeit, einer mündlichen Prüfung oder einer sonstigen Prüfungsleistung (z.B. Hausarbeit, Projektarbeit, Fallstudie) bestehen. Klausurarbeiten können auch in elektronischer Form erfolgen. Die jeweils zutreffende Prüfungsform einer Modulabschlussprüfung wird von der Prüferin/dem Prüfer gemäß § 8 festgelegt. Nähere Einzelheiten sind den jeweiligen Modulbeschreibungen zu entnehmen.

(2) Die Dauer von Modulabschlussprüfungen hängt vom Umfang des Moduls ab, gemessen an der Zahl der Semesterwochenstunden (SWS), und beträgt bei Klausurarbeiten in einem Modul mit 8 SWS 120-180 Minuten, in einem Modul mit 6 SWS 90-120 Minuten und in einem Modul mit 4 SWS 60-90 Minuten. Die Einzelheiten sind in den jeweiligen Modulbeschreibungen geregelt. Der Umfang mündlicher Prüfungen beträgt in der Regel jeweils 15-25 Minuten. Die Dauer einer mündlichen Prüfung soll die vorgesehene Prüfungszeit in der Regel nicht um mehr als fünf Minuten übersteigen. Die Note für die mündliche Prüfung setzt die Prüferin/der Prüfer nach Anhörung der Beisitzerin/des Beisitzers gemäß § 11 fest.

(3) Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Es sollen höchstens drei Kandidatinnen/Kandidaten zur gleichen Zeit geprüft werden. Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und den Prüfungsakten beizulegen ist. Das Ergebnis ist der Kandidatin/dem Kandidaten unmittelbar im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben. Nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse ist die Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen zuzulassen, sofern die Kandidatin/der Kandidat dem nicht bei der Anmeldung zur Prüfung schriftlich widerspricht. Die Zulassung der Öffentlichkeit erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Kandidatinnen/Kandidaten. Bei erheblichen Störungen des Prüfungsablaufs durch die Zuhörerinnen/Zuhörer kann die Prüferin/der Prüfer die Öffentlichkeit ausschließen.

## § 7 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät einen Prüfungsausschuss für die Bachelor- und Masterstudiengänge (im Folgenden als Prüfungsausschuss bezeichnet). Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts.

(2) Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren oder dessen Stellvertretung und fünf weiteren Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende und deren oder dessen Stellvertretung und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren, ein Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden vom Fakultätsrat gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung Vertreter gewählt. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt in der Regel ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden, legt die Einzelheiten des Prüfungsverfahrens fest, sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen und entscheidet in Zweifelsfällen über die Auslegung der Prüfungsordnung. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Alle Regelfälle entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche. Mindestens einmal jährlich gibt der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat einen Bericht über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und die Verteilung der Fachnoten und unterbreitet im Bedarfsfall Vorschläge zur Reform der Masterprüfungsordnung.

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder ihrer oder seiner Stellvertretung und zwei weiteren Professorinnen oder Professoren mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Entscheidungen können nicht gegen die Mehrheit der Professorinnen und Professoren getroffen werden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Beurteilung, Anerkennung und Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.

(6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des

Prüfungsausschusses und ihre Stellvertretung unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Der Prüfungsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

(8) Dem Prüfungsausschuss steht für die organisatorische Abwicklung von Modulabschluss- und Masterprüfungen die Studierenden- und Prüfungsverwaltung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zur Verfügung.

(9) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Verhinderungsfall die oder der stellvertretende Vorsitzende, vertritt den Prüfungsausschuss gerichtlich und außergerichtlich. Sie oder er beruft die Sitzungen des Ausschusses ein, leitet diese und führt die dort gefassten Beschlüsse durch. Sie oder er erledigt die ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss übertragenen Aufgaben sowie alle Regelfälle, die eine Beschlussfassung des Prüfungsausschusses nicht erfordern. Sie oder er entscheidet in dringenden Fällen, in denen der Prüfungsausschuss nicht rechtzeitig einberufen werden kann, und berichtet auf der nächsten Sitzung des Ausschusses. Der Bericht an die Fakultät wird nach Beratung im Prüfungsausschuss erstattet. Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder der oder des Vorsitzenden bleiben dem Prüfungsausschuss vorbehalten. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt Anordnungen, Festsetzungen von Terminen und Fristen sowie andere Mitteilungen des Prüfungsausschusses, die nicht nur einzelne Personen betreffen, mit rechtsverbindlicher Wirkung durch Aushang am „Schwarzen Brett“ des Prüfungsausschusses bekannt. Darüber hinaus werden die Mitteilungen des Prüfungsausschusses auch in elektronischer Form auf den Internetseiten des Prüfungsausschusses der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bekannt gegeben.

## **§ 8 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer**

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer und die Beisitzerinnen und Beisitzer nach Maßgabe ihrer Dienstaufgaben auf Dauer oder befristet und gibt diese Bestellung bekannt. Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen. Die Bestellung der Beisitzerin oder des Beisitzers erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses auf Vorschlag der Prüferin oder des Prüfers.

(2) Zur Abnahme von Prüfungen sind Professorinnen und Professoren, apl. Professorinnen und apl. Professoren, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie Lehrbeauftragte befugt. Ausgeschiedene Professorinnen und Professoren können für die Dauer von zwei Jahren nach Ablauf des Semesters, in dem sie aus der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ausgeschieden sind, zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden.

(3) Für die Masterarbeit können die Kandidatinnen und Kandidaten eine Prüferin oder einen Prüfer vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Erstprüferin bzw. der Erstprüfer muss aus dem Kreis der in Absatz 2 genannten Personen stammen. Die Zweitprüferin bzw. der Zweitprüfer muss Angehöriger der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sein und die Voraussetzungen nach § 65 Absatz 1 HG erfüllen.

(4) Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens eine entsprechende Master- oder Diplomprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat und in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tätig ist.

(5) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig. Sie legen die Prüfungsform

(Klausurarbeit, mündliche Prüfung oder sonstige Prüfungsleistung) fest und teilen dies der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mit.

(6) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass den Kandidatinnen und Kandidaten die Namen der Prüferinnen/Prüfer und die Prüfungsform rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(7) Die Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Prüferinnen und Prüfer haben das Recht, über die Prüfungsunterlagen vor Beginn der Prüfung informiert zu werden. Soweit die Prüfungsunterlagen Auskunft über die bisherigen Prüfungsergebnisse geben sollen, ist das Einverständnis der Kandidatinnen/Kandidaten einzuholen.

## **§ 9 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen**

(1) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an anderen wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet. Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Abschlussprüfung zu einem bestimmten Modul an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, ist eine neuerliche Zulassung zur Abschlussprüfung für dieses Modul zu versagen. Sämtliche Fehlversuche werden angerechnet, wenn es sich im Wesentlichen um denselben oder einen vergleichbaren wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang und dieselbe Prüfungsleistung handelt.

(2) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder an anderen als wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet, sofern keine wesentlichen Unterschiede festgestellt werden (d.h. Gleichwertigkeit besteht)

(3) Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Masterstudiums an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung auf der Grundlage von Einzelbewertungen aller zur Anrechnung beantragten Prüfungsleistungen vorzunehmen.

(4) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet, sofern die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Soweit die Gleichwertigkeit nicht aufgrund der bescheinigten Leistungspunkte nach dem ECTS-System festgestellt werden kann, sind für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Sofern der Nachweis der Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen nicht in einer Frist von einem Jahr erbracht werden kann, ist die Anerkennung der entsprechenden Prüfungsleistung zu versagen. Bei Studien- und Prüfungsleistungen, die in Staaten erbracht wurden, die dem Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der Europäischen Region vom 11.04.1997 – sog. Lissabonner Anrechnungskonvention – beigetreten sind, erfolgt eine Anrechnung nur dann nicht, wenn wesentliche Unterschiede in den zu vergleichenden Leistungen festgestellt werden. Der Nachweis wird durch die Universität erbracht.

(5) Für die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(6) Werden Studienleistungen und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Im Anrechnungsfall müssen mindestens 30 LP im Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität erworben werden, um die Masterprüfung zu bestehen. Darüber hinaus muss die Masterarbeit im Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf angefertigt werden.

(7) Die Anerkennung von Teilen der Masterprüfung kann versagt werden, wenn sich die anzurechnende Leistung hinsichtlich der Anforderungen, der Thematik oder des Inhalts von diesem Masterstudiengang wesentlich unterscheidet.

(8) Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form vorzulegen. Zuständig für Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 5 ist die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit können zuständige Fachvertreter gehört werden. Der Antrag auf Anerkennung muss in dem Semester erfolgen, in dem das Studium in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aufgenommen wird. Sollte bereits eine Prüfung in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in einem zur Anrechnung beantragten Modul abgelegt worden sein, ist ein Antrag auf Anerkennung abweichend von Satz 4 ausgeschlossen.

(9) Können gleichwertige, außerhalb des Hochschulbereiches erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten nachgewiesen werden, so können diese bis zu maximal der Hälfte der vorgesehenen Leistungspunkte für den Masterstudiengang angerechnet werden. Der Prüfungsausschuss entscheidet in diesem Fall über die Gleichwertigkeitsprüfung.

## **§ 10 Regelungen zum Nachteilsausgleich**

(1) Macht die Studentin oder der Student durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder Krankheit oder ständiger seelischer oder körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen oder Studienleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form oder Zeit zu erbringen, ist ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss im Sinne des Nachteilsausgleichs zu ermöglichen, gleichwertige Prüfungsleistungen oder Studienleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Vor Entscheidungen des Prüfungsausschusses soll die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung auf Antrag der Studentin oder des Studenten um ein Votum gebeten werden. Vergleichbare Regelungen sind zu treffen, wenn die Studentin oder der Student nachweisen kann, dass sie oder er durch die dauernde Pflege eines nahen Angehörigen in Anspruch genommen ist. Anträge auf Nachteilsausgleich sind durch die Prüfungskandidatin oder den Prüfungskandidaten unter Führung geeigneter Nachweise umfassend zu begründen. Anträge sind in einem angemessenen Zeitraum, i.d.R. bis spätestens zum Ablauf der Anmeldefrist für die Prüfung, vor der Erbringung der Leistung, bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

(2) Auf Antrag der Studentin oder des Studenten hat der Prüfungsausschuss darüber zu entscheiden, ob einzelne Prüfungsleistungen nach Ablauf vorgesehener Fristen innerhalb einer festzusetzenden Nachfrist abgelegt werden können. In dem Antrag sind die Gründe darzulegen und glaubhaft zu machen.

(3) Bei der Gestaltung der Prüfungsverfahren, insbesondere der Festlegung der Prüfungstermine und der Festlegung von Prüfungsfristen für die Wiederholung von Prüfungen, sind die Elternzeitregelungen sowie die Bestimmungen zum Mutterschutz zu beachten.

## § 11 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. Falls mehrere Prüferinnen und Prüfer dieselbe Prüfung beurteilen, wird diese mit dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten bewertet.

(2) Für die Bewertung der studienbegleitenden Prüfungen und der Masterarbeit sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	d.h. eine hervorragende Leistung;
2 = gut	d.h. eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	d.h. eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	d.h. eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = mangelhaft	d.h. eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungen können durch Herabsetzen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 Zwischenwerte gebildet werden; dabei sind die Noten 0,7 und 4,3 und 4,7 und 5,3 ausgeschlossen.

(3) Für die Notenbildung der Masterarbeit gilt: Sind die Noten beider Gutachten mindestens „ausreichend“ (4,0) und sind diese nicht mehr als zwei Noten (d.h. eine Notendifferenz von 2,0) auseinander, errechnet sich die Endnote als das arithmetische Mittel der beiden Noten. Wenn beide Noten „nicht ausreichend“ (5,0) sind, ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Wenn eine der beiden Noten „nicht ausreichend“ (5,0) und die andere mindestens „ausreichend“ (4,0) ist oder wenn die Noten der beiden Gutachten mehr als 2,0 Notenwerte auseinanderliegen, bestellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter. Die Endnote errechnet sich dann als arithmetisches Mittel der beiden besseren Noten falls diese mindestens „ausreichend“ (4,0) lauten. Sind zwei der drei Noten „nicht ausreichend“ (5,0), ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Ab einer Notenabweichung von 1,0 Notenwerten zwischen den beiden Gutachten kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten bestellen. Der Antrag muss innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Noten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gestellt werden. Die Endnote errechnet sich dann als das arithmetische Mittel aus den drei Noten.

(4) Eine Modulabschlussprüfung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.

(5) Die Gesamtnote der Masterprüfung errechnet sich aus den mit den Leistungspunkten gewichteten Noten der Modulabschlussprüfungen und der Masterarbeit. Das Ergebnis des Moduls „MM00 Foundations in Mathematics and Econometrics“ geht nicht in die Berechnung der Gesamtnote ein. Bei der Gesamtnote werden alle Dezimalstellen außer der ersten ohne Rundung gestrichen. Die Endnote lautet bei einem Mittelwert von:

1,0 bis einschließlich 1,5:	sehr gut
über 1,5 bis einschließlich 2,5:	gut
über 2,5 bis einschließlich 3,5:	befriedigend
über 3,5 bis einschließlich 4,0:	ausreichend
4,0 bis einschließlich 5,0:	mangelhaft (nicht bestanden)

Zusätzlich zur Gesamtnote der Masterprüfung wird eine ECTS-Einstufungstabelle entsprechend der KMK-Strukturvorgaben in Form eines prozentualen Notenspiegels den Abschlussdokumenten beigelegt. Bezugsgröße sind die Absolventendaten der letzten Prüfungsleistung vorangehenden vier Semester.

## § 12 Wiederholung von Prüfungen

(1) Nicht bestandene Modulabschlussprüfungen dürfen zweimal wiederholt werden. Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen des Studiengangs werden jedes Semester einmalig im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Die Prüfungstermine für die Wiederholungsprüfungen sind mit den Terminen für die Erstversuche im entsprechenden Modul identisch. Für die Teilnahme an Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen ist immer eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Bei Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten werden, soll die erste Wiederholungsprüfung in der Regel vor Beginn der darauffolgenden Vorlesungszeit angeboten werden. Im Falle des Nichtbestehens der Abschlussprüfung in einem Wahlpflichtmodul erfolgt die Anmeldung zum Wiederholungstermin vor Beginn der auf den Prüfungstermin folgenden Vorlesungszeit automatisch, soweit die gemäß dieser Prüfungsordnung mögliche Anzahl der Prüfungsversuche nicht überschritten ist. Die Regelungen bezüglich eines Rücktritts gemäß § 13 bleiben davon unberührt. Eine Möglichkeit zur zweiten Wiederholungsprüfung in einem Wahlpflichtmodul soll innerhalb von einem Jahr angeboten werden; in diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Prüfungsart bleibt bei der Wiederholungsprüfung unverändert. Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die durch sonstige Prüfungsleistungen gemäß § 6 Absatz 1 abgelegt werden, können erst wiederholt werden, wenn das Modul erneut angeboten wird. In diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Regelungen gemäß Absatz 2 Satz 2 und 3 finden in diesem Fall keine Anwendung.

(2) Die Termine zur ersten und zweiten Wiederholungsprüfung werden der Kandidatin/dem Kandidaten jeweils von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung bekannt gegeben. Die zweite Wiederholungsprüfung einer nicht bestandenen Prüfung muss innerhalb von 15 Monaten nach der ersten Wiederholungsprüfung abgelegt werden. Anderenfalls gilt die Prüfung als nicht bestanden. Auf die Regelungen gemäß § 64 Abs. 3a HG wird verwiesen. Eine Wiederholung bestandener Modulabschlussprüfungen ist ausgeschlossen. Fehlversuche in einem vergleichbaren ökonomischen Master- oder Diplomstudiengang, die an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erfolgt sind, werden angerechnet.

(3) Ist die Masterarbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden oder gilt sie gemäß § 17 Absatz 7 Satz 4 als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, kann sie einmal wiederholt werden. Nach Erhalt des Bescheides über das Nicht-Bestehen gemäß § 17 Absatz 9 muss die Kandidatin/der Kandidat innerhalb von zwölf Monaten einen erneuten Antrag auf Zulassung zur Masterarbeit stellen, anderenfalls gilt die Masterprüfung als nicht bestanden. Eine zweite Wiederholung ist nicht zulässig.



## **§ 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß**

(1) Von einer Modulabschlussprüfung kann sich die Kandidatin/der Kandidat bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Prüfungstermin ohne Angabe von Gründen abmelden. Wenn sie bzw. er nach dieser Frist von der Prüfung zurücktritt, nicht zum Prüfungstermin erscheint, nach Beginn der Prüfung zurücktritt oder eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbringt, müssen triftige Gründe geltend gemacht werden. Sonst gilt die Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(2) Die im Fall von Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit muss – sofern der Prüfungsausschuss nicht umständehalber darauf verzichtet – ein ärztliches Attest vorgelegt werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann im Einzelfall die Vorlage eines Attests einer vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensärztin oder eines vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensarztes verlangen. Wenn die Gründe anerkannt wurden, wird dies schriftlich mitgeteilt.

(3) Bei Krankheit im Sinne von Absatz 2 kann die Kandidatin/der Kandidat bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung einen schriftlichen Antrag stellen, am Termin der ersten Wiederholungsprüfung zu der/den durch Krankheit versäumten Modulabschlussprüfung(en) zugelassen zu werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses befindet über den Antrag. Ein Recht auf eine gesonderte zeitnahe Wiederholungsprüfung im Falle eines Nichtbestehens dieser Modulabschlussprüfung(en) am Termin der ersten Wiederholungsprüfung besteht jedoch nicht.

(4) Versuchen Kandidatinnen/Kandidaten, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, Täuschungshandlungen oder das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Wer als Kandidatin/Kandidat den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von den jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden nach vorheriger Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wer von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen wurde, kann verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei der Feststellung einer Täuschung im Sinne von Satz 1. In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann der Prüfungsausschuss darüber hinaus die Masterprüfung insgesamt für nicht bestanden erklären.

(5) Die Kandidatin/der Kandidat kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe einer Entscheidung nach Absatz 4 verlangen, dass die Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin/dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Vor der Entscheidung ist der Kandidatin/dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

## **II. Studium und Masterprüfung**

### **§ 14 Anforderungen des Studiums**

(1) Die Lehre ist als Präsenzstudium organisiert. Im Studium müssen die Studierenden nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung Veranstaltungen aus den Bereichen Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule sowie Schlüsselqualifikationen belegen. Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilen vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Generell gilt dies für Exkursionen, Lehrforschungsprojekte, Praktika, Sprachkurse und Übungen. Bei Vorlesungen kann keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Die Anwesenheitspflicht ist erfüllt, wenn

ein/e Studierende/r 80% der Veranstaltungszeit beigewohnt hat. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Wird der Wert von 80% der Veranstaltungszeit hinsichtlich der Anwesenheit nicht erfüllt, so ist die Voraussetzung zur Prüfungszulassung nicht gegeben.

(2) Das Masterstudium besteht aus vier Semestern, innerhalb derer sind fünf Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule im Umfang von 64 LP (darunter volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule im Umfang von mindestens 48 LP) und ein Modul zu Schlüsselqualifikationen zu absolvieren sind. Am Ende steht jeweils eine Modulabschlussprüfung. Die Zuordnung und Inhalte der Kurse sowie die Art der Modulabschlussprüfung sind im Modulhandbuch detailliert beschrieben.

Pflichtmodule:

MM00	Foundations in Mathematics and Econometrics	4 LP
MV05	Mikroökonomik	6 LP
MV06	Makroökonomik	6 LP
MV10	Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Beratung	6 LP
MV04	Econometrics	6 LP

Wahlpflichtmodule:

Über die angebotenen Wahlpflichtmodule im folgenden Studienjahr entscheidet der Fakultätsrat spätestens bis zum Ende der Vorlesungszeit. Die Liste der angebotenen Wahlpflichtmodule einschließlich ihrer inhaltlichen Zuordnung und möglicher Kombinationsbeschränkungen wird in geeigneter Form gemäß § 7 Absatz 9 durch den Prüfungsausschuss der Fakultät unmittelbar nach der Festlegung durch den Fakultätsrat veröffentlicht. Bei Änderung von Wahlpflichtmodulen regelt näheres die Auslaufordnung zu Wahlpflichtmodulen.

Schlüsselqualifikationen:

MQV11	Projektarbeit mit Kolloquium	6 LP
-------	------------------------------	------

(3) Die verbindliche und endgültige Wahl eines Wahlpflichtmoduls erfolgt mit der ersten Anmeldung zur Modulabschlussprüfung. Die Anmeldung zu einem Wahlpflichtmodul gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende oder den Studierenden bis zum Rücktrittstermin gemäß § 5 Absatz 3 zurückgezogen wurde.

(4) Über die Möglichkeit, aufgrund eines Auslandsstudiums einer Studentin/eines Studenten ein anderes Modul als die in der Masterordnung genannten Wahlpflichtmodule als Wahlpflichtmodul anzuerkennen, entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der Studentin/des Studenten. Erbrachte Leistungen im Ausland können ferner bei ausreichendem Umfang und entsprechenden fachlichen Inhalten auf Antrag der Studentin/des Studenten beim Prüfungsausschuss als Schlüsselqualifikation angerechnet werden.

## § 15 Art und Umfang der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. Sie besteht aus den Modulabschlussprüfungen und der Masterarbeit.

(2) Der Studienumfang sowie Anzahl und Art der zu belegenden Module sind in § 14 geregelt. Eine mehrfache Anrechnung des gleichen Moduls ist ausgeschlossen. Den Studierenden werden die dem

Modul zugeordneten Leistungspunkte erst bei erfolgreich abgelegter Modulabschlussprüfung gutgeschrieben.

## § 16 Zulassung zu den Modulprüfungen

Die Studierenden melden sich zu jeder Modulabschlussprüfung grundsätzlich schriftlich in der Studierenden- und Prüfungsverwaltung an (Ausnahmen hierzu in § 12 Absatz 1). Die Anmeldung gilt gleichzeitig als Antrag auf Zulassung zur jeweiligen Prüfung. Diese Zulassung bedingt, dass die in der Beschreibung des zugehörigen Moduls aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sind.

## § 17 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit. Die Anfertigung der Masterarbeit erfolgt studienbegleitend in der Regel im zweiten Studienjahr. Die Bearbeitungszeit beträgt 4 Monate und entspricht in Art und Umfang einem Arbeitsaufwand von 660 Stunden (22 LP). Bei mathematisch-empirisch ausgerichteten Arbeiten kann die Bearbeitungszeit auf Antrag auf 6 Monate verlängert werden. Auf begründeten Antrag der Kandidatin/des Kandidaten kann die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses in Abstimmung mit der Themenstellerin oder dem Themensteller ausnahmsweise eine Verlängerungsfrist von bis zu zwei Wochen gewähren. Die Masterarbeit soll zeigen, dass die Kandidatin/der Kandidat in der Lage ist, ein abgegrenztes Problem in ihrem bzw. seinem Fachgebiet innerhalb einer vorgegebenen Frist selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. Das Thema der Masterarbeit muss einem der in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vertretenen Fächer entnommen sein. Es kann von jeder fachlich zuständigen Prüferin oder jedem fachlich zuständigen Prüfer gestellt werden.

(2) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestellt die Themenstellerin oder den Themensteller für die Masterarbeit. Die Kandidatin/der Kandidat kann Vorschläge für das Thema der Masterarbeit machen. Das Thema der Masterarbeit wird der Kandidatin/dem Kandidaten von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitgeteilt. Der Tag der Ausgabe des Themas ist aktenkundig zu machen. Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass eine Kandidatin/ein Kandidat rechtzeitig ein Thema zur Bearbeitung als Masterarbeit erhält.

(3) Das Thema der Masterarbeit kann bis zwei Wochen nach Ausgabe des Themas ohne Angabe von Gründen prüfungsunschädlich zurückgegeben werden. Von dieser Möglichkeit darf nur einmal Gebrauch gemacht werden. Die Masterarbeit gilt bei Rückgabe des Themas als nicht begonnen. Im Falle einer längeren Krankheit kann die Kandidatin/der Kandidat das Thema auch nach Ablauf der ersten zwei Wochen zurückgeben, soweit § 13 Absatz 2 entsprechend zutrifft.

(4) Die Masterarbeit wird in der Regel in deutscher Sprache abgefasst und der textliche Umfang der Masterarbeit soll 40 Seiten nicht unter- und 70 Seiten nicht überschreiten.

(5) Die Masterarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatinnen/Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(6) Der Masterarbeit ist eine Versicherung der Kandidatin/des Kandidaten beizufügen, dass sie bzw. er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit – selbständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt, alle Zitate kenntlich gemacht und dass diese Arbeit in identischer oder ähnlicher Form noch nicht als Prüfungsarbeit einem wissenschaftlichen Prüfungsamt vorgelegen hat.

(7) Die Masterarbeit ist in elektronischer Form (PDF-Dokument) fristgemäß einzureichen. Die Einreichung erfolgt durch das Hochladen des Dokuments im Studierendenportal. Das Datum der Abgabe wird von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung aktenkundig gemacht. Wird die Masterarbeit nicht fristgemäß abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Auf Verlangen der/des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses reicht die/der Kandidatin/Kandidat fristgemäß zusätzlich zwei gebundene Exemplare bei der Erstprüferin/dem Erstprüfer ein.

(8) Die Masterarbeit ist in der Regel von zwei Prüferinnen/Prüfern zu bewerten. Hiervon kann nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden; diese Gründe sind aktenkundig zu machen. Die erste Prüferin/der erste Prüfer soll die Betreuerin/der Betreuer sein; die zweite Prüferin/den zweiten Prüfer bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Masterarbeit ist von den Prüferinnen/den Prüfern gemäß § 11 Absatz 2 und Absatz 3 zu begutachten und zu bewerten.

(9) Wird die Masterarbeit endgültig mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet oder gilt sie nach Absatz 7 Satz 4 als nicht bestanden, so erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin/dem Kandidaten einen entsprechenden schriftlichen Bescheid.

## **§ 18 Bestehen der Masterprüfung**

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

1. Alle Modulabschlussprüfungen in dem in dieser Prüfungsordnung beschriebenen Umfang wurden mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet.
2. Die Masterarbeit wurde mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet.
3. Die Bedingungen des Absatzes 2 sind nicht verletzt.

(2) Wer die Masterarbeit inklusive Wiederholungsmöglichkeit oder eine Modulabschlussprüfung inklusive Wiederholungsmöglichkeiten nicht bestanden hat, hat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.

(3) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuss der Studentin/dem Studenten einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(4) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Masterprüfung nicht bestanden, so wird ihr bzw. ihm auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten enthält und erkennen lässt, dass die Masterprüfung endgültig nicht bestanden ist.

## **§ 19 Freiwillige Zusatzmodule**

(1) Eine Kandidatin/ein Kandidat kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Wahlpflichtmodulen einer Prüfung unterziehen. Diese Prüfung erfolgt unter den für Wahlpflichtfächer geltenden Regelungen. Als freiwillige Zusatzmodule können alle angebotenen Wahlpflichtmodule gewählt werden. Eine Kandidatin/ein Kandidat legt bei der Anmeldung zur Prüfung verbindlich fest, ob ein Wahlpflichtmodul als obligatorisches Modul gemäß § 14 Absatz 3 oder als freiwilliges Zusatzmodul gewählt wird.

(2) Auf Wunsch der Kandidatin/des Kandidaten werden das Zusatzmodul oder die Zusatzmodule im Masterzeugnis und im „Transcript of Records“ mit Angabe der Note(n) der betreffenden Modulabschlussprüfung(en) aufgeführt. Bei der Festsetzung der Gesamtnote der Masterprüfung gemäß §

11 Absatz 5 wird die Note eines Zusatzmoduls nicht berücksichtigt.

(3) Ergibt sich bei einem Zusatzmodul die Modulabschlussnote „nicht ausreichend“, kann diese Prüfung zweimal wiederholt werden. Eine dritte Wiederholungsprüfung in einem Zusatzmodul ist ausgeschlossen.

## **§ 20 Masterzeugnis und Masterurkunde**

(1) Hat die Kandidatin/der Kandidat die Masterprüfung bestanden, so wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält Angaben über die erreichten Noten für alle belegten Module (Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule und Schlüsselqualifikationen). Weiterhin enthält das Zeugnis das Thema und die Note der Masterarbeit sowie die Gesamtnote der Masterprüfung. Das Zeugnis ist mit dem Siegel der Universität zu versehen und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterschreiben. Das Zeugnis trägt das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde, und das Ausstellungsdatum.

(2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin/dem Kandidaten die Masterurkunde mit dem Ausstellungsdatum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Mastergrades „Master of Science“, abgekürzt „M.Sc.“, beurkundet. Die Urkunden werden von der Dekanin oder dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben und mit dem Universitätssiegel versehen.

(3) Der Masterurkunde wird ein „Diploma Supplement“ beigefügt, das eine allgemeine Beschreibung des Studiengangs enthält, sowie ein „Transcript of Records“, in dem alle Module aufgeführt sind, in denen die Kandidatin/der Kandidat Leistungspunkte erworben hat.

(4) Absolviert eine Kandidatin/ein Kandidat erfolgreich Wahlpflichtmodule (einschließlich freiwilliger Zusatzmodule) im Umfang von mindestens 32 Leistungspunkten aus einem Schwerpunktbereich und bearbeitet erfolgreich die Masterarbeit aus dem entsprechenden Schwerpunktbereich, so kann auf schriftlichen Antrag der Kandidatin/des Kandidaten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eine separate Schwerpunktbildung ausgewiesen werden. Der Antrag ist spätestens vier Wochen nach Anmeldung der Abschlussarbeit zu stellen. Sofern durch die Auswahl der Wahlpflichtmodule mehrere Schwerpunktbildungen möglich sind, muss sich die Kandidatin/der Kandidat bei der Antragstellung auf den Ausweis eines Schwerpunkts festlegen. Die Schwerpunkte sowie die korrespondierenden Module werden vom Fakultätsrat beschlossen und von der Fakultät gesondert bekanntgemacht.

## **III. Abschlussbestimmungen**

### **§ 21 Ungültigkeit der Masterprüfung und Aberkennung des Mastergrades**

(1) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin/der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin/der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

- (3) Der Kandidatin/dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls durch ein neues zu ersetzen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Masterurkunde, das „Diploma Supplement“ und das „Transcript of Records“ einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wird.

## **§ 22 Einsicht in die Prüfungsakten**

Der Kandidatin/dem Kandidaten wird auf schriftlichen Antrag innerhalb von einem Monat nach Aushändigung des Masterzeugnisses Einsichtnahme in ihre bzw. seine Prüfungsakten gewährt. Der Termin und der Ort für die Einsichtnahme werden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung festgesetzt.

## **§ 23 Inkrafttreten und Veröffentlichung**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft. Sie gilt für alle Studierende, die das Masterstudium ab dem 01.10.2023 aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates vom 31.05.2023 sowie des Eilentscheids des Dekans vom 05.12.2023.

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

## VI. Anhang:

### 1. Liste der Wahlpflichtmodule im Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre

#### Volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule

MW08:	Internationale Finanzmärkte
MW14:	Monetary Economics
MW28a:	International Trade I
MW28b:	International Trade II
MW60:	Network Economics
MW61:	Regulierungsökonomik
MW62:	Advanced Labour Economics
MW64:	Advanced Econometrics
MW66:	Empirical Industrial Economics
MW67:	Commodity Markets
MW68:	Game Theory
MW69:	Industrial Economics
MW70:	Competition Law and Policy
MW71:	Competition Economics: Advanced Topics
MW73:	Empirische Wettbewerbsökonomik
MW76:	Experimental Economics
MW77:	Behavioral Economics
MW78:	Behavioral Industrial Economics
MW79:	Public Economics
MW81:	Wissenschaftskommunikation in der Öffentlichkeit
MW82:	Time Series Analysis
MW84:	Aktuelle Fragestellungen der Wirtschaftspolitik
MW85:	Ausgewählte Probleme der Wettbewerbstheorie und -politik
MW86:	Volkswirtschaftliches Seminar
MW103:	Auslandsmodule Volkswirtschaftslehre I
MW104:	Auslandsmodule Volkswirtschaftslehre II
MW105:	Auslandsmodule Volkswirtschaftslehre III
MW122	Topics in Econometrics and Data Science

#### Betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule

MW16:	Personalmanagement
MW18:	Organizational Behavior
MW19:	Personalwirtschaftliches Praxisseminar
MW36:	Marketing Management und Digitale Transformation
MW37:	Advanced Marketing Research und Management
MW38:	Opportunity Recognition
MW39:	Corporate Entrepreneurship
MW42:	Entrepreneurial Finance
MW44:	Bankbilanzierung
MW45:	Praxisseminar Unternehmensbewertung

MW46:	Finanzintermediation
MW47:	Bank Management and Financial Services
MW48:	Fallstudienwettbewerb „MBA-ICC Montréal“
MW50:	Ausgewählte Probleme der Unternehmensbesteuerung
MW51:	Praxisseminar Unternehmensgründung
MW54:	Empirische Controllingforschung
MW56:	Asset Management
MW57:	Sustainability Mangement Research
MW59:	Sustainability Mangement Practice
MW90:	Digital Reporting in Data Science
MW93:	Praxisseminar Personalmanagement
MW94:	People Analytics
MW95:	Internationales Personalmanagement
MW97:	Praxisseminar Gründungsfinanzierung
MW98:	Research Seminar Entrepreneurial Finance
MW100:	Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre I
MW101:	Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre II
MW102:	Auslandsmodul Betriebswirtschaftslehre III
MW106:	Empirical Accounting and Auditing
MW107:	Corporate Governance
MW108:	Advanced Corporate Finance
MW109:	Strategies of Digital Top Players
MW110:	Advanced Controlling 1: Strategisches Controlling
MW111:	Advanced Controlling 2: Management Control Systems
MW112:	Unternehmensbewertung und –prüfung
MW114:	Konzernsteuerrecht und Internationale Unternehmensbesteuerung
MW121:	Ausgewählte Herausforderungen der Betriebswirtschaftslehre
MW123:	Purchasing and Supply Management

#### Sonstige Wahlpflichtmodule

MW12:	Kunst- und Kulturmanagement
MW13:	Steuerrecht
MW55:	Digital Science Technology
MW117:	Statistische Datengewinnung
MW118:	Applied Machine Learning
MW119:	Causal Machine Learning
MW120:	User Experience (UX) Design & Management



**2. Studienverlaufsplan des Masterstudiengangs Volkswirtschaftslehre bei Studienbeginn im Wintersemester**

SWS = Semesterwochenstunden  
 LP = Leistungspunkte gemäß ECTS  
 WL = "Workload" in Stunden

Semester		1			2			3			4		
		SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL
<b>Pflicht VWL (Umfang 28 LP)</b>													
MM00	Foundations in Mathematics and Econometrics	3	4	120									
MV05	Mikroökonomik	4	6	180									
MV06	Makroökonomik	4	6	180									
MV04	Econometrics	4	6	180									
MV10	Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Beratung				4	6	180						
<b>Wahlpflichtmodule (Umfang 64 LP, davon mindestens 48 in VWL)</b>													
MW.. (VWL)		4	8	240							4	8	240
MW .. (VWL)					4	8	240	4	8	240			
MW .. (VWL)					4	8	240	4	8	240			
Weitere Wahlpflichtmodule					4	8	240	4	8	240			
<b>Schlüsselqualifikation</b>													
MQV11								4	6	240			
Masterarbeit												22	660
Summe		19	30	900	16	30	900	16	30	960	4	30	900

**Studienverlaufsplan des Masterstudiengangs Volkswirtschaftslehre bei Studienbeginn im Sommersemester**

SWS = Semesterwochenstunden  
 LP = Leistungspunkte gemäß ECTS  
 WL = "Workload" in Stunden

Semester		1			2			3			4		
		SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL
<b>Pflicht VWL (Umfang 28 LP)</b>													
MM00	Foundations in Mathematics and Econometrics	3	4	120									
MV05	Mikroökonomik	4	6	180									
MV06	Makroökonomik				4	6	180						
MV04	Econometrics	4	6	180									
MV10	Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Beratung	4	6	180									
<b>Wahlpflichtmodule (Umfang 64 LP, davon mindestens 48 in VWL)</b>													
MW.. (VWL)		4	8	240							4	8	240
MW .. (VWL)					4	8	240	4	8	240			
MW .. (VWL)					4	8	240	4	8	240			
Weitere Wahlpflichtmodule					4	8	240	4	8	240			
<b>Schlüsselqualifikation</b>													
MQV11								4	6	240			
Masterarbeit												22	660
Summe		19	30	900	16	30	900	16	30	960	4	30	900

## **PRÜFUNGSORDNUNG FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG ECONOMICS AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF VOM 17.05.2024**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 25.03.2021 (GV.NRW. S. 331) hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

### **Inhaltsübersicht**

#### **I. Allgemeines**

- § 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung
- § 2 Abschlussgrad
- § 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen
- § 4 Regelstudienzeit und Studienumfang
- § 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine
- § 6 Prüfungsformen
- § 7 Prüfungsausschuss
- § 8 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer
- § 9 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 10 Regelungen zum Nachteilsausgleich
- § 11 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote
- § 12 Wiederholung von Prüfungen
- § 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

#### **II. Studium und Masterprüfung**

- § 14 Anforderungen des Studiums
- § 15 Art und Umfang der Masterprüfung
- § 16 Zulassung zu den Modulprüfungen
- § 17 Masterarbeit
- § 18 Bestehen der Masterprüfung
- § 19 Freiwillige Zusatzmodule
- § 20 Masterzeugnis und Masterurkunde

#### **III. Abschlussbestimmungen**

- § 21 Ungültigkeit der Masterprüfung und Aberkennung des Mastergrades
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Inkrafttreten und Veröffentlichung

#### **IV. Anhang**

1. Studienverlaufspläne des Masterstudiengangs Economics
2. Liste der Wahlpflichtmodule im Masterstudiengang Economics

## **I. Allgemeines**

### **§ 1 Ziel des Studiums und Zweck der Prüfung**

(1) Durch das Masterstudium soll gewährleistet werden, dass die Kandidatin/der Kandidat wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden in selbständiger wissenschaftlicher Arbeit anwenden kann und zu verantwortlichem ökonomischem Handeln befähigt ist.

(2) Der Nachweis der geforderten Qualifikationen ist in der Masterprüfung zu erbringen. Die Masterprüfung stellt sowohl einen zweiten berufsqualifizierenden Abschluss eines Studiums Economics als auch die Eingangsvoraussetzung für weiterführendes wissenschaftliches Arbeiten (Promotionsstudium) dar.

### **§ 2 Abschlussgrad**

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung verleiht die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den akademischen Grad „Master of Science“ (abgekürzt: „M.Sc.“) in Economics.

### **§ 3 Studienbeginn und Zulassungsvoraussetzungen**

(1) Das Masterstudium kann sowohl zum Wintersemester als auch zum Sommersemester aufgenommen werden.

(2) Zugang und Zulassung zum Studium werden in einer gesonderten Zulassungsordnung für die Masterstudiengänge Economics und Volkswirtschaftslehre geregelt.

(3) Hat eine Bewerberin oder ein Bewerber ein vergleichbares ökonomisches Master- oder Diplomstudium an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, dann ist die Zulassung zum Masterstudiengang Economics zu versagen.

### **§ 4 Regelstudienzeit und Studienumfang**

Die Regelstudienzeit beträgt für das Masterstudium einschließlich der Abschlussarbeit (Masterarbeit) im Vollzeitstudium vier Semester (zwei Studienjahre). Der Studienumfang im Pflicht- und Wahlpflichtbereich sowie im Bereich der Schlüsselqualifikationen beträgt insgesamt 52 Semesterwochenstunden (SWS). Die im Studium erbrachten Leistungen werden in einem akkumulierenden Leistungspunktesystem mit Leistungspunkten (LP) bewertet. Dabei gibt ein Leistungspunkt einen mittleren Arbeitsaufwand von 30 Stunden wieder und entspricht einem „Credit Point“ nach dem „European Credit Transfer System“ (ECTS). Das Studium umfasst einschließlich der Präsenzzeiten, Vor- und Nachbereitung sowie der Abschlussarbeit insgesamt 120 LP; davon entfallen auf den Pflichtbereich 36 LP und auf den Wahlpflichtbereich 48 LP. Für die Schlüsselqualifikationen sind 6 LP und für die Masterarbeit 30 LP vorgesehen.

### **§ 5 Prüfungen, Prüfungsfristen und Prüfungstermine**

(1) Die Prüfungen erfolgen studienbegleitend jeweils zum Abschluss der in dieser Ordnung vorgesehenen Module sowie in der Schlussphase des Studiums durch eine Abschlussarbeit (Masterarbeit). Die Modulprüfungen bestehen jeweils aus einer benoteten Modulabschlussprüfung.

(2) Die Prüfungen können abgelegt werden, sofern die Erfüllung der in dieser Ordnung für die Zulassung erforderlichen Bedingungen nachgewiesen ist. Dabei ist zu beachten, dass ein erfolgreicher Abschluss eines

bestimmten Moduls zur Teilnahmevoraussetzung für den Besuch eines weiterführenden Moduls gemacht werden kann; nähere Einzelheiten sind den Modulbeschreibungen im Modulhandbuch zu entnehmen. Umfang und Anforderungen der Prüfungselemente müssen dem Grundsatz folgen, dass nur geprüft wird, was zuvor gelehrt wurde.

(3) Zu jeder einzelnen Modulabschlussprüfung ist grundsätzlich (Ausnahmen hierzu in § 12) eine gesonderte Anmeldung erforderlich. Die Anmeldetermine sind Ausschlussfristen. Die bei der Prüfung erlaubten Hilfsmittel werden vom Prüfungsausschuss durch Aushang bekannt gegeben. Die Frist für die Rücknahme von Anmeldungen ohne Angabe von Gründen endet bei Klausurarbeiten und mündlichen Prüfungen eine Woche vor dem Prüfungstermin. Die Anmeldung gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende oder den Studierenden bis zum Rücktrittstermin zurückgezogen wurde.

(4) Die Prüfungen werden in der Regel in englischer Sprache abgenommen, nach Absprache der Kandidatin/des Kandidaten mit den Prüferinnen und Prüfern auch in einer anderen Sprache.

(5) Die Bewertung von Modulabschlussprüfungen soll den Studierenden durch die Studierenden- und Prüfungsverwaltung im Fall von Wahlpflichtmodulen jeweils nach spätestens sechs Wochen und im Fall von Pflichtmodulen in der Regel spätestens nach acht Wochen bekannt gegeben werden.

(6) Die Orte und Zeiten der Modulabschlussprüfungen werden vom Prüfungsausschuss bekannt gegeben. Termine für Hausarbeiten und Referate werden unabhängig von den Prüfungszeiträumen von der jeweiligen Prüferin/dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(7) Modulabschlussprüfungen zu Wahlpflichtmodulen werden zum Ende des Moduls, das sich über ein oder zwei Semester erstreckt, angeboten. Die erste Wiederholungsprüfung soll im Regelfall spätestens vor Beginn der auf die erste Prüfung folgenden Vorlesungszeit stattfinden. Modulabschlussprüfungen zu Pflichtmodulen werden jedes Semester im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Für Module, die von anderen Fakultäten angeboten werden, gelten die Regelungen der jeweils verantwortlichen Fakultät.

## **§6 Prüfungsformen**

(1) Jedes Modul wird durch eine Modulabschlussprüfung abgeschlossen, die studienbegleitend stattfindet. Die inhaltlichen Prüfungsanforderungen einer Modulabschlussprüfung ergeben sich aus den Lehrinhalten der der Prüfung zugeordneten Lehrveranstaltungen (Kurse) unter Berücksichtigung angemessener, benannter Pflichtliteratur. Hierbei sollen die Prüfungsanforderungen in einem angemessenen Verhältnis zu den der Prüfung zugrundeliegenden Lehrinhalten stehen. Die Modulabschlussprüfung kann aus einer Klausurarbeit, einer mündlichen Prüfung oder einer sonstigen Prüfungsleistung (z.B. Hausarbeit, Projektarbeit, Fallstudie) bestehen. Klausurarbeiten können auch in elektronischer Form erfolgen. Die jeweils zutreffende Prüfungsform einer Modulabschlussprüfung wird von der Prüferin/dem Prüfer gemäß § 8 festgelegt. Nähere Einzelheiten sind den jeweiligen Modulbeschreibungen zu entnehmen.

(2) Die Dauer von Modulabschlussprüfungen hängt vom Umfang des Moduls ab, gemessen an der Zahl der Semesterwochenstunden (SWS), und beträgt bei Klausurarbeiten in einem Modul mit 8 SWS 120-180 Minuten, in einem Modul mit 6 SWS 90-120 Minuten und in einem Modul mit 4 SWS 60-90 Minuten. Die Einzelheiten sind in den jeweiligen Modulbeschreibungen geregelt. Der Umfang mündlicher Prüfungen beträgt in der Regel jeweils 15-25 Minuten. Die Dauer einer mündlichen Prüfung soll die vorgesehene Prüfungszeit in der Regel nicht um mehr als fünf Minuten übersteigen. Die Note für die mündliche Prüfung setzt die Prüferin/der Prüfer nach Anhörung der Beisitzerin/des Beisitzers gemäß § 11 fest.

(3) Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Es sollen höchstens drei Kandidatinnen/Kandidaten

zur gleichen Zeit geprüft werden. Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen und den Prüfungsakten beizulegen ist. Das Ergebnis ist der Kandidatin/dem Kandidaten unmittelbar im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben. Nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse ist die Öffentlichkeit bei mündlichen Prüfungen zuzulassen, sofern die Kandidatin/der Kandidat dem nicht bei der Anmeldung zur Prüfung schriftlich widerspricht. Die Zulassung der Öffentlichkeit erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Kandidatinnen/Kandidaten. Bei erheblichen Störungen des Prüfungsablaufs durch die Zuhörerinnen/Zuhörer kann die Prüferin/der Prüfer die Öffentlichkeit ausschließen.

## §7 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät einen Prüfungsausschuss für die Bachelor- und Masterstudiengänge (im Folgenden als Prüfungsausschuss bezeichnet). Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts.

(2) Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren oder dessen Stellvertretung und fünf weiteren Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende und deren oder dessen Stellvertretung und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren, ein Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden vom Fakultätsrat gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung Vertreter gewählt. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt in der Regel ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden, legt die Einzelheiten des Prüfungsverfahrens fest, sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen und entscheidet in Zweifelsfällen über die Auslegung der Prüfungsordnung. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Alle Regelfälle entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche. Mindestens einmal jährlich gibt der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat einen Bericht über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und die Verteilung der Fachnoten und unterbreitet im Bedarfsfall Vorschläge zur Reform der Masterprüfungsordnung.

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder ihrer oder seiner Stellvertretung und zwei weiteren Professorinnen oder Professoren mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Entscheidungen können nicht gegen die Mehrheit der Professorinnen und Professoren getroffen werden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Beurteilung, Anerkennung und Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.

(6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertretung unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

- (7) Der Prüfungsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (8) Dem Prüfungsausschuss steht für die organisatorische Abwicklung von Modulabschluss- und Masterprüfungen die Studierenden- und Prüfungsverwaltung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zur Verfügung.
- (9) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Verhinderungsfall die oder der stellvertretende Vorsitzende, vertritt den Prüfungsausschuss gerichtlich und außergerichtlich. Sie oder er beruft die Sitzungen des Ausschusses ein, leitet diese und führt die dort gefassten Beschlüsse durch. Sie oder er erledigt die ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss übertragenen Aufgaben sowie alle Regelfälle, die eine Beschlussfassung des Prüfungsausschusses nicht erfordern. Sie oder er entscheidet in dringenden Fällen, in denen der Prüfungsausschuss nicht rechtzeitig einberufen werden kann, und berichtet auf der nächsten Sitzung des Ausschusses. Der Bericht an die Fakultät wird nach Beratung im Prüfungsausschuss erstattet. Entscheidungen über Widersprüche gegen Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder der oder des Vorsitzenden bleiben dem Prüfungsausschuss vorbehalten. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt Anordnungen, Festsetzungen von Terminen und Fristen sowie andere Mitteilungen des Prüfungsausschusses, die nicht nur einzelne Personen betreffen, mit rechtsverbindlicher Wirkung durch Aushang am „Schwarzen Brett“ des Prüfungsausschusses bekannt. Darüber hinaus werden die Mitteilungen des Prüfungsausschusses auch in elektronischer Form auf den Internetseiten des Prüfungsausschusses der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bekannt gegeben.

#### **§8 Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer**

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer und die Beisitzerinnen und Beisitzer nach Maßgabe ihrer Dienstaufgaben auf Dauer oder befristet und gibt diese Bestellung bekannt. Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen. Die Bestellung der Beisitzerin oder des Beisitzers erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses auf Vorschlag der Prüferin oder des Prüfers.
- (2) Zur Abnahme von Prüfungen sind Professorinnen und Professoren, apl. Professorinnen und apl. Professoren, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie Lehrbeauftragte befugt. Ausgeschiedene Professorinnen und Professoren können für die Dauer von zwei Jahren nach Ablauf des Semesters, in dem sie aus der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ausgeschieden sind, zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden.
- (3) Für die Masterarbeit können die Kandidatinnen und Kandidaten eine Prüferin oder einen Prüfer vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Erstprüferin bzw. der Erstprüfer muss aus dem Kreis der in Absatz 2 genannten Personen stammen. Die Zweitprüferin bzw. der Zweitprüfer muss Angehöriger der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sein und die Voraussetzungen nach § 65 Absatz 1 HG erfüllen.
- (4) Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens eine entsprechende Master- oder Diplomprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat und in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tätig ist.
- (5) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig. Sie legen die Prüfungsform (Klausurarbeit, mündliche Prüfung oder sonstige Prüfungsleistung) fest und teilen dies der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mit.

(6) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass den Kandidatinnen und Kandidaten die Namen der Prüferinnen/Prüfer und die Prüfungsform rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(7) Die Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Prüferinnen und Prüfer haben das Recht, über die Prüfungsunterlagen vor Beginn der Prüfung informiert zu werden. Soweit die Prüfungsunterlagen Auskunft über die bisherigen Prüfungsergebnisse geben sollen, ist das Einverständnis der Kandidatinnen/Kandidaten einzuholen.

## **§9 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen**

(1) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an anderen wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet. Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Abschlussprüfung zu einem bestimmten Modul an dieser oder einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden, ist eine neuerliche Zulassung zur Abschlussprüfung für dieses Modul zu versagen. Sämtliche Fehlversuche werden angerechnet, wenn es sich im Wesentlichen um denselben oder einen vergleichbaren wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang und dieselbe Prüfungsleistung handelt.

(2) Auf Antrag werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder an anderen als wissenschaftlichen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes angerechnet, sofern keine wesentlichen Unterschiede festgestellt werden (d.h. Gleichwertigkeit besteht)

(3) Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Masterstudiums an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung auf der Grundlage von Einzelbewertungen aller zur Anrechnung beantragten Prüfungsleistungen vorzunehmen.

(4) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet, sofern die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Soweit die Gleichwertigkeit nicht aufgrund der bescheinigten Leistungspunkte nach dem ECTS-System festgestellt werden kann, sind für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Sofern der Nachweis der Gleichwertigkeit von Prüfungsleistungen nicht in einer Frist von einem Jahr erbracht werden kann, ist die Anerkennung der entsprechenden Prüfungsleistung zu versagen. Bei Studien- und Prüfungsleistungen, die in Staaten erbracht wurden, die dem Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der Europäischen Region vom 11.04.1997 – sog. Lissabonner Anrechnungskonvention – beigetreten sind, erfolgt eine Anrechnung nur dann nicht, wenn wesentliche Unterschiede in den zu vergleichenden Leistungen festgestellt werden. Der Nachweis wird durch die Universität erbracht.

(5) Für die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.



(6) Werden Studienleistungen und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Im Anrechnungsfall müssen mindestens 30 LP im Masterstudiengang Economics an der Heinrich-Heine-Universität erworben werden, um die Masterprüfung zu bestehen. Darüber hinaus muss die Masterarbeit im Masterstudiengang Economics an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf angefertigt werden.

(7) Die Anerkennung von Teilen der Masterprüfung kann versagt werden, wenn sich die anzurechnende Leistung hinsichtlich der Anforderungen, der Thematik oder des Inhalts von diesem Masterstudiengang wesentlich unterscheidet.

(8) Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form vorzulegen. Zuständig für Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 5 ist die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit können zuständige Fachvertreter gehört werden. Der Antrag auf Anerkennung muss in dem Semester erfolgen, in dem das Studium in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aufgenommen wird. Sollte bereits eine Prüfung in diesem Studiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in einem zur Anrechnung beantragten Modul abgelegt worden sein, ist ein Antrag auf Anerkennung abweichend von Satz 4 ausgeschlossen.

(9) Können gleichwertige, außerhalb des Hochschulbereiches erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten nachgewiesen werden, so können diese bis zu maximal der Hälfte der vorgesehenen Leistungspunkte für den Masterstudiengang angerechnet werden. Der Prüfungsausschuss entscheidet in diesem Fall über die Gleichwertigkeitsprüfung.

## **§10 Regelungen zum Nachteilsausgleich**

(1) Macht die Studentin oder der Student durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder Krankheit oder ständiger seelischer oder körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen oder Studienleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form oder Zeit zu erbringen, ist ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss im Sinne des Nachteilsausgleichs zu ermöglichen, gleichwertige Prüfungsleistungen oder Studienleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Vor Entscheidungen des Prüfungsausschusses soll die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung auf Antrag der Studentin oder des Studenten um ein Votum gebeten werden. Vergleichbare Regelungen sind zu treffen, wenn die Studentin oder der Student nachweisen kann, dass sie oder er durch die dauernde Pflege eines nahen Angehörigen in Anspruch genommen ist. Anträge auf Nachteilsausgleich sind durch die Prüfungskandidatin oder den Prüfungskandidaten unter Führung geeigneter Nachweise umfassend zu begründen. Anträge sind in einem angemessenen Zeitraum, i.d.R. bis spätestens zum Ablauf der Anmeldefrist für die Prüfung, vor der Erbringung der Leistung, bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

(2) Auf Antrag der Studentin oder des Studenten hat der Prüfungsausschuss darüber zu entscheiden, ob einzelne Prüfungsleistungen nach Ablauf vorgesehener Fristen innerhalb einer festzusetzenden Nachfrist abgelegt werden können. In dem Antrag sind die Gründe darzulegen und glaubhaft zu machen.

(3) Bei der Gestaltung der Prüfungsverfahren, insbesondere der Festlegung der Prüfungstermine und der Festlegung von Prüfungsfristen für die Wiederholung von Prüfungen, sind die Elternzeitregelungen sowie die Bestimmungen zum Mutterschutz zu beachten.

## §11 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Gesamtnote

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. Falls mehrere Prüferinnen und Prüfer dieselbe Prüfung beurteilen, wird diese mit dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten bewertet.

(2) Für die Bewertung der studienbegleitenden Prüfungen und der Masterarbeit sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	d.h. eine hervorragende Leistung;
2 = gut	d.h. eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	d.h. eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	d.h. eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = mangelhaft	d.h. eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungen können durch Herabsetzen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 Zwischenwerte gebildet werden; dabei sind die Noten 0,7 und 4,3 und 4,7 und 5,3 ausgeschlossen.

(3) Für die Notenbildung der Masterarbeit gilt: Sind die Noten beider Gutachten mindestens „ausreichend“ (4,0) und sind diese nicht mehr als zwei Noten (d.h. eine Notendifferenz von 2,0) auseinander, errechnet sich die Endnote als das arithmetische Mittel der beiden Noten. Wenn beide Noten „nicht ausreichend“ (5,0) sind, ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Wenn eine der beiden Noten „nicht ausreichend“ (5,0) und die andere mindestens „ausreichend“ (4,0) ist oder wenn die Noten der beiden Gutachten mehr als 2,0 Notenwerte auseinanderliegen, bestellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter. Die Endnote errechnet sich dann als arithmetisches Mittel der beiden besseren Noten falls diese mindestens „ausreichend“ (4,0) lauten. Sind zwei der drei Noten „nicht ausreichend“ (5,0), ist die Endnote „nicht ausreichend“ (5,0). Ab einer Notenabweichung von 1,0 Notenwerten zwischen den beiden Gutachten kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten bestellen. Der Antrag muss innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Noten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gestellt werden. Die Endnote errechnet sich dann als das arithmetische Mittel aus den drei Noten.

(4) Eine Modulabschlussprüfung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.

(5) Die Gesamtnote der Masterprüfung errechnet sich aus den mit den Leistungspunkten gewichteten Noten der Modulabschlussprüfungen und der Masterarbeit. Das Ergebnis des Moduls „MM00 Foundations in Mathematics and Econometrics“ geht nicht in die Berechnung der Gesamtnote ein. Bei der Gesamtnote werden alle Dezimalstellen außer der ersten ohne Rundung gestrichen. Die Endnote lautet bei einem Mittelwert von:

1,0 bis einschließlich 1,5:	sehr gut
über 1,5 bis einschließlich 2,5:	gut
über 2,5 bis einschließlich 3,5:	befriedigend
über 3,5 bis einschließlich 4,0:	ausreichend
4,0 bis einschließlich 5,0:	mangelhaft (nicht bestanden)

Zusätzlich zur Gesamtnote der Masterprüfung wird eine ECTS-Einstufungstabelle entsprechend der KMK-Strukturvorgaben in Form eines prozentualen Notenspiegels den Abschlussdokumenten beigelegt. Bezugsgröße sind die Absolventendaten der letzten Prüfungsleistung vorangehenden vier Semester.

## **§12 Wiederholung von Prüfungen**

(1) Nicht bestandene Modulabschlussprüfungen zweimal wiederholt werden. Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen des Studiengangs werden jedes Semester einmalig im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten. Die Prüfungstermine für die Wiederholungsprüfungen sind mit den Terminen für die Erstversuche im entsprechenden Modul identisch. Für die Teilnahme an Wiederholungsprüfungen in den Pflichtmodulen ist immer eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Bei Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die im Anschluss an die Vorlesungszeit angeboten werden, soll die erste Wiederholungsprüfung in der Regel vor Beginn der darauffolgenden Vorlesungszeit angeboten werden. Im Falle des Nichtbestehens der Abschlussprüfung in einem Wahlpflichtmodul erfolgt die Anmeldung zum Wiederholungstermin vor Beginn der auf den Prüfungstermin folgenden Vorlesungszeit automatisch, soweit die gemäß dieser Prüfungsordnung mögliche Anzahl der Prüfungsversuche nicht überschritten ist. Die Regelungen bezüglich eines Rücktritts gemäß § 13 bleiben davon unberührt. Eine Möglichkeit zur zweiten Wiederholungsprüfung in einem Wahlpflichtmodul soll innerhalb von einem Jahr angeboten werden; in diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Prüfungsart bleibt bei der Wiederholungsprüfung unverändert. Abschlussprüfungen in Wahlpflichtmodulen, die durch sonstige Prüfungsleistungen gemäß § 6 Absatz 1 Satz 4 abgelegt werden, können erst wiederholt werden, wenn das Modul erneut angeboten wird. In diesem Fall ist eine erneute Anmeldung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung innerhalb der vorgegebenen Fristen erforderlich. Die Regelungen gemäß Absatz 2 Satz 2 und 3 finden in diesem Fall keine Anwendung.

(2) Die Termine zur ersten und zweiten Wiederholungsprüfung werden der Kandidatin/dem Kandidaten jeweils von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung bekannt gegeben. Die zweite Wiederholungsprüfung einer nicht bestandenen Prüfung muss innerhalb von 15 Monaten nach der ersten Wiederholungsprüfung abgelegt werden. Anderenfalls gilt die Prüfung als nicht bestanden. Auf die Regelungen gemäß § 64 Abs. 3a HG wird verwiesen. Eine Wiederholung bestandener Modulabschlussprüfungen ist ausgeschlossen. Fehlversuche in einem vergleichbaren ökonomischen Master- oder Diplomstudiengang, die an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erfolgt sind, werden angerechnet.

(3) Ist die Masterarbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden oder gilt sie gemäß § 17 Absatz 7 Satz 4 als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, kann sie einmal wiederholt werden. Nach Erhalt des Bescheides über das Nicht-Bestehen gemäß § 17 Absatz 9 muss die Kandidatin/der Kandidat innerhalb von zwölf Monaten einen erneuten Antrag auf Zulassung zur Masterarbeit stellen, anderenfalls gilt die Masterprüfung als nicht bestanden. Eine zweite Wiederholung ist nicht zulässig.

## **§13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß**

(1) Von einer Modulabschlussprüfung kann sich die Kandidatin/der Kandidat bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Prüfungstermin ohne Angabe von Gründen abmelden. Wenn sie bzw. er nach dieser Frist von der Prüfung zurücktritt, nicht zum Prüfungstermin erscheint, nach Beginn der Prüfung zurücktritt oder eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbringt, müssen triftige Gründe geltend gemacht werden. Sonst gilt die Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(2) Die im Fall von Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit muss – sofern der Prüfungsausschuss nicht umständehalber darauf verzichtet – ein ärztliches Attest vorgelegt werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann im Einzelfall die Vorlage eines Attests einer vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensärztin oder eines vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensarztes verlangen. Wenn die Gründe anerkannt wurden, wird dies schriftlich mitgeteilt.

(3) Bei Krankheit im Sinne von Absatz 2 kann die Kandidatin/der Kandidat bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung einen schriftlichen Antrag stellen, am Termin der ersten Wiederholungsprüfung zu der/den durch Krankheit versäumten Modulabschlussprüfung(en) zugelassen zu werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses befindet über den Antrag. Ein Recht auf eine gesonderte zeitnahe Wiederholungsprüfung im Falle eines Nichtbestehens dieser Modulabschlussprüfung(en) am Termin der ersten Wiederholungsprüfung besteht jedoch nicht.

(4) Versuchen Kandidatinnen/Kandidaten, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, Täuschungshandlungen oder das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Wer als Kandidatin/Kandidat den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von den jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden nach vorheriger Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wer von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen wurde, kann verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei der Feststellung einer Täuschung im Sinne von Satz 1. In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann der Prüfungsausschuss darüber hinaus die Masterprüfung insgesamt für nicht bestanden erklären.

(5) Die Kandidatin/der Kandidat kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe einer Entscheidung nach Absatz 4 verlangen, dass die Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin/dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Vor der Entscheidung ist der Kandidatin/dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

## **II. Studium und Masterprüfung**

### **§14 Anforderungen des Studiums**

(1) Die Lehre ist als Präsenzstudium organisiert. Im Studium müssen die Studierenden nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung Veranstaltungen aus den Bereichen Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule sowie Schlüsselqualifikationen belegen. Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilern vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Generell gilt dies für Exkursionen, Lehrforschungsprojekte, Praktika, Sprachkurse und Übungen. Bei Vorlesungen kann keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Die Anwesenheitspflicht ist erfüllt, wenn ein/e Studierende/r 80% der Veranstaltungszeit beigewohnt hat. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Wird der Wert von 80% der Veranstaltungszeit hinsichtlich der Anwesenheit nicht erfüllt, so ist die Voraussetzung zur Prüfungszulassung nicht gegeben.

(2) Das Masterstudium besteht aus vier Semestern, innerhalb derer sind sieben Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule im Umfang von 48 LP (darunter volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule im Umfang von mindestens 32 LP) und ein Modul zu Schlüsselqualifikationen zu absolvieren sind. Am Ende steht jeweils eine Modulabschlussprüfung. Die Zuordnung und Inhalte der Kurse sowie die Art der Modulabschlussprüfung sind

im Modulhandbuch detailliert beschrieben.

Pflichtmodule:

MM00	Foundations in Mathematics and Econometrics	4 LP
MV05	Microeconomics	6 LP
MV06	Macroeconomics	6 LP
MV04	Econometrics	6 LP
MV07	Advanced Economic Theory	6 LP
MV08	Advanced Econometrics	6 LP
MV09	Reading Course	2 LP

Wahlpflichtmodule:

Über die angebotenen Wahlpflichtmodule im folgenden Studienjahr entscheidet der Fakultätsrat spätestens bis zum Ende der Vorlesungszeit. Die Liste der angebotenen Wahlpflichtmodule einschließlich ihrer inhaltlichen Zuordnung und möglicher Kombinationsbeschränkungen wird in geeigneter Form gemäß § 7 Absatz 9 durch den Prüfungsausschuss der Fakultät unmittelbar nach der Festlegung durch den Fakultätsrat veröffentlicht. Bei Änderung von Wahlpflichtmodulen regelt näheres die Auslaufordnung zu Wahlpflichtmodulen.

Schlüsselqualifikation:

MQV09	Principles of Academic Research	6 LP
-------	---------------------------------	------

(3) Die verbindliche und endgültige Wahl eines Wahlpflichtmoduls erfolgt mit der ersten Anmeldung zur Modulabschlussprüfung. Die Anmeldung zu einem Wahlpflichtmodul gilt als endgültig, sofern sie nicht durch die Studierende oder den Studierenden bis zum Rücktrittstermin gemäß § 5 Absatz 3 zurückgezogen wurde.

(4) Über die Möglichkeit, aufgrund eines Auslandsstudiums einer Studentin/eines Studenten ein anderes Modul als die in der Masterordnung genannten Wahlpflichtmodule als Wahlpflichtmodul anzuerkennen, entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der Studentin/des Studenten. Erbrachte Leistungen im Ausland können ferner bei ausreichendem Umfang und entsprechenden fachlichen Inhalten auf Antrag der Studentin/des Studenten beim Prüfungsausschuss als Schlüsselqualifikation angerechnet werden.

### §15 Art und Umfang der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. Sie besteht aus den Modulabschlussprüfungen und der Masterarbeit.

(2) Der Studienumfang sowie Anzahl und Art der zu belegenden Module sind in § 14 geregelt. Eine mehrfache Anrechnung des gleichen Moduls ist ausgeschlossen. Den Studierenden werden die dem Modul zugeordneten Leistungspunkte erst bei erfolgreich abgelegter Modulabschlussprüfung gutgeschrieben.

## §16 Zulassung zu den Modulprüfungen

Die Studierenden melden sich zu jeder Modulabschlussprüfung grundsätzlich schriftlich in der Studierenden- und Prüfungsverwaltung an (Ausnahmen hierzu in § 12 Absatz 1). Die Anmeldung gilt gleichzeitig als Antrag auf Zulassung zur jeweiligen Prüfung. Diese Zulassung bedingt, dass die in der Beschreibung des zugehörigen Moduls aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sind.

## §17 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit. Die Anfertigung der Masterarbeit erfolgt studienbegleitend in der Regel im zweiten Studienjahr. Die Bearbeitungszeit beträgt 6 Monate und entspricht in Art und Umfang einem Arbeitsaufwand von 900 Stunden (30 LP). Auf begründeten Antrag der Kandidatin/des Kandidaten kann die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses in Abstimmung mit der Themenstellerin oder dem Themensteller ausnahmsweise eine Verlängerungsfrist von bis zu zwei Wochen gewähren. Die Masterarbeit soll zeigen, dass die Kandidatin/der Kandidat in der Lage ist, ein abgegrenztes Problem in ihrem bzw. seinem Fachgebiet innerhalb einer vorgegebenen Frist selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. Das Thema der Masterarbeit muss einem der in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vertretenen Fächer entnommen sein. Es kann von jeder fachlich zuständigen Prüferin oder jedem fachlich zuständigen Prüfer gestellt werden.

(2) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestellt die Themenstellerin oder den Themensteller für die Masterarbeit. Die Kandidatin/der Kandidat kann Vorschläge für das Thema der Masterarbeit machen. Das Thema der Masterarbeit wird der Kandidatin/dem Kandidaten von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitgeteilt. Der Tag der Ausgabe des Themas ist aktenkundig zu machen. Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass eine Kandidatin/ein Kandidat rechtzeitig ein Thema zur Bearbeitung als Masterarbeit erhält.

(3) Das Thema der Masterarbeit kann bis zwei Wochen nach Ausgabe des Themas ohne Angabe von Gründen prüfungsunschädlich zurückgegeben werden. Von dieser Möglichkeit darf nur einmal Gebrauch gemacht werden. Die Masterarbeit gilt bei Rückgabe des Themas als nicht begonnen. Im Falle einer längeren Krankheit kann die Kandidatin/der Kandidat das Thema auch nach Ablauf der ersten zwei Wochen zurückgeben, soweit § 13 Absatz 2 entsprechend zutrifft.

(4) Die Masterarbeit wird in englischer Sprache abgefasst und der textliche Umfang der Masterarbeit soll 50 Seiten nicht unter- und 80 Seiten nicht überschreiten.

(5) Die Masterarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatinnen/Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(6) Der Masterarbeit ist eine Versicherung der Kandidatin/des Kandidaten beizufügen, dass sie bzw. er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit –selbständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt, alle Zitate kenntlich gemacht und dass diese Arbeit in identischer oder ähnlicher Form noch nicht als Prüfungsarbeit einem wissenschaftlichen Prüfungsamt vorgelegen hat.

(7) Die Masterarbeit ist in elektronischer Form (PDF-Dokument) fristgemäß einzureichen. Die Einreichung erfolgt durch das Hochladen des Dokuments im Studierendenportal. Das Datum der Abgabe wird von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung aktenkundig gemacht. Wird die Masterarbeit nicht fristgemäß abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Auf Verlangen der/des Vorsitzenden des

Prüfungsausschusses reicht die/der Kandidatin/Kandidat fristgemäß zusätzlich zwei gebundene Exemplare bei der Erstprüferin/dem Erstprüfer ein.

(8) Die Masterarbeit ist in der Regel von zwei Prüferinnen/Prüfern zu bewerten. Hiervon kann nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden; diese Gründe sind aktenkundig zu machen. Die erste Prüferin/der erste Prüfer soll die Betreuerin/der Betreuer sein; die zweite Prüferin/den zweiten Prüfer bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Masterarbeit ist von den Prüferinnen/den Prüfern gemäß § 12 Absatz 2 und Absatz 3 zu begutachten und zu bewerten.

(9) Wird die Masterarbeit endgültig mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet oder gilt sie nach Absatz 7 Satz 4 als nicht bestanden, so erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Kandidatin/dem Kandidaten einen entsprechenden schriftlichen Bescheid.

### **§18 Bestehen der Masterprüfung**

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

1. Alle Modulabschlussprüfungen in dem in dieser Prüfungsordnung beschriebenen Umfang wurden mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet.
2. Die Masterarbeit wurde mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet.
3. Die Bedingungen des Absatzes 2 sind nicht verletzt.

(2) Wer die Masterarbeit inklusive Wiederholungsmöglichkeit oder eine Modulabschlussprüfung inklusive Wiederholungsmöglichkeiten nicht bestanden hat, hat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.

(3) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuss der Studentin/dem Studenten einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(4) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Masterprüfung nicht bestanden, so wird ihr bzw. ihm auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten enthält und erkennen lässt, dass die Masterprüfung endgültig nicht bestanden ist.

### **§19 Freiwillige Zusatzmodule**

(1) Eine Kandidatin/ein Kandidat kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Wahlpflichtmodulen einer Prüfung unterziehen. Diese Prüfung erfolgt unter den für Wahlpflichtfächer geltenden Regelungen. Als freiwillige Zusatzmodule können alle angebotenen Wahlpflichtmodule gewählt werden. Eine Kandidatin/ein Kandidat legt bei der Anmeldung zur Prüfung verbindlich fest, ob ein Wahlpflichtmodul als obligatorisches Modul gemäß § 14 Absatz 3 oder als freiwilliges Zusatzmodul gewählt wird.

(2) Auf Wunsch der Kandidatin/des Kandidaten werden das Zusatzmodul oder die Zusatzmodule im Masterzeugnis und im „Transcript of Records“ mit Angabe der Note(n) der betreffenden Modulabschlussprüfung(en) aufgeführt. Bei der Festsetzung der Gesamtnote der Masterprüfung gemäß § 11 Absatz 5 wird die Note eines Zusatzmoduls nicht berücksichtigt.

(3) Ergibt sich bei einem Zusatzmodul die Modulabschlussnote „nicht ausreichend“, kann diese Prüfung zweimal wiederholt werden. Eine dritte Wiederholungsprüfung in einem Zusatzmodul ist ausgeschlossen.

## §20 Masterzeugnis und Masterurkunde

(1) Hat die Kandidatin/der Kandidat die Masterprüfung bestanden, so wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält Angaben über die erreichten Noten für alle belegten Module (Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule und Schlüsselqualifikationen). Weiterhin enthält das Zeugnis das Thema und die Note der Masterarbeit sowie die Gesamtnote der Masterprüfung. Das Zeugnis ist mit dem Siegel der Universität zu versehen und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterschreiben. Das Zeugnis trägt das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde, und das Ausstellungsdatum.

(2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin/dem Kandidaten die Masterurkunde mit dem Ausstellungsdatum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Mastergrades „Master of Science“, abgekürzt „M.Sc.“, beurkundet. Die Urkunden werden von der Dekanin oder dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben und mit dem Universitätssiegel versehen.

(3) Der Masterurkunde wird ein „Diploma Supplement“ beigefügt, das eine allgemeine Beschreibung des Studiengangs enthält, sowie ein „Transcript of Records“, in dem alle Module aufgeführt sind, in denen die Kandidatin/der Kandidat Leistungspunkte erworben hat.

(4) Absolviert eine Kandidatin/ein Kandidat erfolgreich Wahlpflichtmodule (einschließlich freiwilliger Zusatzmodule) im Umfang von mindestens 32 Leistungspunkten aus einem Schwerpunktbereich und bearbeitet erfolgreich die Masterarbeit aus dem entsprechenden Schwerpunktbereich, so kann auf schriftlichen Antrag der Kandidatin/des Kandidaten beim Prüfungsausschuss der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eine separate Schwerpunktbildung ausgewiesen werden. Der Antrag ist spätestens vier Wochen nach Anmeldung der Abschlussarbeit zu stellen. Sofern durch die Auswahl der Wahlpflichtmodule mehrere Schwerpunktbildungen möglich sind, muss sich die Kandidatin/der Kandidat bei der Antragstellung auf den Ausweis eines Schwerpunkts festlegen. Die Schwerpunkte sowie die korrespondierenden Module werden vom Fakultätsrat beschlossen und von der Fakultät gesondert bekanntgemacht.

## III. Abschlussbestimmungen

### §21 Ungültigkeit der Masterprüfung und Aberkennung des Mastergrades

(1) Hat eine Kandidatin/ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin/der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin/der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat eine Kandidatin/ein Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Der Kandidatin/dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls durch ein neues zu ersetzen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Masterurkunde, das „Diploma Supplement“ und das „Transcript of Records“ einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wird.



## **§22 Einsicht in die Prüfungsakten**

Der Kandidatin/dem Kandidaten wird auf schriftlichen Antrag innerhalb von einem Monat nach Aushändigung des Masterzeugnisses Einsichtnahme in ihre bzw. seine Prüfungsakten gewährt. Der Termin und der Ort für die Einsichtnahme werden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren oder dessen Stellvertretung festgesetzt.

## **§23 Inkrafttreten und Veröffentlichung**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft. Sie gilt für alle Studierende, die das Masterstudium ab dem 01.10.2023 aufgenommen haben.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates vom 31.05.2023 sowie des Eilentscheids des Dekans vom 05.12.2023

Düsseldorf, den 17.05.2024

Die Rektorin  
der Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

Anja Steinbeck  
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

## VI. Anhang:

### 1. Liste der Wahlpflichtmodule im Masterstudiengang Economics

Wahlpflichtmodule:

Volkswirtschaftliche Wahlpflichtmodule

- MW14: Monetary Economics
- MW28a: International Trade I
- MW28b: International Trade II
- MW60: Network Economics
- MW62: Advanced Labour Economics
- MW66: Empirical Industrial Economics
- MW68: Game Theory
- MW69: Industrial Economics
- MW70: Competition Law and Policy
- MW71: Competition Economics: Advanced Topics
- MW76: Experimental Economics
- MW77: Behavioral Economics
- MW78: Behavioral Industrial Economics
- MW79: Public Economics
- MW82: Time Series Analysis
- MW85: Selected Topics in Competition Theory and Policy
- MW86: Economic Seminar
- MW103: Auslandsmodul VWL I
- MW104: Auslandsmodul VWL II
- MW105: Auslandsmodul VWL III
- MW122: Topics in Econometrics and Data Science

Betriebswirtschaftliche Wahlpflichtmodule

- MW38: Opportunity Recognition
- MW42: Entrepreneurial Finance
- MW57: Sustainability Management Research
- MW59: Sustainability Management Practice
- MW100: Auslandsmodul BWL I
- MW101: Auslandsmodul BWL II
- MW102: Auslandsmodul BWL III
- MW123: Purchasing and Supply Management

Sonstige Wahlpflichtmodule

- MW118: Applied Machine Learning
- MW119: Causal Machine Learning
- MW120: User Experience (UX) Design & Management

## 2. Exemplarischer Studienverlaufsplan des Masterstudiengangs Economics bei Studienbeginn im Wintersemester

SWS = Semesterwochenstunden

LP = Leistungspunkte gemäß ECTS

WL = "Workload" in Stunden

Semester		1			2			3			4		
		SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL
<b>Pflicht VWL (Umfang 36 LP)</b>													
MM00	Foundations in Mathematics and Econometrics	3	4	120									
MV05	Microeconomics	4	6	180									
MV06	Macroeconomics	4	6	180									
MV04	Econometrics	4	6	180									
MV07	Advanced Economic Theory				4	6	180						
MV08	Advanced Econometrics				4	6	180						
MV09	Reading Course				1	2	60						
<b>Wahlpflichtmodule (Umfang 48 LP, davon mindestens 32 in VWL)</b>													
MW..(VWL)		4	8	240									
MW..(VWL)					4	8	240						
MW..(VWL)					4	8	240						
MW..(VWL)								4	8	240			
Weitere Wahlpflichtmodule								8	16	480			
<b>Schlüsselqualifikation</b>													
MQV09	Principles of Academic Research							4	6	180			
Masterarbeit												30	900
Summe		19	30	900	17	30	900	16	30	900		30	900

**Exemplarischer Studienverlaufsplan des Masterstudiengangs Economics bei Studienbeginn im Sommersemester**

SWS = Semesterwochenstunden

LP = Leistungspunkte gemäß ECTS

WL = "Workload" in Stunden

Semester		1			2			3			4		
		SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL	SWS	LP	WL
<b>Pflicht VWL (Umfang 36 LP)</b>													
MM00	Foundations in Mathematics and Econometrics	3	4	120									
MV05	Microeconomics	4	6	180									
MV06	Macroeconomics				4	6	180						
MV04	Econometrics	4	6	180									
MV07	Advanced Economic Theory	4	6	180									
MV08	Advanced Econometrics							4	6	180			
MV09	Reading Course				1	2	60						
<b>Wahlpflichtmodule (Umfang 48 LP, davon mindestens 32 in VWL)</b>													
MW..(VWL)		4	8	240									
MW..(VWL)					4	8	240						
MW..(VWL)					4	8	240						
MW..(VWL)								4	8	240			
Weitere Wahlpflichtmodule								8	16	480			
<b>Schlüsselqualifikation</b>													
MQV09	Principles of Academic Research				4	6	180						
Masterarbeit												30	900
Summe		19	30	900	17	30	840	16	30	900		30	900

## Verfahrenshinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule gegen eine Ordnung der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden. Die aufsichtsrechtlichen Befugnisse nach § 76 HG bleiben unberührt.